

§ 14 MUSEUMSRECHT

- 1 Im folgenden werden einerseits Ausführungen zum **Museumsrecht im engeren Sinn** gemacht. Dazu gehören die Rechtsstellung der Museen (A.), der öffentlich-rechtliche Erwerb von Museumsgut (B. II.), der Kulturgüterschutz (C.) und das Recht der Ausstellung (F.). Andererseits werden Fragen zum **Museumsrecht im weiteren Sinn** behandelt. Dazu gehören die Ausführungen zum privatrechtlichen Erwerb von Museumsgütern (B. I.) und die urheberrechtlichen Fragen (F. II.). Das Recht der Museen weist viele Parallelen zu den Bibliotheken und Archiven auf. Die in den §§ 2-13 gemachten Ausführungen können zu einem grossen Teil auf die Museen übertragen werden. Hier wird nicht nochmals jede Gemeinsamkeit wiederholt. Es sollen vielmehr einige spezifische Probleme aus dem Bereich der Museen näher beleuchtet werden.

A. RECHTSSTELLUNG DES MUSEUMS

- 2 Da sich die schweizerische Gesetzgebung wenig um den **Begriff des Museums** kümmert, ist von der Umschreibung des Internationalen Museumsrates (International Council of Museums; ICOM) auszugehen. Danach ist das Museum "eine nicht gewinnbringende, dauernde Einrichtung im Dienst der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, offen für die Allgemeinheit, die zu Studien-, Bildungs- und Erholungszwecken materielle Zeugnisse des Menschen und seiner Entwicklung erwirbt, bewahrt, erforscht, erschliesst und ausstellt" (§ 1 N 24; zur geschichtlichen Entwicklung des Museumsbegriffs in der Gesetzgebung verschiedener Länder vgl. Prott/O'Keefe III, N 209-217).

I. KOMPETENZNORMEN

- 3 Bibliotheken und Museen stützen sich auf die drei gleichen Kompetenznormen (§ 2 N 9 ff.). Während bei den Bibliotheken die Kompetenznorm der Schulhoheit (Art. 27 Abs. 1 BV) mehr Gewicht hat, steht hier die **ungeschriebene Kulturhoheit** im Vordergrund. Die dritte Kompetenznorm, die Forschungsförderung (Art. 27sexies BV), hat bei den Archiven eine grössere Bedeutung (§ 13 N 4 ff.).

II. MUSEUMSGESETZE

- 4 Noch stärker als bei den Bibliotheken (§ 1 N 9 ff.), ganz im Gegensatz zu den Archiven (§ 13 N 6), prägen **Förderungs-gesetze** und nicht Pflichtgesetze das rechtliche Umfeld der Museen. Die gegenständlichen Kulturgüter können nicht vollständig erfasst werden, das Museum kann nur einen repräsentativen Ausschnitt sammeln. Soweit keine

eigenen Kulturförderungsgesetze bestehen, beschäftigen sich die Museumsgesetze in grossem Umfang mit Fragen der Finanzierung.

III. TRÄGER

- 5 Als Träger der grösseren Museen treten vorwiegend die **öffentlich-rechtlichen Körperschaften** auf (zu den Bibliotheksträgern vgl. § 2 N 3 ff.). Privatpersonen unterhalten eher kleinere Sammlungen bzw. machen die Sammlungen nicht allgemein zugänglich. Dies hängt mit dem hohen Finanzbedarf zusammen, welcher das Zugänglichmachen solcher Gegenstände erfordert.

IV. RECHTSFORM

- 6 Grundsätzlich sind dieselben Rechtsformen denkbar wie bei den Bibliotheken (§ 3 N 21 ff.). Wichtigste Rechtsform ist wie bei den Archiven (§ 13 N 8) die **unselbständige Anstalt** (zu den in Frankreich von privaten Museen verwendeten Rechtsformen vgl. Wolkowitsch, N 180 ss.).

V. AUFGABEN

- 7 Die Aufgaben der Museen werden von Pappermann (vr 1983, 47) wie folgt umschrieben: "Sie sammeln die Objekte, werten sie im Wege wissenschaftlicher Forschung aus und präsentieren sie schliesslich als Allgemeinwissen vermittelndes Bildungsgut". Die Begriffsumschreibung des Museums durch den ICOM (§ 14 N 2) nennt neben diesen drei Aufgaben zwei weitere. Dort heisst es, dass das Museum seine Gegenstände "erwirbt, bewahrt, erforscht, erschliesst und ausstellt". Die fünf Aufgaben lauten demnach: **Erwerb, Bewahrung, Erforschung, Erschliessung und Ausstellung** des Museumsguts. An diesen Aufgaben orientieren sich die nachfolgenden Ausführungen (§ 14 B. bis E.).

VI. AUFSICHT

- 8 Die Fachaufsicht (§ 2 N 53) über die öffentlichen Museen wird von **Museums-Kommissionen** wahrgenommen, die Rechtsaufsicht wird vom **Träger** (die politischen Behörden wie Bundesrat, Regierungsrat usw.) ausgeübt (vgl. Art. 8 LMG; zur Aufsicht über die französischen Regional-, Departements- und Gemeindemuseen vgl. art. 62 L. no. 83-663; zur Kontrolle über Ausstellungsgegenstände, welche der französische Staat nach der Revolution an die Gemeindemuseen vergeben hat, vgl. Wolkowitsch, N 200 ss.).

B. ERWERB DES MUSEUMSGUTS

I. ÖFFENTLICH-RECHTLICHER ERWERB

- 9 Der öffentlich-rechtliche Erwerb basiert auf Gesetz oder auf einer Verfügung. Wichtigster gesetzlicher Erwerb ist der Fund (1.), einen Erwerb durch Verfügung stellt die Widmung (2.) dar. Wolkowitsch (N 105) erwähnt, dass Sammlungsgegenstände in Frankreich hin und wieder in die Museen gelangen, wenn die Zollbehörden bei einer Verletzung des Exportverbots (§ 14 N 92) mit den Eigentümern übereinkommen, dass auf eine Strafverfolgung verzichtet werde, wenn diese das Eigentum dem Staat überlassen.

1. FUND

- 10 a) **Begriff:** Zu den Funden gehören ausgegrabene Naturkörper und Altertümer von wissenschaftlichem Wert (vgl. § 1 lit. b SH-KDMSV [kulturgeschichtliche Bodenfunde]). Unter "Naturkörper" versteht man die Naturdenkmäler wie Mineralien, erratische Blöcke, Versteinerungen und Überreste von Pflanzen, Tieren und Menschen. Als "Altertümer" betrachtet man Siedlungsstellen, Gräber, Waffen, Werkzeuge, Gefässe, Schmucksachen, Münzen usw. (zu einer umfassenden Aufzählung vgl. Bühler, 89 f.).
- 11 b) Auf internationaler Ebene befasst sich das **Europäische Übereinkommen vom 6. Mai 1969 über den Schutz des archäologischen Kulturgutes** (SR 0.440.2) mit dem Schutz der Funde. Das Übereinkommen wurde von der Schweiz ratifiziert und ist für sie seit dem 20. November 1970 in Kraft. Nach Art. 6 Ziff. 2 lit. a und b sollen die Erwerbungen der Museen überwacht werden. Zu dieser Bestimmung ist zu bemerken, dass der internationale Handel mit Bestimmungen über Funde und Grabungen kaum wirksam kontrolliert werden kann (Chatelain [Mittel], 57).
- 12 c) Auf nationaler Ebene werden die Funde vom **Zivilgesetzbuch** geregelt. Nach Art. 724 Abs. 1 ZGB gehören die Funde dem Kanton (§ 6 N 25), sie sind also nicht verkehrsfähig (§ 14 N 31). Der Kanton hat dafür eine Entschädigung zu leisten (Art. 724 Abs. 3 ZGB). Der Grundeigentümer hat Ausgrabungen zu dulden (Art. 724 Abs. 2 ZGB), soweit Aussicht auf Erfolg besteht und ein geeignetes (sprich: unbebautes) Areal vorhanden ist, muss dafür aber entschädigt werden (Bühler, 94).
- 13 d) Die **kantonale Gesetzgebung** regelt, wie mit Funden umzugehen ist. In einigen Fällen wird vom kantonalen Recht festgelegt, dass Fundgegenstände den Museen gehören bzw. zu übergeben sind (Art. 313 Abs. 1 FR-EGZGB; art. 74 VD-LPNMS; Art. 4 Abs. 2 V betreffend den Schutz und die Erhaltung von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Bern). Zu den Ausgrabungen vgl. § 14 N 130.

2. WIDMUNG

- 14 Wenn ein öffentliches Museum Gegenstände in seine Sammlung aufnimmt, tritt neben den privatrechtlichen Erwerb des Museumsguts - wie beim Bibliotheksbuch (§ 6 N 32) - die Übergabe zu seiner Zweckbestimmung, die Widmung. Beim Museumsgut wird (anstelle der Signatur bei Bibliotheksbüchern) häufig eine Tafel angebracht und der Gegenstand in ein Inventar (statt in den Bibliothekskatalog) aufgenommen. Solche Formalien sind jedoch keine Voraussetzung für eine gültige Widmung (Wolkowitsch, N 123). Immer häufiger erwirbt das Museum nicht das alleinige bzw. nicht das volle Eigentum: So erwerben mehrere Institutionen einen Museumsgegenstand gemeinsam, teilweise wird das Eigentum sogar über die Landesgrenzen hinaus geteilt (Wolkowitsch, FN 192, erwähnt, dass die französische Réunion des Musées Nationaux und das amerikanische Metropolitan Museum of Art sich das Eigentum an der Statue Saint-Christophe teilen und diese abwechselnd ausstellen). Oder das Museum erlangt nicht das volle Eigentum, weil ein Schenker sich die Nutzniessung vorbehält (Wolkowitsch, N 88). Auch in diesen Fällen erfolgt eine Widmung, bezogen auf das beschränkte Eigentum.

II. PRIVATRECHTLICHER ERWERB

- 15 a) Das Museum benützt das Privatrecht auf ähnliche Weise wie die Bibliothek (vgl. dazu §§ 7 und 8), um seine Sammlungsgegenstände zu erwerben. Im Vordergrund stehen der Kauf (1.), die Schenkung (2.) und die Leihe (4.). Ein Tausch kommt eher selten vor, weil ein ähnliches Resultat mit einer langfristigen Leihe erzielt werden kann (Wolkowitsch, N 93). Das **Museum** tritt meist **als Erwerber** von Kunst- und anderen Sammlungsgegenständen auf. Der Erwerb von Museumsgütern ist durch die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt. Der Kanton Jura hat zur Bereitstellung von Mitteln deshalb einen besonderen Fonds gegründet (art. 1er R. du fonds cantonal pour l'acquisition de pièces importantes du patrimoine jurassien: "Il est créé un fonds cantonal pour l'acquisition de pièces importantes du patrimoine jurassien destinées à être mises en valeur dans les musées du Canton").
- 16 b) Es gibt gute Gründe, warum das **Museum** gelegentlich auch **als Veräusserer** auftritt (Malaro, 139): Bereinigung einer Sammlung, (zu) hohe Kosten für den Erhalt und die Aufbewahrung einzelner Sammlungsstücke, Ausbau einer Sammlung durch Tausch sowie Beschaffung von Mitteln zum weiteren Ausbau einer Sammlung. Das Museum darf Gegenstände veräussern, soweit dies im Rahmen seiner von der Satzung festgelegten Aufgabe liegt (Monreal, 27 ICOM News 76 [1974 No. 3/4]: "sale of objects in certain defined and controlled cases"). Dabei ist allerdings Zurückhaltung zu üben (Verkauf einzelner Bilder zulässig nach *Wilstach Estate*, 1 Pa.D & C 2d 197 [1954], Verkauf mehrerer Bilder unzulässig nach *Rowan v. Pasadena Art Museum*, No. C 322817 [Cal.Sup.Ct.

L.A.Co., Sept. 22, 1981], zit. von Malaro, 141 FN 6, 10). Öffentliche Museen haben eine Bewilligung einzuholen, damit sie die Einnahmen nicht abliefern, sondern behalten und selbst wieder verwenden dürfen (§ 4 N 14). In verschiedenen Ländern ist ein Verkauf gesetzlich verboten (Prott/O'Keefe, III N 277).

1. KAUF

- 17 Für den Kauf kann grundsätzlich auf § 8 verwiesen werden. Die dort erwähnten Regeln gelten hier entsprechend. Das grösste Rechtsproblem beim Kauf von Kunstgegenständen und sonstigen Kulturgütern bilden **Mängel der Kaufsache**. Die gekauften Sachen weisen Sach- bzw. Rechtsmängel auf, wenn eine Sache sich als unecht erweist (a.) bzw. wenn sie gestohlen wurde (b.).

a. UNECHTE KUNSTWERKE

- 18 Probleme ergeben sich für Museen, wenn Kunstwerke erworben werden und diese sich nachträglich als unecht herausstellen. Dann ist zu prüfen, ob die Unechtheit einen Sachmangel darstellt (aa.) und ob sie zur Geltendmachung eines Grundlagenirrtums berechtigt (bb.).

aa. SACHGEWÄHRLEISTUNG

- 19 a) Die Sachgewährleistung (Art. 197 ff. OR) setzt einen Sachmangel voraus. Ein solcher liegt vor, wenn der Käufer eine **Eigenschaft** an der gelieferten Sache nicht vorfindet, welche von ihm **vorausgesetzt** werden darf oder welche ihm **zugesichert** wurde (Art. 197 ff. OR). In der Praxis wird die Echtheit eher selten als vorausgesetzte Eigenschaft behandelt (Beispiel: RGZ 115, 286 [Gemälde von Ostade und David Terniers]), meist geht es um eine zugesicherte Eigenschaft.
- 20 b) **Einen Sachmangel stellt die Unechtheit dar, wenn** (1) ein Kunsthändler das Werk einem bestimmten Künstler zuschreibt (vgl. Katz, 35), sei dies aufgrund eines eigenen Urteils oder aufgrund einer Expertise. Als Indiz für eine Zusicherung kann der bezahlte hohe Preis verwendet werden (Giger, Art. 197 OR N 45; BGE 102 II 100 = Pra. 65, 182 [Briefmarke]: "Im Handel mit gewissen Sachen, namentlich mit Kunstgegenständen, Antiquitäten, Edelsteinen und Edelmetallen, alten Münzen und Briefmarken, schliesst der Verkauf eines bestimmten Objekts durch ein Spezialgeschäft zu einem dem Wert eines echten Stücks entsprechenden Preis grundsätzlich bereits die Zusicherung der Echtheit in sich" [Pra. 65, 182 S. 437]). Gegen eine Zusicherung spricht ein im Vergleich zu echten

Bildern tiefer Preis (Sem.jud. 1974, 592 [Bild von Boudin]). Einen Sachmangel stellt die Unechtheit auch dar, wenn (2) ein Privater ein Bild unter Hinweis auf eine Signatur verkauft (Katz, 48; RGZ 114, 239 [Landschaftsbild des Malers Schr., von Hans Thoma signiert]; a.M. ZivG/AppG BS SJZ 1929/30, 136 Nr. 94, kritisiert von Giger, Art. 197 OR N 45). Als Sachmangel ist die Unechtheit weiter zu beurteilen, wenn (3) ein Privater ein signiertes Bildes unter Hinweis auf eine Expertise verkauft. Unabhängig von der Signierung haftet ein Privater zudem immer dann, wenn (4) die verwendete Expertise eine Fälschung ist (zum Ganzen vgl. Flume, JZ 1991, 635).

- 21 c) **Keinen Sachmangel** stellt die Unechtheit dar, wenn (1) der Verkäufer die Unge-
wissenheit über die Echtheit offenlegt, wenn er zum Beispiel bekannt gibt, dass der ange-
gebene Wert und die Einschätzung der Echtheit nur seine eigene Meinung darstellten
(ebenso U.C.C. § 2-313 [2]). Kein Sachmangel ist sodann gegeben, wenn (2) ein Privater
ein unsigniertes Bild unter Verwendung einer Expertise verkauft, weil in der Regel nicht
angenommen werden darf, er wolle damit für die Echtheit einstehen (Katz, 48). Die (im
Vergleich zu den Privaten) strengeren Anforderungen an den Kunsthändler sind in den
USA teilweise im geschriebenen Staatenrecht festgehalten (Malaro, 62 FN 24, 25).
- 22 d) Da sich auch die Ansicht der Sachverständigen über die Echtheit eines Kunstgegen-
standes im Laufe der Zeit ändern kann, ist für das Urteil der **Zeitpunkt des Ver-
tragsabschlusses massgebend** (Katz, 42), bei Uneinigkeit über die Echtheit entfällt eine
Haftung (Flume, JZ 1991, 633).
- 23 e) In den Versteigerungsbedingungen von Kunstauktionen wird die **Haftung** für die
Echtheit der Kunstwerke üblicherweise **ausgeschlossen** (Katz, 55). Eine AGB-Bestim-
mung ist nach schweizerischem Recht ungültig, wenn sie unüblich ist (§ 8 N 45 f.). Ob
eine Versteigerungsbedingung, welche die Haftung ausschliesst, ungültig ist, muss im
konkreten Einzelfall geprüft werden, wird aber nur selten zutreffen, weil derartige Klau-
seln im Auktionshandel üblich sind. Eine Haftung kann dem Versteigerer aber dennoch
erwachsen, weil er meistens dafür einzustehen hat, dass die Katalogbeschreibungen
sorgfältig zusammengetragen werden (Flume, JZ 1991, 636 ff.). Als ungewöhnlich zu
bezeichnen ist hingegen der Haftungsausschluss durch einen Händler (vgl. Katz, 55). In
Deutschland und den USA zeigt sich ein vergleichbares Bild: Nach der Rechtsprechung
des BGH (BGHZ 63, 369 ["Stilleben mit grüner Flasche" von Alexej von Jawlensky]; JZ
1980, 523 [Portrait eines vornehmen Herren von einem niederländisch-flämischen
Meister]) ist der Haftungsausschluss zulässig, wenn die Bilder auf fremde Rechnung
verkauft werden. In den USA wurde ein Haftungsausschluss in den Verkaufsbedingungen
einer Kunstgalerie als ungültig angesehen (Weisz v. Parke-Bernet Galleries, Inc., 67
Misc.2d 1077, 325 N.Y.S.2d 576 [Civ.Ct. N.Y.City, 1971]: "In a situation in which it is
implicit that the buyer is expected to rely on the superior knowledge and experience of the
seller, mere legalistic words of disclaimer are not enough").

- 24 f) Eine Zusicherung für die Echtheit hat nicht zur Folge, dass Gewährleistungsansprüche während der ordentlichen **Verjährungsfrist** von 10 Jahren geltend gemacht werden könnten (so noch BGE 94 II 26, 36 f. = Pra. 37, 145 S. 514 f. = JdT 1969 I 322, 331 s. [Herstelljahr eines Autos] und BGE 56 II 424, 430 [Ölbild von Léopold Robert]), die Frist beträgt vielmehr wie üblich ein Jahr (Art. 210 OR; BGE 102 II 100 [Briefmarke]; ZR 58, 65 [van Gogh]).

bb. GRUNDLAGENIRRTUM

- 25 a) Grundlagenirrtum (Art. 24 Abs. 1 Ziff. 4 OR) kann geltend gemacht werden, wenn eine **Eigenschaft** fehlt, welche **zugesichert** wurde oder wenigstens **vorausgesetzt** werden darf. Diese Voraussetzung deckt sich mit dem Sachmangel des Kaufrechts (vgl. dazu § 14 N 20). Sie ist zum Beispiel erfüllt, wenn ein Privater ein signiertes Bild unter Hinweis auf ein Gutachten verkauft (ZR 68, 1 ["Liseuse" von Degas]), nicht aber wenn ein unsigniertes Bild zusammen mit einer Expertise verkauft wird (vgl. ZR 62, 35 ["Danseuses" von Edgar Degas]). Beim Kauf einer Violine wird man der Etikette rechtlich die Bedeutung zumessen, welche die Signatur beim Kauf eines Bildes hat (vgl. ZR 59, 122 [Violine von Ferdinandus Gagliano Filius Nicolai]).
- 26 b) Nun ist zu klären, ob Grundlagenirrtum neben oder anstelle der Sachgewährleistung geltend gemacht werden könne. Das Verhältnis der beiden Rechtsbehelfe interessiert, weil **verschiedene Verjährungs- bzw. Verwirkungsfristen** bestehen. Die kaufrechtlichen Ansprüche sind bereits ein Jahr nach dem Kaufdatum verjährt (Art. 210 OR), während Willensmängel möglicherweise noch vorgebracht werden können (Verwirkungsfrist von einem Jahr ab Kenntnis des Irrtums [Art. 31 OR] ohne absolute Grenze [BGE 114 II 140 Erw. 2b]; kritisch dazu Wiegand, recht 1989, 108).
- 27 c) Das Bundesgericht hat sich im leading case (BGE 82 II 411 [Selbstportrait des Malers van Gogh]) für die **alternative Anwendung beider Rechtsbehelfe** entschieden (ebenso ZR 58, 65 [van Gogh]; ZivG BS SJZ 1930/31, 221 Nr. 39 [Kommode Louis XVI]). Diese Rechtsprechung wird in BGE 114 II 131 ("Modèle et Sculpture" von Picasso) bestätigt, obwohl sie von der Lehre kritisiert wurde (Honsell, § 11 III m.w.N.; Kramer, JBl. 1971, 294 f. [OR] und 298 ff. [ABGB], mit dem Argument, das strengere Kaufrecht müsse aus Verkehrsschutzgründen Vorrang geniessen). Die Rechtsvergleichung zeigt ein gespaltenes Bild: Während die österreichische Praxis (SZ 41/33 ["Die Grablegung Christi" von Rembrandt]) und die französische Praxis (Civ. III, 18 mai 1988, et Civ. I, 28 juin 1988, D.S. 1989.450 [Immobilien- und Autokauf]) mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung übereinstimmen, wird in Deutschland nur Kaufrecht angewendet (BGHZ 78, 216, 218, zurückgehend auf RGZ 135, 339 ["Eichen am Wasser" von Jakob Salomon van Ruisdael/Jakob van Ruisdael]), was aber gerade im Zusammen-

hang mit dem Kunstkauf ebenfalls kritisiert wird (Schröder, 409 ff.). Ich halte die Anwendung von Art. 24 Abs. 1 Ziff. 4 OR im Zusammenhang mit der Echtheit von Kaufgegenständen mit dem Bundesgericht für angebracht, weil das Instrument des Irrtums besser auf innere Zustände zugeschnitten ist als das Kaufsrecht, welches, wie das Verfahren der Mängelrüge zeigt, für äusserlich erkennbare Eigenschaften geschaffen wurde. Zum gleichen Ergebnis gelangen Baudenbacher/Spiegel, 252 ff., aus Gründen des Käuferschutzes.

- 28 d) Irrtum kann **nicht nur vom Käufer, sondern auch vom Verkäufer geltend gemacht** werden (BGH JZ 1989, 41 m. Anm. Honsell ["Bildnis eines jungen Mannes" von Duvenek/Leibl]; RGZ 138, 48 [Altarbild]; RGZ 124, 115 [Chinesische Vasen aus der Ming-Dynastie]).

b. GESTOHLENE UND BESCHRÄNKT VERKEHRSFÄHIGE KULTURGÜTER

- 29 Kulturgüter, welche gestohlen sind oder deren Verkehrsfähigkeit beschränkt ist, bringen für die Museen **zwei Problemkreise** mit sich. Einerseits besteht die Gefahr, dass vom Museum erworbene Gegenstände von Dritten (Privaten, anderen Staaten) beansprucht werden, weil sie früher einmal gestohlen oder unrechtmässig exportiert wurden (aa.). Zum andern besteht die Gefahr, dass aus dem Museum gestohlene Sammlungsgegenstände von Dritten aufgrund eines gutgläubigen Erwerbs zu Eigentum erworben werden können. Der Rechtsmangel wird also geheilt und die Gegenstände gehen dem Museum dauernd verloren (bb.).

aa. RECHTSGEWÄHRLEISTUNG

- 30 a) Der Verkäufer muss auch ohne besondere Zusicherung dafür einstehen, dass das Eigentum an der Kaufsache uneingeschränkt auf den Käufer übertragen wird (ebenso U.C.C. § 2-312), dass diese also keinen **Rechtsmangel** aufweist (Art. 195 OR). Ein Rechtsmangel liegt vor, wenn der Verkäufer nicht das volle Eigentum an der Kaufsache übertragen hat (vgl. Menzel v. List, 267 N.Y.S.2d 804 [Sup.Ct. N.Y.Co., 1966]: Der frühere Besitzer eines Chagall-Bildes macht Eigentum geltend). Die Tatsache, dass das Eigentum unsicher ist, stellt dagegen noch keinen Rechtsmangel dar (Bator, 34 Stan. L.Rev. 275, 287 [1982]; vgl. Jeanneret v. Vichey (693 F.2d 259 [2d Cir. 1982]: Ein Matisse-Bild verlässt Italien unter fragwürdigen Umständen [ohne Exportdokumente] und ein angesehenes Genfer Kunsthaus will das Bild nicht mehr [weiter]verkaufen).

- 31 **b) Der Erwerb von Museumsgütern wird** durch Art. 724 ZGB (Funde gehören den Kantonen [§ 14 N 12 f.]), durch Bestimmungen, welche geheiligte Sachen schützen (vgl. dazu Meier-Hayoz, ST N 208) und vor allem **durch kantonales Recht beschränkt**. Art. 6 Abs. 2 ZGB behält Einschränkungen der Verkehrsfähigkeit von Sachen durch kantonales Recht ausdrücklich vor (für das Grundeigentum, welches hier weniger interessiert, besteht in Art. 702 ZGB ein Vorbehalt für das kantonale Recht). Die Kantone schützen unter anderem Altertümer und Kunstgegenstände (Huber, Art. 6 ZGB N 253; Meier-Hayoz, ST N 212). Beispiele solcher Bestimmungen sind art. 66 L. du 10 décembre 1969 sur la protection de la nature, des monuments et des sites (RSV 6.7) sowie Art. 5 G vom 16. März 1902 über die Erhaltung der Kunstialtertümer und Urkunden (BSG 426.41), welcher lautet: "Die Ersitzung ist ausgeschlossen". Zu weiteren Beispielen von Verkehrsbeschränkungen, auch aus den Bereichen Archiv und Bibliothek, vgl. § 6 N 29 f. Geschäfte, welche trotz bestehender Verkehrsbeschränkungen, also ohne Bewilligung, abgeschlossen werden, sind ungültig (Joller, 99 [nichtig]), und die veräusserten Gegenstände müssen zurückgegeben werden (unveröffentlichte Entscheidung des Verwaltungsgerichts des Kantons Solothurn vom 18. Oktober 1982 in Sachen G. gegen Erziehungsdepartement, zit. von Joller, 99 FN 25 [unter Denkmalschutz stehender Brunnen]). Die Wirksamkeit von kantonalen Verkehrsbeschränkungen wird dadurch stark eingeschränkt, dass kantonale Vorschriften nur im jeweiligen Kanton zu beachten sind und ein gutgläubiger Erwerb in einem andern Kanton also durchaus möglich ist (Friedrich, 114).
- 32 **c) Im Ausland sind Museumsgüter teilweise überhaupt nicht verkehrsfähig**, d.h. sie können von Privaten gar nicht erworben werden. Der Staat fordert diese Gegenstände vom jeweiligen Besitzer, auch vom gutgläubigen, ohne zeitliche Begrenzung und häufig auch ohne Entschädigung zurück (die Entschädigungsfrage ist allerdings umstritten, vgl. Wolkowitsch, N 251 s.). So gehören die Sammlungen der öffentlichen Museen in Frankreich und Italien zum Staatseigentum (domaine public/demanio publico) und können weder veräussert noch gutgläubig erworben werden (C.A. Paris, 3 janvier 1846, D.P. 1846.2.212; art. 823 cpv. 1 CCit.; vgl. zum Ganzen Siehr, 527). In Frankreich wurden zum besseren Schutz der Denkmäler und weiterer öffentlicher Werke sogar besondere Strafbestimmungen geschaffen (art. 254 ss. Code pénal; L. no. 80-532; vgl. dazu Wolkowitsch, N 257 ss.). Von diesem Schutz profitieren auch die öffentlichen Museums-, Archiv- und Bibliotheksgüter (vgl. etwa art. 257-1 al. 5 Code pénal). Weitere Beispiele für die Beschränkung der Verkehrsfähigkeit: Nach österreichischem Recht (§ 356 ABGB) unterliegen heilige Sachen (res sacrae), mit welchen die Kulthandlungen selbst vollzogen werden, der Verkehrsbeschränkung (OGH JBl. 1991, 722 [verneint bei Altarbild aus Privatkapelle]). Die USA beschränken die Einfuhr von Gegenständen aus prähistorischer Zeit (Statute Regulating the Importation of Pre-Columbian Monumental or Architectural Sculpture or Murals, 19 U.S.C.S. §§ 2091 et seq. [1991]) und die Verkehrsfähigkeit religiöser Gegenstände der Indianer (American Indian Religious Freedom Act, 42 U.S.C.S. § 1996).

- 33 d) Um abzuklären, wie weit die soeben erwähnten Verkehrsbeschränkungen anderer Staaten (§ 14 N 32) für schweizerische Museen von Bedeutung sind, muss man sich die Frage stellen, **wie weit ausländisches Recht in der Schweiz anwendbar ist**. (1) Verkehrsbeschränkungen im ausländischen Recht sind dann zu beachten, wenn der Erwerb im Ausland stattgefunden hat (vgl. Art. 100 IPRG; Trib. Torino, 25 marzo 1982 [Repubblica dell'Ecuador c. Danusso], Riv.dir.int.priv.proc. 1982, 625, 631 [lex rei sitae]; Knott, 89 ff.). (2) Für eine weitergehende Berücksichtigung ausländischer Verkehrsbeschränkungen braucht es besondere Vorschriften, welche im In- und Ausland nur spärlich vorhanden sind. Siehr (539 ff.) schlägt vor, eine Anwendung von Art. 19 IPRG (Berücksichtigung zwingender Bestimmungen eines ausländischen Rechts) zu prüfen (ebenso Hanisch, 207; Reichelt [Kulturgüterschutz], 16 und 24 f. ["Auflockerung" der lex rei sitae]). Weitere Beispiele für solche Vorschriften in anderen Ländern: The Statute Regulating the Importation of Pre-Columbian Monumental or Architectural Sculpture or Murals (19 U.S.C.S. §§ 2091 et seq. [1991]) verhindert den Import von unerlaubt ausgeführten Kulturgütern in die USA (Bator, 34 Stan.L.Rev. 275, 287-88 [1982]; vgl. dazu U.S. v. Hollinshead, 495 F.2d 1154 [9th Cir. Cal. 1979]: offenbar in Guatemala gestohlene vor-kolumbianische Pfeilersäule). Der BGH hat 1972 ausländische Verkehrsbeschränkungen beachtet, als er den Anspruch aus einer Seeversicherung wegen Verletzung von nigerianischen Ausfuhrbestimmungen ablehnte (BGHZ 59, 82 [Nigeria-Fall]; vgl. dazu Siehr, 525 f.; Bleckmann, ZaöRV 1974, 112 ff.). (3) Einer Anwendung ausländischen Rechts kann allerdings der ordre public entgegenstehen. In diesem Sinn hat der U.S. Court of Appeals in einem Strafverfahren, in welchem das Eigentum an Werkzeugen aus prähistorischer Kultur zu bestimmen war, mexikanisches Recht nicht angewendet mit der Begründung, dass die Bestimmungen wegen ihrer zu vagen Formulierung ungültig seien (U.S. v. McClain (593 F.2d 658, 665-666 [5th Cir. Tex. 1979], cert.denied, 444 U.S. 918 [void-for-vagueness theory])).
- 34 e) Um die Durchsetzung von Verkehrsbeschränkungen zu verbessern, beschloss die UNESCO am 19. November 1964 die Empfehlung über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Ausfuhr, Einfuhr und Übereignung von Kulturgut (Meyer, Mitt VSA 18 [1966] 17). Sechs Jahre später wurde die Empfehlung durch ein entsprechendes Übereinkommen, nämlich das **Übereinkommen vom 14. November 1970** über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut, abgelöst (zum Inhalt vgl. Gordon, 12 Harv.Int'l L.J. 541-555 [1971]; Bator, 34 Stan.L.Rev. 370-384 [1982]; zur Anwendung in den USA vgl. Malero, 73 et seq.). Die Schweiz ist diesem Übereinkommen nicht beigetreten. An ihm wurde unter anderem kritisiert, dass es den Begriff des Kulturguts (Art. 1) zu unklar und nicht internationalisierungsfähig formuliert (Reichelt, 12) sowie kein zuverlässiges Verfahren (Inventar, Ausweis usw.) festlegt, um die zu schützenden Kulturgüter zu bestimmen (Gordon, 12 Harv.Int'l L.J. 555-556 [1971]). Nach Fraoua, 111, sind ausserdem zu viele "clauses échappatoires" aufgenommen worden (zu weiterer Kritik vgl. Byrne-Sutton, 218

ss.). Das Übereinkommen weist den Nachteil auf, dass es nur die Staaten bindet und nicht unmittelbar anwendbar (self-executing) ist (Trib. Roma, 27 giugno 1987 [Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini], Riv.dir.int.priv.proc. 1988, 920, 922; App. Torino, 28 gennaio 1983 [Repubblica dell'Ecuador c. Danusso], vgl. Clerici, Riv.dir.int.priv.proc. 1989, 805). Im Anschluss an dieses Übereinkommen hat Chatelain ([Mittel] 110) den Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagen, eine Richtlinie über die Ausfuhr von Kulturgütern zu erlassen, was bisher aber noch nicht verwirklicht ist. Gegenwärtig sind ausserdem Bestrebungen zu einem parallelen Übereinkommen durch UNIDROIT im Gange (Preliminary Draft UNIDROIT Convention on Stolen or Illegally Exported Cultural Objects, zit. v. Siehr, 537).

35 f) Die Museen helfen, die geschilderten Mängel der Durchsetzbarkeit von nationalen Verkehrsbeschränkungen zu verbessern und den Diebstahl unattraktiv zu machen, indem sie einen vom ICOM 1970 geschaffenen Verhaltenskodex, die "**Ethics of Acquisition**", einhalten. Um zu verhindern, dass Museen Kulturgüter zweifelhaften Ursprungs erwerben, wird ein lückenloser Herkunftsnachweis verlangt. Dieser Grundgedanke kommt in den zwei vom ICOM-Board 1969 formulierten leitenden Grundsätzen zum Ausdruck: "From the scientific point of view, a museum object has no real cultural value unless its origin, history and context are known and documented with maximum accuracy. From the moral point of view, an object of doubtful origin would be dangerous for the good reputation of the acquiring museum and would consequently present difficulties for future cooperation between that museum and other similar institutions" (22 ICOM News 49 [1969]). Für die Durchführung der Regeln entwickelte der ICOM besondere Formulare und er verbreitet in Zusammenarbeit mit Interpol wichtige Informationen (Nafziger, 2 Den.J.Int'l L.&Pol'y 246 [1972]). Viele Museen beachten diese Regeln freiwillig, in einigen Ländern wurden diese Regeln durch Empfehlungen der nationalen Verbände ergänzt (Monreal, 31 Museum 49 [1979]). Weitergehend gibt es in einzelnen Ländern (Frankreich, Italien) gesetzliche Vorschriften zur Überwachung des Kunsthandels (Chatelain [Mittel], 64 ff. und 111; zu Frankreich vgl. D. no 70-788; D. no. 68-786).

36 g) Wird ein Rechtsmangel erfolgreich geltend gemacht, ist der Kaufgegenstand herauszugeben und der Käufer zur **Rückerstattung des Kaufpreises** plus Zinsen berechtigt (Art. 195 Ziff. 1 OR). Davon geht auch Menzel v. List (279 N.Y.S.2d 608, 609 [App.Div. 1969]) bei der Entschädigung für die Rückgabe eines Chagall-Bildes aus. Weil Kunstgegenstände aber grossen Wertschwankungen unterworfen sind, kann dies zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen. Das erwähnte Urteil wurde deshalb von der oberen Instanz geändert und dem Kläger der aktuelle Marktwert als Entschädigung zugesprochen (Menzel v. List, 298 N.Y.S.2d 979 [Ct.App. 1969]). Im schweizerischen Recht ist nach Art. 195 Abs. 2 OR ebenfalls weiterer Schaden zu ersetzen, wozu der entgangene Gewinn gehört (Giger, Art. 195 OR N 34 ff.). Aber der Verkäufer haftet für diesen Schaden nicht

mehr kausal, sondern er kann sich exkulpieren, also der Haftung entgehen, wenn er den Beweis erbringt, dass ihn kein Verschulden trifft.

- 37 h) Verkauft das Museum einen Sammlungsgegenstand, sollte es die **Haftung** für Rechtsmängel zumindest auf die Rückerstattung des Kaufpreises **beschränken** (Phelan, 98). Ansonsten ist unter Umständen der Wert des Bildes im Zeitpunkt der Rückerstattung zu ersetzen (vgl. Malaro, 143-144). Eine Haftungsbeschränkung ist zulässig, solange nicht das Recht eines Dritten absichtlich verschwiegen wird (Art. 192 Abs. 3 OR).

bb. GUTGLÄUBIGER EIGENTUMSERWERB

- 38 a) Werden entwendete Museumsgegenstände aufgespürt, kann das Museum sein Eigentum geltend machen und also eine Herausgabeklage (Art. 641 ZGB) anstrengen, soweit dem nicht der gutgläubige Eigentumserwerb des jetzigen Besitzers (Art. 714 i.V.m. Art. 933 f. ZGB) oder Ersitzung (Art. 728 ZGB; vgl. dazu BGE 94 II 297 ["Le premier tricot" und "Dans la loge" von Toulouse-Lautrec]) entgegenstehen. Im internationalen Verhältnis ist zu beachten, dass für die Art und Weise des Eigentumserwerbs grundsätzlich das **Recht desjenigen Landes massgebend ist, in welchem sich der Kunstgegenstand** zur Zeit des Erwerbs **befindet** (Art. 100 Abs. 1 IPRG; zu den Möglichkeiten anderer Anknüpfung vgl. Byrne-Sutton, 140 ss.; Mansel, IPRax. 1988, 270 f.). Für einen Eigentumserwerb in der Schweiz ist also schweizerisches Recht anwendbar (ebenso BGHZ 100, 321: Erwerb deutscher Münzen durch einen Deutschen in der Schweiz). Wird die gutgläubig erworbene Sache anschliessend in ein anderes Land weiterveräußert, wird das Lösungsrecht (Art. 934 Abs. 2 ZGB; § 6 N 18) nicht in jedem Fall mitübertragen (Siehr, ZVglRWiss. 1984, 107 ff.). Für den Gerichtsstand sind die Staatsverträge zu beachten. Nach Art. 1 des Vertrags vom 15. Juni 1869 zwischen der Schweiz und Frankreich über den Gerichtsstand und die Vollziehung von Urteilen in Zivilsachen (SR 0.276.193.491) ist bei einem Streit über den gutgläubigen Erwerb an beweglichen Sachen das Gericht am Ort des Beklagten zuständig (ein Anwendungsfall dieses Abkommens ist C.Cass., 15 avril 1988, D.S. 1988.325: Erwerb an Fresken der Kapelle von Saint-Martin de Fenollar durch die Stadt Genf).
- 39 b) Anders als im schweizerischen (Art. 934 ZGB; § 6 N 6 und N 18) und im amerikanischen Recht (vgl. Menzel v. List, 267 N.Y.S.2d 804, 819 [Sup.Ct. N.Y.Co., 1969]) ist ein gutgläubiger Erwerb bei abhanden gekommenen Sachen **im ausländischen Recht teilweise fast unbegrenzt möglich** (Siehr, SJZ 1981, 194, mit Verweis auf Winkworth v. Christie, Manson & Woods, [1980] 1 All E.R. 1121, [1980] 2 W.L.R. 937 [Ch.D.], wo italienisches Recht [art. 1153 ss. CCit.] angewendet wurde; Siehr, 535 f.). Das Museum muss sich mit dem ausländischen Recht immer dann auseinandersetzen, wenn seine Gegenstände gestohlen und ins Ausland gebracht werden.

- 40 c) Der gutgläubige Erwerb ist im ausländischen Recht nicht nur sehr unterschiedlich, sondern zum Teil auch sehr komplex, um nicht zu sagen unklar geregelt. Das sei am Beispiel der **Rückforderungsfrist** dargestellt. Nach schweizerischem Recht (Art. 934 Abs. 1 ZGB) muss die Rückforderung bei abhanden gekommenen Sachen innert fünf Jahren nach dem Abhandenkommen geltend gemacht werden (Stark, Art. 934 ZGB N 28 ff. [Verwirkungsfrist]). In Frankreich beträgt die Frist drei Jahre (art. 2279 CC). In den USA beginnen die Fristen der statutes of limitations an sich ebenfalls mit dem Abhandenkommen zu laufen (Malaro, 64). Beim Erwerb von Kunstgegenständen schützten die Gerichte aber den Eigentümer weitgehend und liessen die Frist erst mit der Ablehnung des Rückgabe-Begehrens laufen (Menzel v. List, 267 N.Y.S.2d 804, 809 [Sup.Ct. N.Y.Co., 1966], aff'd, 279 N.Y.S.2d 608 [App.Div. 1967]; Kunstsammlungen zu Weimar v. Elicofon, 536 F.Supp. 829 [E.D. N.Y., 1981] aff'd, 678 F.2d 1150 [2d Cir. N.Y. 1982]). Zusätzlich wurde vom Eigentümer (in New York bzw. New Jersey) aber noch der Beweis verlangt, dass er das Rückgabe-Begehren rechtzeitig stellte (De Weerth v. Baldinger, 836 F.2d 103 [2d Cir. N.Y. 1987]: Rückgabebegehren 1982 für ein 1945 gestohlenen Bild ist verspätet) bzw. dass er ausreichende Nachforschungen über den Verbleib des Bildes angestellt hatte (O'Keeffe v. Snyder, 83 N.J. 478, 416 A.2d 862 [1980] [discovery rule]) (zum Ganzen Knott, 41 ff.).
- 41 d) Um die Verfolgung gestohlener Kunstwerke zu vereinfachen, hat **UNIDROIT** 1968 einen **Entwurf** ausgearbeitet, welcher das Recht des gutgläubigen Eigentumserwerbs vereinheitlichen soll: Draft Uniform Law on the Protection of the Bona Fide Purchaser of Corporeal Movables. Dieser Entwurf schützt den Käufer beweglicher Sachen (Art. 5 Abs. 1) und sieht für gewisse Fälle eine Vergütungspflicht vor: "In case the goods to which the contract refers were lost or stolen, the purchaser can be considered to be in good faith only if the (sc. he) bought the goods under normal conditions from a dealer who usually sells goods of the same kind" (art. 10 par. 2 [Annuaire Unidroit 1967-1968 I 226]). Ein Hindernis für den gutgläubigen Erwerb soll nach Art. 6 Abs. 1 des Entwurfs ein Register von Kulturgütern bieten. Dieser Entwurf ist auf Kritik gestossen und wurde deshalb überarbeitet. Im neuen Entwurf von 1974 (U.L.R. 1975 I 79) sind die Art. 7 und 11 hervorzuheben. Art. 7 stellt hohe Anforderungen an den guten Glauben, insbesondere vermutet er diesen nicht (Abs. 2):
- "(1) Good faith consists in the reasonable belief that the transferor has the right to dispose of the movables in conformity with the contract.
 - (2) The transferee must have taken the precautions normally taken in transactions of that kind according to the circumstances of the case.
 - (3) In determining whether the transferee acted in good faith, account shall, inter alia, be taken of the nature of the movables concerned, the qualities of the transferor or his

trade, any special circumstances in respect of the transferor or his trade, any special circumstances in respect of the transferor's acquisition of the movables known to the transferee, the price, or provisions of the contract and other circumstances in which it was concluded."

Nach Art. 11 kann sich der Erwerber von gestohlenem Kulturgut nicht auf den guten Glauben berufen (Knott, 170 ff.). Dieser Entwurf hat bis heute nicht zu einem Übereinkommen geführt und auch andere Bemühungen (der UNO, UNESCO und OAS) waren bisher nicht erfolgreich, sodass die Rückführung von Kulturgütern nach wie vor ein weitgehend ungelöstes Problem ist (Fraoua, 208).

- 42 e) Der gutgläubige Eigentumserwerb kann verhindert werden, wenn die gestohlenen Gegenstände von der Polizei rechtzeitig sichergestellt werden, aber unabhängig vom anzuwendenden Recht auch, wenn der gute Glaube des Erwerbers zerstört wird. Die (strafrechtliche) Verfolgung der Täter bietet Schwierigkeiten, sobald die gestohlenen Kulturgüter ins Ausland gebracht werden (Interpol, 26 Museum 8-9 [1974]), weil jeder Staat seine Hoheitsgewalt nur auf dem eigenen Staatsgebiet ausüben kann. Als Vermittler tritt deshalb die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) auf (Chatelain [Mittel], 57). Diese gibt zudem besondere **Steckbriefe** ("Les 12 oeuvres d'art les plus recherchées") heraus (Siehr, SJZ 1981, 191), welche geeignet sind, den gutgläubigen Eigentumserwerb zu erschweren. Derartige Publikationen werden auch von privaten Organisationen verbreitet (zum Beispiel Art Theft Archive Newsletter of the International Foundation of Art Research, Inc., New York [Malaro, 271 FN 8]).

cc. VERHALTEN DES MUSEUMS

- 43 Die Rechtmässigkeit der Eigentumsübertragung sollte wegen der Problematik des gutgläubigen Erwerbs (§ 14 N 38 ff.) und wegen der relativ kurzen Verjährungsfrist bei Ansprüchen aus Gewährleistung bei Mängeln der Kaufsache (§ 14 N 24) möglichst bald geklärt werden. Dem Museum sind deshalb beim Kauf von Kunstgegenständen **folgende Massnahmen zu empfehlen** (Chatelain [Mittel], 67 ff.): (1) Die Herkunft ist sorgfältig abzuklären. Neben einem Vertrag mit dem Verkäufer sind eigene Nachforschungen zu empfehlen, wenn die Herkunft des erworbenen Gegenstands nicht nachgewiesen werden kann (Prott/O'Keefe III, N 268). (2) Das Führen von zuverlässigen Aufzeichnungen ist sehr wichtig (Erfassung, Katalogisierung, Bedeutung des Gegenstands, Unterlagen über Erhaltungsmassnahmen usw.): "The establishment and maintenance of documentary evidence regarding objects in the collection is stated by collecting institutions as being of the same importance as the collection of the objects" [Prott/O'Keefe III, N 274]. (3) Die Erwerbungen sollten veröffentlicht werden (Malaro, 67). Die Museen sollten zudem die vom ICOM geschaffenen Regeln über "Ethics of Acquisition" (§ 14 N 35) beachten .

c. ZOLL UND WARENUMSATZSTEUER

44 Die Museumsgegenstände sind (ähnlich wie die Bücher der öffentlichen Bibliotheken - § 8 N 63) von Zoll und Warenumsatzsteuer **befreit** (Art. 14 Ziff. 14 ZG; Art. 48 lit. e WUB), sofern sie vom Museum direkt eingeführt werden. Das Gesetz beschreibt die betroffenen Gegenstände als: "Kunstgegenstände und Sammlungsstücke zur öffentlichen Besichtigung" (Art. 14 Ziff. 14 ZG). Wird ein Gegenstand trotz dieser Bestimmungen verzollt, muss der Rückerstattungsanspruch in Form einer Beschwerde innert 30 Tagen bei der zuständigen Zollkreisdirektion geltend gemacht werden (Warenumsatzsteuer, Information 1973, 40).

2. SCHENKUNG

45 a) Die Schenkung und der erbrechtliche Erwerb sind für die Museen - im Gegensatz zu den Archiven und Bibliotheken - eine wichtige Erwerbsart: "les libéralités représentent, aujourd'hui comme au siècle dernier, leur principal mode d'enrichissement" (Wolkowitsch, N 95). Für die rechtliche Beurteilung der Schenkungen kann zunächst auf die Ausführungen zu den Archiven (§ 13 N 61 ff.) und Bibliotheken (§ 8 N 90 ff.) verwiesen werden. Auch hier ist zu betonen, dass für die Annahme der Schenkung (§ 8 N 93) die jeweils berechtigte Person sorgfältig zu bestimmen ist (in Frankreich gilt: "Aucun objet d'art ne peut être acquis à titre gracieux ou onéreux par un musée classé ou contrôlé sans que le Ministre de la Culture ait préalablement donné son avis" [Wolkowitsch, N 216, mit Verweis auf D. no. 48-734]). Auch Schenkungen an Museen werden häufig mit Bedingungen (§ 8 N 99) oder Auflagen (§ 8 N 100 ff.) verknüpft. Dies erweist sich insofern als ungünstig, als Museumsgüter nicht wahllos gesammelt, sondern **in eine Sammlung eingefügt** werden. Das Museum sollte deshalb in der Lage sein, geschenkte Gegenstände später bei Bedarf wieder zu veräußern (vgl. § 14 N 16).

46 b) Solange der Schenker seine Wünsche nicht klar im verpflichtenden Sinne formuliert, besteht keine Auflage. Wird eine **spätere Veräußerung** nicht ausdrücklich verboten, kann sie unter Umständen gestattet sein (vgl. Abrams v. Maryland Historical Society, Equity No. A-58791 A-513/1979 [Md.Cir.Ct. for Baltimore City, June 20, 1979], zit. von Malaro, 106 FN 192). Um solchen Streitfragen aus dem Weg zu gehen, ist dem Museum zu empfehlen, mit dem Schenker, wenn immer möglich, zu vereinbaren, dass über den geschenkten Gegenstand nach einer bestimmten Zeit frei verfügt, er also auch verkauft werden darf (Pinkerton, 66 Museum News 38 [October 1987]).

47 c) Das Nichteinhalten der Auflage, die Gegenstände in einer vom Schenker bestimmten Art auszustellen, berechtigt den Schenker grundsätzlich zum Widerruf (vgl. Civ. I, 24 avril 1958, B. 1958 I 164 [doantion d'objets historiques à la ville de Toulouse]). Dagegen

ist die Auflage, **ein geschenkter Gegenstand sei ständig im beschenkten Museum auszustellen**, kaum wörtlich durchführbar (Malaro, 104). So kann es mit dem Sinn einer Schenkung durchaus vereinbar sein, dass der geschenkte Gegenstand an eine Ausstellung ausgeliehen wird (vgl. In Re Trust of the Samuel Bancroft, Jr., Art Collection, Civil Action No. 6601 [Ct. of Chancery of the State of Delaware, New Castle Co., Oct. 28, 1981], zit. von Malaro, 107 FN 193). Eine dauernde Ausstellung ist sodann nicht sinnvoll, wenn das Kunstwerk dadurch Schaden erleidet oder dazu wegen des Inhalts nicht geeignet ist (Morgan Guaranty Trust Co. v. The President of Harvard College, No. E 1855 [Mass. Probate Ct. for Worcester, Dec. 20, 1983], zit. von Malaro, 108 FN 195: works on paper/erotic art).

- 48 d) In den USA erhalten die Museen Kulturgüter aus steuerlichen Gründen über einen trust (zum Charitable Remainder Trust vgl. Morin, 70 Museum News 32 [May/June 1991]) oder als **Teil-Geschenk** (partial gift), zum Beispiel zu 10 oder 20 Prozent. Im letzteren Fall hat das Museum das Recht, die geschenkte Sache entsprechend seinem Anteil während einer bestimmten Anzahl von Tagen im Jahr in Besitz zu nehmen. Für schweizerische Verhältnisse sind diese Konstruktionen nicht zu empfehlen, weil sie viele rechtliche Probleme (Shaines, 70 Museum News 68 [July/August 1991]), aber keine Steuervorteile mit sich bringen.

3. LETZTWILLIGE VERFÜGUNG

- 49 a) Die Museen erhalten (wie die Archive - § 13 N 66 ff.) immer wieder Ausstellungsgegenstände durch letztwillige Verfügung (Beispiel: BGE 83 II 429). Dabei ergeben sich unter anderem die folgenden Probleme: Die **Auslegung der letztwilligen Verfügung** bietet oft erhebliche Probleme. Massgebend ist der Wille des Verfügenden (Tuor, Vorbem. zu Art. 481-497 ZGB N 15). Beispiel aus Frankreich: Die Ergabe eines Werkes von Delacroix an das "Musée Cézanne" musste - da ein solches Museum nicht existiert - dahingehend interpretiert werden, dass es in die "salle Cézanne" de la Musée du Jeu de Paume eingebracht werden soll (Civ. I, 19 décembre 1972, B. 1972 I 262).
- 50 b) Die Verhältnisse können sich im Laufe der Zeit so ändern, dass **im Umgang mit den erhaltenen Gegenständen gewisse Anpassungen notwendig** werden. Ob Museumsgegenstände zum Beispiel an einem andern Ort ausgestellt werden dürfen, ist nach den erbrechtlichen Regeln zu beurteilen (in Frankreich sind das L. no. 84-562 bzw. art. 900-2 à 900-8 CC zu beachten). Aktuelles Beispiel dafür bildet die Diskussion um die vorübergehende Ausleihe von Reinhart-Bildern an das Metropolitan Museum of Art in New York. Der Erblasser hat verfügt, dass diese Bilder nicht ausgeliehen werden dürfen (um die Bilder vor Schäden zu bewahren), er hat aber nicht bestimmt, was mit den Bildern während eines Umbaus der Gebäude zu geschehen hat (Tages-Anzeiger vom 10. Juni

1992, S. 23). Das Erbrecht lässt eine Anpassung an veränderte Verhältnisse umso eher zu, je weniger der Erblasser die Veränderungen vorausgesehen hat (Escher, Einl. zu Art. 467-536 ZGB N 18; weiter vgl. Civ. I, 24 janvier 1979, B. 1979 I 30: die Weitergabe eines Vermächtnisses [Immobilien und Mobilien] durch eine Gesellschaft an das Museum von Poitiers 67 Jahre nach deren Empfang wurde nicht beanstandet).

- 51 c) In einigen Fällen muss sich das Museum überlegen, ob es Zuwendungen nicht ausschlagen soll (Art. 566 ZGB; § 13 N 69), denn die **Gegenstände sind nicht immer geeignet, in die Sammlung aufgenommen zu werden**. In Grossbritannien verfügte ein Erblasser, dass aus seinem Nachlass ein Museum gebildet werde (Protts/O'Keefe III, N 215 ["that his studio and its contents be maintained in perpetuity as a museum endowed from his estate"]). Der Richter, welcher eine Anfechtung des Testaments zu beurteilen hatte, lehnte das ab, weil die Gegenstände dazu nicht geeignet waren: "I can conceive of no useful object to be served in foisting on the public this mass of junk ... I would hold that the testator's projects ought not to be carried into effect and that his next-of-kin is entitled to the residue of his estate" (In re Pinion, decd., [1965] 1 Ch. 85, 107).

4. MUSEUMSLEIHVERTRAG

- 52 a) Wie den Archiven Archivalien ins Depot gegeben werden (§ 13 N 72 ff.), können den Museen Sammlungsgegenstände zur Aufbewahrung und/oder Ausstellung übergeben werden, ohne ihnen das Eigentum daran zu übertragen. Die Leistungen des Museums bzw. Archivs sind zwar tatsächlich verschieden, indem Leihgaben an das Museum (im Gegensatz zu geliehenen Archivalien) kaum bearbeitet, dafür aber unter grossem Personal- und Sachaufwand unterhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Entscheidend ist aber, dass der Archivvertrag und der Museumsleihvertrag rechtlich nahe verwandt sind, denn in beiden Fällen handelt es sich um einen **Vertrag eigener Art** (sui generis), welcher Elemente der Miete, der Hinterlegung und des Auftrags enthält (zu einem Vertragsmuster vgl. Malero, 170-173).
- 53 b) (1) Das Element der **Miete** (Art. 253 ff. OR) ist im Museumsleihvertrag enthalten, weil eine entgeltliche Leihe vorliegt. Dem Museum wird ein Sammelstück für eine bestimmte Zeit in Besitz gegeben, ohne gleichzeitig das Eigentum daran zu übertragen. Das Entgelt besteht meist nicht in einer Geldleistung, sondern in der Übernahme der sonst vom Eigentümer zu tragenden Kosten der Aufbewahrung, des Unterhalts, der Versicherung, der Überwachung usw. (Pinkerton, 66 Museum News 38 [October 1987]: "... the museum may decide that it will bear the costs of packing, shipping, and insuring objects it borrows"). Anders als hier kommt das OLG Düsseldorf in einem Fall (NJW 1990, 2000, 2001) zum Schluss, es handle sich "im Kern" um eine unentgeltliche Leihe, würdigt damit aber die Sachleistungen des Museums (in casu: Auflisten von Bildern und Vorbereiten

einer Ausstellung) nicht. (2) Das Element der **Hinterlegung** (Art. 472 ff. OR) stammt vom Inhalt des Vertrags, das Sammelgut sicher aufzubewahren. (3) Das Element des **Auftrags** (Art. 394 ff. OR) ist im Museumsleihvertrag enthalten, weil das Museum sich verpflichtet, das Werk der Öffentlichkeit auf mehr oder weniger bestimmte Weise nahe zu bringen. Daneben kann mit der Ausleihe in einzelnen Fällen der Auftrag verbunden sein, ein Werk wissenschaftlich zu bearbeiten. Die Bestimmungen über den Archivvertrag (§ 13 N 72 ff.) können entsprechend angewendet werden, weshalb hier auf sie verwiesen sei. Zur Gestaltung des Inhalts eines Museumsleihvertrags kann auf die ICOM Guidelines for Loans (§ 14 N 60) zurückgegriffen werden.

- 54 c) Für die **Haftung des Museums** gegenüber dem Leihher fragt es sich, wie hoch die Anforderungen an die Pflichterfüllung zu stellen sind. Die Antwort lautet, dass das Museum bei geliehenen Gegenständen die gleiche Sorgfalt anzuwenden hat wie bei eigenen (Malaro, 157-158, mit Verweis auf *Gardini v. Museum of New York*, 173 Misc. 791, 19 N.Y.S.2d 96 [City Ct. N.Y., 1940]). Weil das Museum über Fachpersonal verfügt, ist dieser Massstab recht streng.
- 55 d) Im Museumsleihvertrag ist unter anderem zu regeln, wie der **Leihgegenstand versichert** wird, ob das Museum eine eigene Versicherung abschliesst oder ob die bestehende Versicherung des Leihers weitergeführt wird. Wenn das Museum die Prämien einer fremden Versicherung übernimmt, sollte es auch in den Genuss der Versicherungsleistungen kommen, sei es dass es als Begünstigter in die Versicherung aufgenommen wird oder indem es sich die Ansprüche abtreten lässt (Malaro, 158). Bei Übernahme einer fremden Versicherung muss das Museum den Versicherungswert kontrollieren und allenfalls notwendige Korrekturen vornehmen (Malaro, 160).
- 56 e) Das Museum sollte sich (anders als das Archiv - § 13 N 79) für die **Beendigung des Leihvertrags** grosse Freiheit einräumen lassen. Bewährt hat sich die Vereinbarung einer Höchstdauer des Vertrags (zum Beispiel fünf Jahre), nach dessen Ablauf allenfalls über eine Verlängerung und über eine Anpassung der Vertragsbedingungen (insbesondere der Versicherung) gesprochen werden kann (Malaro, 165). Darüber hinaus sollte das Museum eine Bestimmung in den Vertrag aufnehmen, welche es ihm erlaubt, den Leihvertrag jederzeit (im Sinne von Art. 404 OR) aufzulösen.
- 57 f) Das Museums sollte den Leihher bzw. seine Erben verpflichten, **Änderungen in der Person des Eigentümers dem Museum unverzüglich mitzuteilen**, denn sonst besteht die Gefahr, dass der Eigentümer eines Tages nicht mehr auffindig machen ist. In den USA haben sich die Museen teilweise damit geholfen, dass sie eine Bestimmung in den Museumsleihvertrag aufnehmen, wonach sie bei unklaren Eigentumsverhältnissen die Gegenstände auf Kosten und Gefahr der Eigentümer für eine bestimmte Zeit weiter aufbewahren. Wenn innert einer bestimmten Frist niemand Anspruch erhebt, wird davon

ausgegangen, dass der Gegenstand dem Museum geschenkt werden will. Allerdings ist noch unklar, wie weit eine solche Regelung rechtlich durchsetzbar ist (vgl. dazu Malaro, 168). In Frankreich wurde ein Gesetz erlassen, welches das Eigentum an verlassenen Kunstwerken nach zwei Jahren Wartezeit dem Staat zuschreibt (Wolkowitsch, N 109 ["les copies d'oeuvres d'art abandonnées dans les musées nationaux et non réclamées pendant deux ans"]; L. du 30 juillet 1913 autorisant la vente au profit de l'Etat des copies de tableaux exécutés dans les musées nationaux et abandonnées par leurs auteurs [J.O. du 1er août 1913]).

58 g) In den USA schliessen sich immer häufiger Museen zu einem Konsortium zusammen, um auf diese Weise sonst unerschwingliche Werke kaufen zu können. Das Konsortium (nach schweizerischem Recht handelt es sich um eine einfache Gesellschaft [Art. 530 ff. OR]) leiht die erworbenen Gegenstände dann an die teilhabenden Museen aus. Damit wird die **Leihe mit gemeinschaftlichem Eigentum verbunden** und somit eine neue Erwerbsart geschaffen (Weil, 151 et seq.).

59 h) Das Übereinkommen vom 14. November 1970 über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (§ 14 N 122) hat für den internationalen Verkehr Hindernisse aufgebaut. Um diese für die internationale Leihe, den Tausch und die Schenkung zwischen Museen und sonstigen kulturellen Institutionen wieder zu beseitigen, hat die UNESCO die **Empfehlung vom 26. November 1976** betreffend den Internationalen Austausch von Kulturgut geschaffen: "this recommendation invites Member States to develop the lawful circulation of exhibits among museums and other cultural institutions in various countries through exchanges or loans or, in the case of items possessed by a nation in many copies, through definitive assignment" (UNESCO [Conventions], 181). Diese Empfehlung befasst sich insbesondere mit der Deckung des Risikos, welchem die Gegenstände während des Transportes und bei einer Ausstellung ausgesetzt sind. Ausstellungen können auch durch Sicherheiten in der nationalen Gesetzgebung erleichtert werden. Beispiel dafür ist die amerikanische Immunity from Seizure Statute (22 U.S.C.S. § 2549), welche aus dem Ausland stammende Kunstwerke und sonstige Kulturgüter, welche an eine Ausstellung geliehen wurden, vor einer gerichtlichen Klage oder Vollstreckungsmassnahme (§ 11 N 22 ff.) schützt. Wolkowitsch (N 285) fordert entsprechende Bestimmungen für Frankreich. Auch in der Schweiz wäre eine entsprechende Regelung zu begrüssen.

60 i) Um den Austausch und Handel zwischen Museen zu erleichtern und die dabei auftretenden Risiken in den Griff zu bekommen (Monreal, 31 Museum 52 [1979]), hat der Internationale Museumsrat die "**ICOM Guidelines for Loans**" (27 ICOM News 78 [1974 No. 3/4]) geschaffen.

III. KONTROLLE PRIVATER KULTURGEGENSTÄNDE

61 Wertvolle Gegenstände der Kunst und Archäologie, also diejenigen Gegenstände, welche sich üblicherweise in Museen befinden, werden vom Staat (Bund und Kantonen) in gewissem Umfang kontrolliert, sofern sie sich im Privateigentum befinden. Man will damit verhindern, was man kurz mit 'kulturellem Ausverkauf der Heimat' umschreiben könnte. Dazu erlässt der Staat Verfügungen, einerseits zur Unterschutzstellung und andererseits zur Ausrichtung von Beiträgen (Friedrich, 101). Die Aufgabenteilung in der Verfassung (Art. 24sexies BV) weist den (Natur- und) **Heimatschutz grundsätzlich als Sache der Kantone** aus (vgl. Liver, Heimatschutz 1947, 124). Sie werden vom Bund unterstützt.

1. BUND

62 a) Der **Denkmalschutz erfasst** auf Bundesebene **nur unbewegliche Objekte** (Art. 1 Abs. 3 BB vom 14. März 1958 betreffend die Förderung der Denkmalpflege [SR 445.1]; Joller, 33). Er betrifft somit den hier interessierenden Schutz von beweglichen Kunst- und Kulturobjekten nicht. Daran wird auch die vorgesehene Integrierung der Denkmalpflege ins BG vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG - SR 451) nichts ändern (BBl. 1991 III 1121), weil dieses Gesetz ebenfalls nur unbewegliche Werke erfasst (Meyer, Mitt VSA 18 [1966] 21). Bewegliche Werke können allerdings mit einem Denkmal so eng verbunden sein, dass sie als dessen Bestandteil aufzufassen sind und auf diese Weise zum Schutzobjekt werden (BBl. 1991 III 1134; zum eher seltenen Fall, dass Museumsräume in einer privaten Liegenschaft unter Schutz gestellt werden, vgl. BGHZ 99, 24 [Blücher-Museum]). Anders ist die Lage in Frankreich, wo die Gegenstände in ein Register (Mobilier National) aufgenommen werden (Wolkowitsch, N 154 s.).

63 b) Bewegliche Werke werden indirekt geschützt, indem der Bund **Beiträge an die Denkmalpflege der Kantone** ausrichtet (Art. 1 lit. b Entwurf zum BG über den Natur- und Heimatschutz [ENHG]).

64 c) Auf Bundesebene ist **kein Schutz gegen die Abwanderung** von beweglichem Kulturgut vorhanden. In den 30er Jahren wurden Bestrebungen zum Erlass eines Kunstschutzgesetzes aufgrund verschiedener Bedenken (keine verfassungsmässige Grundlage, keine Notwendigkeit, Fehlen finanzieller Mittel) wieder fallen gelassen (vgl. § 13 N 82). Im Ausland sind häufig Regeln zum Schutz gegen die Abwanderung vorhanden (Knott, 103 ff.; Siehr, 530). So wird in Frankreich der Export von Kunstwerken durch das L. du 31 décembre 1913 sur les monuments historiques (J.O. du 4 janvier 1914, p. 129 = D.P. 1914.4.153 [Exportverbot von klassiertem Kulturgut]) und das L. du 23 juin 1941 sur l'exportation des oeuvres d'art (J.O. du 19 juillet 1941, p. 3030 = D.A. 1941, 360 [Export-

bewilligung für nichtklassifiziertes Kulturgut]) eingeschränkt. Derartige Bestimmungen sind auch für die Schweiz wünschenswert (Bernet, 77), weil die teilweise vorhandenen kantonalen Bestimmungen nur innerhalb des jeweiligen Kantonsgebietes gelten (§ 14 N 31). Allerdings haben auch nationale Normen ihre Grenzen, sie können nämlich international kaum durchgesetzt werden wie etwa das Beispiel des Gemäldes "Einzug Christi in Brüssel" von James Endor zeigt: Aufgrund der Behauptung, das Bild müsse im Zürcher Kunsthaus restauriert werden, wurde eine Exportgenehmigung erteilt. Danach konnte Belgien nicht verhindern, dass das Gemälde an das Getty Museum verkauft wurde, obwohl es zum unveräusserlichen kulturellen Erbe Belgiens gehört (Knott, 134).

2. KANTONE

a. ÜBERSICHT

- 65 a) Auch der kantonale Denkmalschutz befasst sich in erster Linie mit unbeweglichen Kulturgütern. **Viele Kantone kennen** daneben aber **bewegliche Denkmäler** (Beispiel: art. 1er lit. c VD-LPNMS [les monuments et les antiquités mobilières]) und schützen mögliches Museumsgut, welches den Privaten gehört. Die kantonalen Regelungen finden sich meist in den Natur- und Heimatschutzbestimmungen, welche sich auf das jeweilige Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) stützen.
- 66 b) Die Zahl der Kantone, welche privates bewegliches Kulturgut nur teilweise oder gar nicht schützen, ist immer noch recht gross (vgl. zum Ganzen Pra. 78, 159): Der Kanton Neuenburg **erfasst private bewegliche Denkmäler nur ausnahmsweise** (art. 1 al. 3 NE-LPMS).
- 67 c) Der Kanton Zürich kennt **nur Bestimmungen über ortsgebundene** (und nicht sonstige bewegliche) **Gegenstände** (§ 203 lit. d, 209 und 210 G vom 7. September 1975 über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht [Planungs- und Baugesetz - 700.1 - ZH-GS 5, 6]; V vom 20. Juli 1977 über den Natur- und Heimatschutz und über kommunale Erholungsflächen [Natur- und Heimatschutzverordnung - 702.11 - ZH-GS 5, 168]). Ähnlich ist die Regelung des Kantons Zug, welche nur Objekte erfasst, die mit einem unbeweglichen Denkmal in enger Beziehung stehen (§ 2 ZG-DSG [ZG-GS 23, 545]).
- 68 d) **Nur öffentliches** (und nicht privates) **Kulturgut** erfassen die Regelungen in den Kantonen Aargau (§ 1 lit. c Denkmalschutzdekret [AGS Bd. 9, S. 169]), Freiburg (Art. 314 FR-EGZGB [SGF 210.1]) und Schwyz (§ 7 SZ-NHSV [SZ-nGS VII 740]).

- 69 e) Der Kanton Thurgau **regelt** für private bewegliche Gegenstände **nur die Frage der Enteignung** (Art. 103 TG-EGZGB [TG-RB 210]).
- 70 f) **Nur Bestimmungen über Funde** (und keine allgemeinen Regeln über die Kontrolle von privaten beweglichen Gegenständen) kennt der Kanton Glarus (Bestimmungen vom 17. November 1986 über Ausgrabungen und Funde [GL-GS IV G/9]). Die Grundlage für den Heimatschutz in Art. 159-160 G vom 7. Mai 1911 über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Kanton Glarus (GL-GS III B/1/1) wurde aufgehoben und durch Art. 11 Raumplanungs- und Baugesetz vom 1. Mai 1988 (GL-GS VII B/1/1) ersetzt. Aus der systematischen Einordnung ergibt sich, dass mit "Kulturdenkmäler" in Art. 11 lit. c Raumplanungs- und Baugesetz nur unbewegliche Güter gemeint sein können. Gleich ist die Lage im Kanton St. Gallen: In der V vom 21. März 1933 betreffend den Schutz von Naturkörpern und Altertümern (SG-sGS 271.51) findet man Bestimmungen über Funde; Art. 93 ff. G vom 6. Juni 1972 über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz - SG-sGS 731.1) befasst sich nur mit dem Natur- und Heimatschutz an unbeweglichen Gütern. Der Kanton Obwalden (Art 3 V vom 30. März 1990 über den Schutz von Bau- und Kulturdenkmälern [Denkmalschutzverordnung - OW-LB XXI, 27]) regelt ebenfalls nur die Funde.
- 71 g) Im Kanton Appenzell-Ausserrhoden besteht **nur eine Regelung für unbewegliche** (und nicht für bewegliche) **Güter**: Die Grundlage für den Heimatschutz, Art. 189 G vom 27. April 1969 über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (AR-bGS 211.1) wurde aufgehoben und durch Art. 16 G vom 28. April 1985 über die Einführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (AR-bGS 721.1) ersetzt. Nach dessen Abs. 2 können nur Bauten und Bauteile Kulturdenkmäler sein. Art. 3 lit. a der Beitragsverordnung (AR-bGS 721.12) schliesst zudem Mobilien ausdrücklich aus. Im Kanton Appenzell-Innerrhoden stützt sich die V vom 13. März 1989 über den Natur- und Heimatschutz (AI-SG 481) auf das Baugesetz und die Bundesgesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz, kann also nur unbewegliche Güter erfassen.
- 72 h) Nachfolgend werden die Massnahmen behandelt, welche von den Kantonen zum Schutz privater Kulturgüter ergriffen werden. Dabei kann nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Es soll vielmehr anhand von Beispielen die Breite der Regelungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Bezirke und **Gemeinden** werden in der kantonalen Gesetzgebung teilweise ebenfalls berücksichtigt. So entscheidet im Kanton Basel-Stadt der Gemeinderat als erste Instanz (§ 30 BS-DMSG) und die Gemeinde hat Beiträge an Schutzmassnahmen auf ihrem Gebiet zu leisten (§ 31 BS-DMSG).

b. GESCHÜTZTE OBJEKTE

- 73 Die unter Schutz zu stellenden Objekte werden beschrieben als **Altertümer** oder **Kunstobjekte** (art. 1 TI-LPMSA), als Werke mit geschichtlichem, künstlerischem, wissenschaftlichem oder heimatkundlichem Wert (§ 1 SO-AltertümerV; art. 46 VD-LPNMS; ähnlich art. 14 L. du 31 décembre 1913 sur les monuments historiques [J.O. du 4 janvier 1914, p. 154]: "Les objets mobiliers ... dont la conservation présente, au point de vue de l'histoire, de l'art, de la science ou de la technique un intérêt public"). Die Liste der einzelnen Gegenstände ist fast endlos, aufgeteilt in einzelne Objekte (Grenzsteine, Brunnen usw.) und Bauteile (Glocken, Türen, Öfen, Malereien usw.). Bereits erwähnt (§ 14 N 10 ff.) wurden die archäologischen Funde (§ 5 BS-DMSG). Ein Vergleich mit anderen Staaten zeigt, dass bezüglich Herkunft, Art, Alter und Wert der geschützten Kulturgegenstände recht unterschiedliche Massstäbe angesetzt werden (zu Einzelheiten vgl. Siehr, 531 ff.)

c. ERFASSUNG IN REGISTERN

- 74 a) Die Kantone führen zur Erfassung schutzwürdiger privater Werke **Register**, welche Denkmalregister oder -verzeichnisse (Art. 15 GR-NHSV), Altertümer-Register (§ 5 SO-AltertümerV) oder so ähnlich heissen. Private Sammlungen werden nicht als solche in die Register eingetragen, sondern nur die einzelnen Gegenstände (Art. 50 Abs. 3 NW-HSG). Im Gegensatz zum Bund, wo Objekte von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung unterschieden werden, teilen die Kantone die Denkmäler meist nicht in Kategorien ein (Joller, 71 f.). Unbekannt sind sodann Negativ-Listen, wie sie zum Beispiel in Österreich geführt werden (V des BMWF vom 5. Juni 1986 betreffend Kulturgut, dessen Aufbewahrung im Inland nicht im öffentlichen Interesse gelegen ist, BGBl. 1986/ 323; Siehr, 532). Die Aufnahme der Altertümer und Kunstobjekte ins Register ist die wirksamste Massnahme (Fraoua, 93).
- 75 b) Voraussetzung für einen Registereintrag ist ein **öffentliches Interesse**. Der Kanton muss an den geschützten Gegenständen ein künstlerisches und/oder geschichtliches Interesse haben (vgl. art. 2 cpv. 2 TI-LPMSA). Das Aufzeigen der kulturellen Entwicklung verlangt regelmässig die Herkunft des geschützten Gegenstands aus dem Kanton bzw. seine Schaffung durch einen einheimischen Handwerker oder Künstler (Art. 50 Abs. 1 NW-HSG). Nicht aufgenommen werden Werke aus der jüngeren Vergangenheit. Im Kanton Tessin werden zum Beispiel nicht erfasst: Werke lebender Künstler, vor weniger als 50 Jahren geschaffene Werke und Werke ausländischer Künstler, die vor weniger als 50 Jahren in den Kanton gelangten (art. 2 cpv. 1 TI-LPMSA). Vergleichbare Bestimmungen sind auch im Ausland üblich (Siehr, 533, m.w.N.).

- 76 c) Über den Registereintrag **entscheidet** das zuständige Departement (art. 18 GERPMNS) oder der Regierungsrat (§ 5 SO-AltertümerV). Antragsberechtigt sind die Organe der Denkmalpflege (Fachkommissionen) bzw. das zuständige Departement (§ 15 BS-DMSG). Bewährt hat sich, diese Aufgabe dem Erziehungsdepartement zuzuteilen und nicht dem Baudepartement, welches in Interessenkonflikte geraten würde (Bühler, 135 f.). Rechtlich gesehen handelt es sich beim Registereintrag um eine Verfügung, welche einerseits die Schutzwürdigkeit feststellt und andererseits gestaltend wirkt, da sie zu Eigentumsbeschränkungen (§ 14 N 96 ff.) führt (Joller, 72).
- 77 d) In einigen Kantonen kommt eine Registrierung nur in Frage, wenn der **Eigentümer zustimmt** (§ 1 V betreffend die Erhaltung von Altertümern [BL-SGS 612.1]) oder ein entsprechendes **Begehren stellt** (Art. 2 G über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden [BSG 426.41]).
- 78 e) Über das **Verfahren** ist meist nur soviel festgehalten, dass der private Eigentümer vor einem Eintrag anzuhören ist (§ 5 SO-AltertümerV; § 16 BS-DMSG). Vereinzelt sind auch Natur- und Heimatschutzvereinigungen anzuhören (Art. 10 Abs. 2 GL-NHSV). Ausführlicher geregelt ist das Verfahren im Kanton Neuenburg (Art. 20-22 NE-LPMS). Auch ohne ausdrückliche Bestimmung ist dem betroffenen Eigentümer in jedem Fall rechtliches Gehör zu gewähren, welches den Anforderungen entspricht, die das Bundesgericht aus Art. 4 BV ableitet (Joller, 78).
- 79 f) Der Registereintrag hat gewöhnlich zur Folge, dass den Denkmalschutzbehörden ein **Besichtigungsrecht** zusteht (§ 7 BS-DMSG). Dagegen kommt kaum in Frage, bewegliche Güter allgemein zugänglich zu machen (vgl. dazu Art. 14 Abs. 2 GL-NHSV).
- 80 g) Der Registereintrag wird zur Verbesserung des Schutzes teilweise im Amtsblatt veröffentlicht (§ 3 V betreffend die Erhaltung von Altertümern [BL-SGS 612.1]) und/oder beim betroffenen Grundstück **im Grundbuch angemerkt** (Art. 1 V zum Gesetz vom 16. März 1902 über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden [BSG 426. 412]; bewegliche Kunstgegenstände).

d. ERHALTUNG

- 81 a) Um die registrierten Gegenstände auf Dauer zu bewahren, wird der Eigentümer regelmässig (positiv) verpflichtet, die registrierten Gegenstände zu **unterhalten** (§ 17 Abs. 1 BS-DMSG) **und** - wenn notwendig - zu **restaurieren** (art. 8 cpv. 1 TI-LPMSA).
- 82 b) Da die Gegenstände vor Beschädigung, Zerstörung und Verlust (Art. 9 Abs. 1 GR-NHSV) geschützt werden sollen, wird meist (negativ) ein **Substanzänderungsverbot**

(art. 7 cpv. 1 TI-LPMSA) auferlegt. Veränderungen dürfen danach nur noch mit Zustimmung der zuständigen Behörde vorgenommen werden (§ 18 BS-DMSG; Art. 13 GL-NHSV). Bei unerlaubten Veränderungen kann ein Anspruch des Kantons auf Wiederherstellung vorgesehen sein (§ 34 Denkmalpflege-Modell-Gesetz).

83 c) Um die Erhaltungspflicht zu mildern, wird sie häufig recht vage umschrieben (Art. 9 GR-NHSV ["nach Möglichkeit"]), oder es werden **Beiträge** (Subventionen) in Aussicht gestellt (§ 10 Abs. 2 LU-KDMSG; § 11 BS-DMSG). Verletzt ein Beitragsempfänger seine Pflichten, kann dies zur Rückerstattungspflicht führen (Friedrich, 103). Da es immer schwieriger wird, finanzielle Mittel bereitzustellen, sollte die Frage geprüft werden, ob solche nicht über steuerliche Anreize beschafft werden sollten (Joller, 193 ff.; Bernet, 92 f.), zumal dies im Ausland üblich ist (Beispiel: art. 3 al. 4 L. no. 81-1160 du 30 décembre 1981, loi de finances pour 1982 [J.O. du 31 décembre 1981, p. 3539 = D.S. 1982, 21]: "... Les objets d'antiquité, d'art ou de collection ne sont pas compris dans les bases d'imposition"; art. 1 et 2 L. no. 68-1251 du 31 décembre 1968 tendant à favoriser la conservation du patrimoine artistique national [J.O. du 3 janvier 1969, p. 77]).

84 d) Ist ein **Gegenstand gefährdet**, berechtigt dies den Kanton häufig zu **weiteren Massnahmen**: Er kann die notwendigen Erhaltungsarbeiten selbst durchzuführen (art. 47 VD-LPNMS) oder durchführen lassen (art. 8 cpv. 2 TI-LPMSA). Zu einer solchen Ersatzvornahme bedarf es keiner ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage (Friedrich, 104). Statt dessen kann der Kanton den Gegenstand aber auch erwerben (§ 10 Abs. 3 LU-KDMSG; Art. 10 Abs. 1 lit. a GR-NHSV [öffentliches Erwerbsrecht]). Als letztes Mittel wird häufig die Enteignung vorgesehen (§ 25 BS-DMSG).

e. KONTROLLE DER VERÄUSSERUNG

85 a) In vielen Kantonen müssen Veräusserungen (vom Veräusserer) angezeigt werden (art. 26 al. 2 GE-LPMNS). Das Unterlassen der **Anzeige** führt meist zur Ungültigkeit der Veräusserung (§ 11 Abs. 4 LU-KDMSG).

86 b) Der Kontrolle unterstehen alle möglichen **Arten der Veräusserung**: Verkauf, freiwillige oder Zwangs-Versteigerung, Tausch und Schenkung (§ 11 Abs. 1 LU-KDMSG; Art. 10 Abs. 1 lit. b GR-NHSV). Vereinzelt wird auch die Verpfändung erwähnt (art. 65 al. 2 VD-LPNMS).

87 c) Die meisten Kantone kennen ein **Vorkaufsrecht**. Dieses wird auch (öffentliches) Erwerbsrecht genannt (§ 11 Abs. 1 LU-KDMSG; Art. 10 GR-NHSV). Als mildere Massnahmen sind vereinzelt auch der Kauf (art. 64 VD-LPNMS), der Kauf auf Verlangen des Eigentümers (Heimschlagsrecht; Art. 7 Abs. 1 G über die Erhaltung der Kunst-

altertümer und Urkunden [BSG 426.41]) oder die Deponierung in einer Sammlung (einer Bibliothek oder einem Archiv) vorgesehen (Art. 10 Abs. 1 lit. d GR-NHSV). Als letztes Mittel ist häufig die Enteignung möglich (Art. 17 GR-NHSV).

88 d) Das Vorkaufsrecht wird **vom Kanton selbst oder von Gemeinden** (Einwohner-, Ortsbürger-, Korporations- oder Kirchgemeinden) **ausgeübt** (§ 11 Abs. 2 LU-KDMSG). Gelegentlich kommen auch andere Korporationen des öffentlichen Rechts oder kulturelle Vereinigungen bzw. Stiftungen zum Zug (Art. 17 GR-NHSV). Im Kanton Nidwalden kann die Gemeinde gegenüber dem erwerbenden Kanton ihrerseits ein Vorkaufsrecht geltend machen (Art. 52 Abs. 2 NW-HSG).

89 e) Der **zu bezahlende Preis** ist der von einem Dritten gebotene Preis (Art. 5 lit. c G über die Erhaltung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern [VS-SGS No. 1102]), der Verkehrswert oder ein nach Enteignungsrecht (vgl. BGE 114 Ib 174) festzusetzender Preis (§ 11 Abs. 1 LU-KDMSG). Teilweise wird für die Entschädigung auf das EG zum ZGB verwiesen (§ 18 SO-AltertümerV).

90 f) Das Vorkaufsrecht kann innert einer bestimmten **Frist** ausgeübt werden, welche unterschiedlich lang ist. Beispiele: 1 Monat (§ 11 Abs. 3 LU-KDMSG), 3 Monate (art. 65 al. 3 VD-LPNMS) oder 3 Monate ab Kenntnisnahme, längstens 3 Jahre (Art. 10 Abs. 1 lit. b GR-NHSV).

f. KONTROLLE DES EXPORTS

91 a) Der Eigentümer eines registrierten Gegenstands muss diesen üblicherweise an demjenigen Ort aufbewahren, welcher im Register eingetragen ist, bzw. - bei einer allfällig zulässigen Änderung des Aufbewahrungsorts - die **Änderung des Aufbewahrungsorts mitzuteilen** (art. 14 TI-LPMSA).

92 b) Die **Ausfuhr** kann (1) ganz verboten sein (art. 15 TI-LPMSA), (2) von einer Bewilligung abhängig gemacht werden (art. 15 TI-LPMSA [vorübergehende Ausfuhr]; art. 5 al. 1 et 3 JU-LCOAMH [Bewilligungspflicht, ausser bei Wohnsitzwechsel des Eigentümers]) oder (3) zu einem Vorkaufsrecht (Erwerbsrecht) des Kantons führen (Art. 10 Abs. 1 lit. c GR-NHSV). Die möglichen Massnahmen beim Export entsprechen weitgehend denjenigen bei der Veräusserung (Art. 53 Abs. 2 NW-HSG). Die im Ausland vorkommende Rechtsfolge, dass ein unerlaubter Export automatisch zum Verfall an den Staat führt (Siehr, 528), kennt man in der Schweiz nicht. Zu bedenken ist, dass Ausfuhrbeschränkungen nur dann einen Sinn (eine Wirkung) haben, wenn dafür gesorgt wird, dass sie in anderen Kantonen bzw. im Ausland ebenfalls anerkannt und damit durchgesetzt werden (Fraoua, 94).

g. VERFAHREN

- 93 a) Verfügungen der kommunalen und kantonalen Behörden (Denkmalpflegeorgane oder Regierungsrat) können in der Regel durch **Verwaltungsbeschwerde** bzw. Verwaltungsrekurs angefochten werden. Einzelne Kantone räumen dieses Recht auch Verbänden zu, welche sich statutengemäss mit der Denkmalpflege befassen (eingeschränkte Form der Popularbeschwerde; § 29 BS-DMSG).
- 94 b) Soweit Verwaltungsgerichte vorhanden sind, können die Beschwerde- bzw. Rekursentscheide (§ 14 N 93) mit einer **Verwaltungsgerichtsbeschwerde** bzw. mit einem Verwaltungsgerichtsrekurs angefochten werden (§ 28 BS-DMSG).
- 95 c) Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Bundesgericht steht beim Schutz von Mobilien (anders als bei Grundstücken [Art. 34 Abs. 1 i.V.m. Art. 5 Abs. 2 RPG]) nicht zur Verfügung, weshalb gegen kantonale Entscheide als letztes Rechtsmittel nur die **staatsrechtliche Beschwerde** (Art. 84 Abs. 1 OG) bleibt (BGE 113 Ia 371; 113 Ib 217 Erw. 3; Joller, 80).

3. VERFASSUNGSRECHTLICHE LAGE

a. EIGENTUMSGARANTIE

- 96 a) Zu prüfen ist zunächst die Frage, ob die denkmalpflegerischen Massnahmen mit der Eigentumsgarantie (Art. 22ter BV) vereinbar seien. Einerseits kommen Fälle der **formellen Enteignung** vor (§ 14 N 84 und 87). Diese sind zulässig (Joller, 131), wenn sie im Rahmen der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen abgewickelt werden: Verlangt werden eine gesetzliche Grundlage, öffentliches Interesse, Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit sowie eine Entschädigung (Hangartner [Probleme], 64; weiter vgl. § 13 N 99).
- 97 b) Im Vordergrund stehen die Folgen der Eintragung eines Gegenstandes ins Denkmalsregister (§ 14 N 74 ff.). Der Registereintrag kann derart stark ins Eigentum eingreifen, dass der Eigentümer wie durch eine Enteignung getroffen wird (vgl. Art. 23 Abs. 1 GL-NHSV), also eine **materielle Enteignung** vorliegt. In diesen Fällen sieht das kantonale Recht häufig eine Entschädigung vor, zumindest im Rahmen, oft auch unter Anwendung des Enteignungsrechts (§ 23 BS-DMSG).
- 98 c) Auszugehen ist vom **Begriff der materiellen Enteignung**, wie er in BGE 91 I 338 (= Pra. 55, 57) geprägt wurde (Vogel, 165 s.). "Danach liegt eine materielle Enteignung vor, wenn der bisherige oder voraussehbare künftige Nutzen einer Sache untersagt oder stark eingeschränkt wird, weil der Eigentümer einer wesentlichen, aus dem Eigentum

fliessenden Befugnis beraubt ist. Materielle Enteignung liegt ebenso vor, wenn einer oder eine beschränkte Anzahl von Eigentümern weniger schwer betroffen sind, aber doch so, dass ihr Opfer gegenüber der Allgemeinheit unzumutbar und es mit der Rechtsgleichheit unvereinbar erscheine, wenn hierfür keine Entschädigung geleistet würde (BGE 112 Ib 506 ...) (Pra 78, 159 S. 530). Inzwischen ist auch anerkannt, dass diese Grundsätze auf bewegliche Gegenstände entsprechend anwendbar sind (BGE 113 Ia 376 c. 4b = Sem.jud. 1988, 440).

- 99 d) Die **Voraussetzungen der materiellen Enteignung** entsprechen denjenigen der formellen Enteignung (§ 14 N 96). Verlangt werden eine gesetzliche Grundlage, ein öffentliches Interesse, Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit sowie eine Entschädigung. (1) Um eine sinnvolle Denkmalpflege betreiben zu können, müssen klare gesetzliche Regelungen vorhanden sein. Neben Denkmalschutzgesetzen (Joller, 98) genügen auch Verordnungen, sofern sich diese auf ein formelles Gesetz stützen können (Schaffhauser [Grundlage], 86; § 13 N 99). Fragen kann man sich, ob eine materielle Enteignung zu einem Heimschlagsrecht des betroffenen Eigentümers führen kann, auch wenn das Denkmalschutzrecht dies nicht ausdrücklich vorsieht. Dies ist zu bejahen (v. Tschärner, 75). (2) Das öffentliche Interesse an denkmalpflegerischen Massnahmen ist anerkannt (Friberg, 40). Es ist nicht polizeiliche Gefahrenabwehr (Ebnöther, 48 ff.; a.M. Bernet, 30 ff.). "Die Denkmalpflege gehört vielmehr zur Wohlfahrtspflege, die bei enteignungsähnlichen Eingriffen die Entschädigungspflicht auslöst" (Hangartner [Probleme], 65; zu Einzelheiten vgl. Joller, 46 ff.). (3) Die Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit können nur bezüglich einer konkreten Massnahme, im Einzelfall, beurteilt werden. (4) Das Entstehen einer Entschädigungspflicht hängt von der jeweiligen Massnahme ab. Dies ist im folgenden näher zu prüfen:
- 100 e) Die **Pflicht zur Erhaltung** (§ 14 N 81) kann umfangreiche Verpflichtungen mit sich bringen (Pra. 78, 159 S. 532 f.: "man denke beispielsweise an ein antikes Gemälde, das unter konstant gleichbleibenden Raumbedingungen gehalten werden muss, um das Auftreten von Schäden zu vermeiden"). Dies wiegt bei beweglichen Gegenständen umso schwerer, als diese regelmässig keinen Ertrag abwerfen. Zwar sind die Auswirkungen im Einzelfall zu beurteilen, aber dennoch kann gesagt werden, dass die Erhaltungspflicht durchaus zu einer materiellen Enteignung führen kann. Dies ist denn auch der Grund, weshalb die Kantone versuchen, diese Last mit Beiträgen zu mildern (BGE 113 Ia 377 c. 5c = Pra. 78, 159 Erw. 5c).
- 101 f) Das **Substanzveränderungsverbot** (§ 14 N 82) will nur eine unsachgemässe Behandlung des Gegenstands verhindern. Die Bewilligung zu fachgerechten Arbeiten kann dagegen nicht verweigert werden. Deshalb ist diese Einschränkung nicht als materielle Enteignung anzusehen (BGE 113 Ia 377 c. 5b = Pra. 78, 159 Erw. 5b).

- 102 g) Das **Vorkaufsrecht** und die weiteren Massnahmen zur Kontrolle des Verkaufs (§ 14 N 87) führen wirtschaftlich nur zu einer geringen Belastung, weil der Kanton meist den vom Dritten bezahlten Preis bzw. den Verkehrswert entrichten muss. Bei beweglichen Gütern misst man die Schwere eines Eingriffs an den Schwankungen des Verkaufserlöses, weil dieser in der Regel den einzigen wirtschaftlichen Ertrag darstellt (BGE 113 Ia 380 = Pra. 78, 159 S. 534). Die Kontrolle des Verkaufs beeinträchtigt den möglichen Erlös kaum und stellt deshalb gewöhnlich keine materielle Enteignung dar.
- 103 h) Die **Pflicht zur Anzeige einer Änderung des Aufbewahrungsorts** (§ 14 N 91) innerhalb des Kantons ist keine starke Einschränkung und erreicht die Intensität einer materiellen Enteignung nicht (BGE 113 Ia 377 c. 5a = Pra. 78, 159 Erw. 5a).
- 104 i) Sofern das **Ausfuhrverbot** (§ 14 N 92) mit einem Vorkaufsrecht verbunden ist, stellt es ebenfalls keine materielle Enteignung dar. Ein absolutes Ausfuhrverbot ohne jede Entschädigung schränkt aber den Kreis der möglichen Käufer, welcher ohnehin schon sehr gering ist, derart ein, dass der zu erwartende Verkaufserlös erheblich sinkt. In einem solchen Fall kann deshalb eine materielle Enteignung vorliegen (BGE 113 Ia 379 c. 5d = Pra. 78, 159 Erw. 5d; vgl. Joller, 155).
- 105 k) In einem konkreten Fall sind sämtliche **Wirkungen eines Registereintrags als Gesamtheit zu würdigen**. So kann es sein, dass verschiedene Auswirkungen, welche als solche gesehen die Intensität einer materiellen Enteignung nicht erreichen, zusammen dennoch eine solche darstellen. Bei dieser Betrachtung ist auch immer die zweite Form der materiellen Enteignung, das Sonderopfer, in Betracht zu ziehen. Beim Schutz von Kulturgütern ist stets zu beachten, wieviele Private von solchen Beschränkungen betroffen sind (BGE 113 Ia 382 c. 6 = Pra. 78, 159 Erw. 6)

b. HANDELS- UND GEWERBEFREIHEIT

- 106 Ob denkmalpflegerische Massnahmen mit der Handels- und Gewerbefreiheit vereinbar seien, wird in der Literatur praktisch nicht behandelt (offen gelassen auch von Joller, 100). Der Handel mit Möbeln, Bildern, Münzen, Schmuck, Waffen usw. wird durch Schutzmassnahmen sicher eingeschränkt. Da solche Massnahmen aber nicht einen wirtschaftspolitischen Zweck verfolgen und nicht auf eine Behinderung bestimmter Gewerbetreibender abzielen (Friberg, 42), sondern einen kulturpolitischen Charakter haben und das Allgemeinwohl fördern, beurteilt sich ihre Zulässigkeit einzig nach den Grundsätzen der Eigentumsgarantie (vgl. BGE 99 Ia 48 Erw. 4 [Verbot einer Reklametafel aus Gründen des Landschaftsschutzes]), sie verletzen also die Handels- und Gewerbefreiheit nicht (weiter vgl. § 7 N 37).

4. RECHTSVERGLEICHUNG: FRANKREICH

- 107 a) In Frankreich können Kunstgegenstände auch ohne Zustimmung des Eigentümers **als historische Denkmäler klassifiziert** werden (L. du 31 décembre 1913 sur les Monuments Historiques modifié par la L. de finances du 31 décembre 1921). Der Eintrag ins Register hat ähnlich wie im schweizerischen Recht (§ 14 N 74 ff.) Erhaltungspflichten und eine Kontrolle der Veräußerung (Meldepflicht) zur Folge. Gegebenenfalls kann die Klassifizierung auch zu einer Entschädigungspflicht führen (Wolkowitsch, N 231-233). Mit dem L. no. 70-1219 wurde das "inventaire supplémentaire" eingeführt, welches die vorsorgliche Erfassung von möglichen Denkmälern erlaubt (vgl. dazu D. no. 71-858 modifié par le D. no. 81-239).
- 108 b) Mit art. 37 L. de finances du 31 décembre 1921 (J.O. du 1er janvier 1922) wurde in Frankreich ein allgemeines **Vorkaufsrecht** (droit de préemption) geschaffen, welches bei jedem öffentlichen Verkauf von Antiquitäten, alten Büchern, Sammlungsgegenständen, Gemälden, Skulpturen und Teppichen zur Anwendung kommt (vgl. D. du 18 mars 1924). Um das Recht ausüben zu können, muss ein öffentliches Interesse vorhanden sein (Wolkowitsch, N 220). Das Vorkaufsrecht ist ohne Einfluss auf die juristische Natur des Kaufs (C.A. Paris, 15 janvier 1975, Gaz.Pal. 1975.2.572).
- 109 c) Der Export von Kunstwerken wurde mit dem inzwischen ersetzten L. du 31 août 1920 sur l'exportation des oeuvres d'art (J.O. du 7 septembre 1920, p. 13086) eingeführt und ist heute im gleichnamigen L. du 23 juin 1941 (J.O. du 19 juillet 1941, p. 3030) geregelt. Der **Export ist von einer Bewilligung abhängig**, über welche innert der Frist von 30 Tagen entschieden werden muss (Wolkowitsch, FN 555). Der Staat hat daneben ein **Rückbehaltungsrecht**, über welches er innert 6 Monaten entscheiden muss. Zu den geschützten Gegenständen gehören etwa Möbel vor 1830 sowie Gemälde und Skulpturen vor 1900, deren Schutz im nationalen Interesse liegt. Das nationale Interesse ist weit gefasst, wird davon nach einer Entscheidung des Conseil d'Etat doch selbst ein altes Auto erfasst (Wolkowitsch, FN 556). Schutzbestimmungen zugunsten des Staates, welche auf Importe anwendbar sein sollen (D. no. 58-1063), wurden in zwei Fällen für ungültig erklärt (C.E., 12 décembre 1969, J.C.P. 1972.II.17105; C.E., 5 octobre 1977, R.D.P. 1978, 1155; Wolkowitsch, N 224).

C. BEWAHRUNG DES MUSEUMSGUTS

- 110 Mit der Bewahrung des Museumsguts ist seine **dauernde Erhaltung** gemeint. Wolkowitsch (N 129) schreibt, die dauernde Erhaltung der Museumsgüter scheine keine öffentlich-rechtliche Pflicht zu sein: "L'état des réserves, et parfois même hélas des collections présentées, montre en pratique que l'administration ne se considère pas tenue d'entretenir

tous les éléments du domaine publique ...". Zurückhaltung üben auch Prott/O'Keefe III, N 275: "there ist at least an ethical duty to care for the collection". Das Museum kann zwar nicht gezwungen werden, alle je erworbenen Gegenstände aufzubewahren und zu pflegen, aber es ist Aufgabe der Museumsleitung, die Sammlung als solche zu pflegen. Sie hat durch geeignete Massnahmen dafür zu sorgen, dass die Sammlung ihren Wert behält bzw. vermehrt. Dazu kann sie auch Gegenstände verkaufen (§ 14 N 16) oder unter Umständen ausscheiden. Die in der Sammlung verbleibenden Gegenstände sind aber zu erhalten. Kommt die Museumsleitung der so verstandenen Erhaltungspflicht nicht nach, wird sie zur Rechenschaft gezogen (§ 14 N 147 ff.). Im folgenden wird auf drei Problemkreise im Zusammenhang mit der Erhaltung von Museumsgütern näher eingegangen. Zunächst wird der Umgang mit Giftstoffen behandelt (I.), welcher bei der Konservierung und Restaurierung unvermeidlich ist. Dann folgen Ausführungen zur Kunstversicherung (II.), welche zum Zug kommt, wenn Schutzmassnahmen versagt haben. Schliesslich wird auf den Kulturgüterschutz (III.) eingegangen, welcher die Museumsgüter vor Zerstörung durch kriegerische Ereignisse und sonstige Gewaltanwendung bewahren soll.

I. UMGANG MIT GIFTSTOFFEN

111 Zur Erhaltung der Museumsgüter werden immer wieder Giftstoffe eingesetzt. Das Museum muss deshalb die Regeln des eidgenössischen **Giftgesetzes** (BG vom 21. März 1969 über den Verkehr mit Giften [SR 814.80]) und der dazugehörigen Verordnung (Giftverordnung [SR 814.801]) kennen. Personen, welche häufig mit bewilligungspflichtigen Stoffen arbeiten, müssen eine Prüfung ablegen (vgl. dazu R vom 17. Mai 1976 über Kurse und Prüfungen zum Erwerb eines Giftbuches für den Bezug von Giften der Klassen 1 und 2 für museale und denkmalpflegerische Restaurierung und Konservierung [SR 814.832.532.7]). Mühlethaler (Information 16 [1976] 3 f.) beschreibt einige für die Museen wichtige Aspekte: Es ist nicht erlaubt, giftige Stoffe "in andere, nicht bezeichnete Gefässe umzufüllen und darin aufzubewahren. Nicht mehr gebrauchte Stoffe der Giftklassen 1 bis 3 dürfen nicht mehr der gewöhnlichen Abfuhr übergeben oder in den Ausguss geschüttet werden; der Lieferant ist verpflichtet, dieselben zurückzunehmen. Es ist verboten, ohne Spezialbewilligung Schädlingsbekämpfungsmittel oder Farben zu verwenden, die Arsen enthalten, ebenso können quecksilberhaltige Mittel zur Bekämpfung von Algen und Schimmel nicht mehr bezogen werden... Wer bewilligungspflichtige Stoffe bezogen hat, darf diese nicht an Dritte weitergeben."

II. KUNSTVERSICHERUNG

112 a) Museen sind darauf angewiesen, Kunstgegenstände auf Transporten und während Ausstellungen besonders versichern zu können. Diese beiden Risiken (Transport und

Aufbewahrung an einem festen Ort) müssen durch eine Transport- bzw. Sachversicherung gedeckt werden. In der Schweiz bestehen Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) für die Versicherung von Wertsachen in Privatbesitz bzw. für die Transportversicherung (zur Tarifgestaltung bei der Transportversicherung vgl. Hodel, Information 38 [1987] 29 ff.). In Deutschland bestehen AVB für die Ausstellungsversicherung bzw. für die Versicherung von Kunstgegenständen in Privatbesitz (Gärtner, NJW 1991, 2993). Während in der Schweiz die Versicherung von Museumsgütern, also von öffentlichen Sachen oder von öffentlich zugänglichen Sachen, wegen des grossen Risikos zunehmend schwieriger wird, stellt man in Deutschland eine **Entwicklung hin zu einer einheitlichen Kunstversicherung** fest, welche im folgenden dargestellt wird (b-d). Möglicherweise gibt dies Anregung für eine entsprechende Entwicklung in der Schweiz.

- 113 b) Obwohl Kunstgegenstände häufig Unikate darstellen und ihr Wert nur schwer zu bestimmen ist, können sie dennoch Gegenstand einer Kunstversicherung sein, welche **Elemente der Sachversicherung** enthält. Die sonst in der Sachversicherung übliche Wiederherstellungsklausel (Verwendung der Versicherungsentschädigung für die Wiederherstellung der versicherten Sache) kann in abgewandelter Form (Einbringung der Versicherungsentschädigung in den Ankaufsetat) beibehalten werden (Gärtner, NJW 1991, 2995).
- 114 c) Bei Totalschäden ist die Versicherungssumme auszubezahlen. Bei **Teilschäden** können (1) der sog. Gesundheitswert ausbezahlt und der beschädigte Gegenstand der Versicherung übergeben werden, was selten vorkommt, (2) die Wertverminderung (Gesundwert minus Krankwert) ausbezahlt oder (3) die Kosten der Wiederherstellung von der Versicherung übernommen werden (Gärtner, NJW 1991, 2995). Tauchen verlorene Gegenstände wieder auf, steht nach den AVB üblicherweise dem Versicherten (also dem Museum) die Wahl zu, ob er sie die Versicherungssumme zurückbezahlen oder den Kunstgegenstand der Versicherung überlassen wollen.
- 115 d) Um den Problemen der Unterversicherung (der deklarierte Wert ist tiefer als der tatsächliche, was zu proportionalen Leistungskürzungen führt) auszuweichen, werden in der Kunstversicherung für schwer bewertbare Gegenstände zunehmend **Vereinbarungen über den Wert der Sache** getroffen. Obwohl damit eine Versicherungssumme festgelegt wird, welche dem Bereich der Personenversicherung und nicht der Sachversicherung zuzuordnen ist, sind solche Vereinbarungen dennoch zulässig (Gärtner, NJW 1991, 2998 f.). Als Vereinbarung anzusehen ist bereits eine Deklaration durch Museumsfachleute, welche von der Versicherung stillschweigend entgegengenommen wird (Gärtner, NJW 1991, 2997).
- 116 e) Wegen der hohen Kosten lassen die öffentlichen Museen auf der ganzen Welt an die Stelle der Versicherungen zunehmend **Eigenversicherungen** (Wolkowitsch, N 131) und

die **Haftung des Staates** treten. Eine Haftung des Staates ist problematisch, solange dafür keine klare gesetzliche Grundlage besteht, zumal die Risiken recht hoch sind. Der ICOM Executive Council empfiehlt deshalb, entsprechende Vorschriften zu erlassen: "The Executive Council ... Recommends that UNESCO, when it considers the exchange of cultural property between nations by means of exhibitions, urges other governments to provide programmes of indemnity and guarantee of loans of valuable works of art for major international exhibitions" (Monreal, 27 ICOM News 76 [1974 No. 3/4]). In den USA wurde mit dem Arts and Artifacts Indemnity Act 1975 (20 U.S.C.S. §§ 971-977) die gesetzliche Grundlage für eine Haftung des Staates in der Höhe von 50 Mio. Dollar geschaffen (Phelan, 108; Malaro, 207-209). Auch in England und Deutschland bestehen staatliche Haftungen (Landais, 76 ICOM News 82 [1974 No. 3/4]).

III. KULTURGÜTERSCHUTZ

1. INTERNATIONALER SCHUTZ

117 Die Kulturgüter werden auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene geschützt. Die drei Bereiche sind aufeinander abzustimmen. "Seine erste offizielle Anerkennung durch die Staatengemeinschaft fand das Verbot der Wegnahme von Kunstbesitz im Kriege und bei Friedensschlüssen im Wiener Kongress, der die grundsätzliche Repatriierung der von Napoleon entführten Kunstgegenstände verfügte... Die ersten staatsvertraglichen, wenn auch unratifiziert gebliebenen Formulierungen in Richtung auf Schutz von Kulturgütern gegen Zerstörung finden sich in dem Brüsseler Entwurf von 1874" (Strebel, ZaöRV 1955/56, 38 f.). Die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 führten zur **Landkriegsordnung** (SR 0.193.211/212), welche von vielen Staaten ratifiziert wurde.

a. HAAGER KONVENTION

118 a) Weil der zweite Weltkrieg gezeigt hatte, dass der Schutz der Kulturgüter, welcher sich **in Kriegszeiten** auf die Haager Landkriegsordnung stützte, ungenügend war, veranstaltete die UNESCO 1954 eine Konferenz im Haag, auf welcher ein neues Übereinkommen, die Haager Konvention (SR 0.520.3), abgeschlossen wurde (Meyer, Mitt VSA 18 [1966] 16). Dieses Übereinkommen ist von der Schweiz ratifiziert worden und für sie seit dem 15. August 1962 in Kraft. Zur Ausführung dieses Übereinkommens hat der Bund das Kulturgüterschutzgesetz erlassen (§ 14 N 126).

119 b) Die Haager Konvention erfasst sowohl **bewegliches als auch unbewegliches** Kulturgut (Art. 1 lit. a). Neben dem Museumsgut stellen auch die Museumsgebäude

Kulturgut im Sinne der Konvention dar, wenn sie von Bedeutung sind (vgl. Strebel, ZaöRV 1955/56, 47 ff.).

- 120 c) Als **Schutzmassnahmen** sind die Sicherung zu Friedenszeiten (Art. 2) und die Respektierung im Fall bewaffneter Konflikte (Art. 3) vorgesehen. Ein besonderer Schutz (Art. 8-12) kommt zur Anwendung, wenn einzelne Gegenstände in das "Internationale Register für Kulturgut unter Sonderschutz" eingetragen werden. Die Auswahl der Kulturgüter (und damit die Anwendung des allgemeinen Schutzes) liegt im Ermessen des einzelnen Staates. Kulturelle Güter, welche nicht ausgewählt werden und somit keine Kulturgüter im Sinne der Konvention darstellen, können dennoch unter dem Schutz der Landkriegsordnung stehen (Strebel, ZaöRV 1955/56, 51 und 62).

b. WEITERE UNESCO-ÜBEREINKOMMEN UND -EMPFEHLUNGEN

- 121 a) Bevor auf die weitere Übereinkommen und Empfehlungen eingegangen wird, soll dargestellt werden, welche Bedeutung diese beiden Rechtsformen haben: Die UNESCO-Übereinkommen sind von den Mitglieds-Staaten, zu denen auch die Schweiz gehört, zu ratifizieren und werden damit für sie verbindlich. **Empfehlungen** sind nicht zu ratifizieren und haben dementsprechend auch **keinen verbindlichen Charakter**. Sie fordern vielmehr alle Mitgliedstaaten auf, sich an den Empfehlungen auszurichten. Empfehlungen sind häufig Vorläufer von späteren Übereinkommen. Sie geben den Staaten Zeit, ihre eigene Rechtsordnung anzugleichen und damit die Bereitschaft zum Abschluss eines Übereinkommens zu fördern: "recommendations are intended to influence the development of national laws and practices" (UNESCO [Conventions], 8). Einen ähnlichen Anpassungsprozess lösen auch Übereinkommen in denjenigen Staaten aus, welche ihnen nicht beitreten.
- 122 b) Bereits erwähnt wurden die Empfehlung vom 19. November 1964 bezüglich der unzulässigen Ein- und Ausfuhr von Kulturgütern und das dazugehörige **Übereinkommen vom 14. November 1970** über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (§ 14 N 34), welche mithelfen sollen, nationale Verkehrsbeschränkungen (Beschränkungen des Handels mit Kulturgütern) besser durchzusetzen.
- 123 c) In Paris wurde das **Übereinkommen vom 23. November 1972** zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt (SR 0.451.41) abgeschlossen. Dieses wurde von der Schweiz ratifiziert und ist für sie seit dem 17. Dezember 1975 in Kraft. Das Übereinkommen schützt Denkmäler, Gebäudegruppen und Stätten, also unbewegliche Kulturgüter, von globaler (weltweiter) Bedeutung in Friedenszeiten.

- 124 d) Zur Förderung des Schutzes von unbeweglichem Kultur- und Naturgut zu Friedenszeiten, das nur von nationaler Bedeutung ist, wurde die **Empfehlung vom 16. November 1972** betreffend den Schutz, auf nationaler Ebene, von Kultur- und Naturgut (UNESCO [Conventions], 163 et seq.) geschaffen. Ein entsprechendes Übereinkommen fehlt.
- 125 e) Für den Schutz der beweglichen Kulturgüter in Friedenszeiten besteht bisher ebenfalls nur eine Empfehlung, aber noch kein Übereinkommen, nämlich die **Empfehlung vom 28. November 1978** zum Schutz von beweglichem Kulturgut (Museumskunde 1986, 43 ff.). In deren Art. 1 lit. a wird der Begriff des beweglichen Kulturguts beschrieben als: "alle beweglichen Gegenstände, die Ausdruck und Zeugnis der menschlichen Schöpfungsgabe oder der Entwicklung der Natur sind und die von archäologischem, historischem, künstlerischem, wissenschaftlichem oder technischem Wert oder Belang sind ...". Den Museen wird in Art. 12 der Empfehlung unter anderem geraten, ihre Bestände systematisch und einheitlich zu erfassen, die modernsten technischen Mittel zur Vermeidung von Risiken (vor allem beim Transport und bei Ausstellungen) zu verwenden sowie die neusten Erkenntnisse bei der Konservierung einzusetzen und die Mitarbeiter entsprechend zu schulen (zum Text von Art. 12 vgl. § 17).

2. NATIONALER SCHUTZ

a. BUND

- 126 a) Der nationale Kulturgüterschutz hat die internationalen Übereinkommen durchzuführen und kann daneben eigene Ziele verfolgen. Der Bund hat dazu das **BG über den Schutz der Kulturgüter** bei bewaffneten Konflikten (SR 520.3) und die Kulturgüterschutzverordnung (KGSV; SR 520.31) erlassen, welche die Haager Konvention (§ 14 N 118 ff.) umsetzen sollen. Der Bund **überlässt die Durchführung** des Schutzes weitgehend **den Kantonen** (Art. 4 Abs. 1 KGSG). Er sorgt für den Schutz der eigenen Kulturgüter und unterstützt die Kantone bei ihrer Aufgabe (Art. 5 Abs. 1 und 3 KGSG). Für die Ausrichtung von Subventionen hat das Departement des Innern eine Weisung erlassen hat (vgl. § 14 Anhang). Beratendes Organ ist das Schweizerische Komitee für Kulturgüterschutz (Art. 9 KGSG; Art. 32-34 KGSV).
- 127 b) Neben dem Museumsgut stellen auch die Museumsgebäude **Kulturgut** im Sinne der Konvention dar, wenn sie von Bedeutung sind (Art. 1 lit. b KGSG). Für bewegliche Kulturgüter sind Schutzräume zu bauen (Art. 15 KGSV). Die Eignung bzw. der Aufwand zum Bau solcher Schutzräume hängen stark von der Lage eines Museums ab. So schreibt Brüderlin (55): "In dieser Hinsicht befindet sich beispielsweise das Schweizerische Landesmuseum in Zürich in nicht gerade vorteilhafter Lage, steht es doch zwischen zwei

Flüssen und überdies noch in unmittelbarer Nähe einer der grössten Bahnhofsanlagen der Schweiz". Das Gesetz unterscheidet Kulturgüter von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung (Art. 2 KGSV). Der Bund führt ein Gesamtregister über die ersten beiden (Kategorie A und B; Art. 3 KGSV). Einen andern Weg hat die deutsche Kulturministerkonferenz für die Durchführung der Haager Konvention gewählt. Sie hat nicht einzelne Güter unter Schutz gestellt, sondern eine Auswahl von zu schützenden Museen getroffen, was den Protest des Deutschen Museumsbunds hervorgerufen hat (Museumskunde 1982, 1 ff.). In der Schweiz wird gegenwärtig, unterstützt durch den Verband der Museen der Schweiz, die Schweizerische Akademie für Geisteswissenschaften, das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und den Schweizerischen Nationalfonds, an einer zentralen Kulturgüterdatenbank gearbeitet (Bilfinger, Information 39 [1987] 29; Schweizerische Akademie für Geisteswissenschaften, 54).

- 128 c) Zur Sicherung gehören neben baulichen **Massnahmen** die Herstellung von Sicherstellungsdokumenten (Art. 10 KGSG; unbewegliche Kulturgüter) und Sicherheitskopien (Art. 11 KGSG; bewegliche Kulturgüter) (Bernet, 70). Soweit das KGSG anwendbar ist, hat das Museum sicherzustellen, dass der Museumskatalog dreifach vorhanden ist (Brüderlin, 55; je ein zusätzliches Exemplar ist vom Kanton bzw. Bund aufzubewahren). Arcioni (Information 29 [1982] 3) beschreibt die in der Schweiz getroffenen Massnahmen wie folgt: "(1) Schutz sämtlicher Dokumentationen, Bereitstellung von Schutzräumen für bewegliche Kulturgüter, Schutzbauten für unbewegliche Kulturgüter (mittels normierter Verschalungselemente), (2) Gewähr für die Anerkennung durch die Bevölkerung sowie die eigene und fremde Armee, (3) Kennzeichnung durch Schutzschilder, (4) Bewachung durch bewaffnete Spezialeinheiten (von der Polizei ausgerüstet und instruiert)".

b. KANTONE

- 129 Die Ausführung des Kulturgüterschutzes liegt zum grossen Teil bei den **Kantonen** (§ 14 N 126; in Deutschland: bei den Ländern). Im Kanton Wallis ist zum Beispiel ein kantonales Amt für Kulturgüterschutz verantwortlich (Art. 2 Ziff. 2 D betreffend die Anwendung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1966 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten [VS-GS 1988, 83]). Die Kantone führen Listen der Kulturgüter (zur Liste des Kantons VD vgl. Vogel, 187 s. [Annexe III]).

D. ERFORSCHUNG DES MUSEUMSGUTS

- 130 Die gesetzlichen Regeln über die wissenschaftliche Erforschung des Museumsguts befassen sich vor allem mit den Vorgängen, welche sich ausserhalb des Museums abspielen, nämlich mit den **Ausgrabungen** und der **archäologischen Forschung**. Das

grösste Vertragswerk bildet die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Aargau über die Römerforschung in Augst und Kaiseraugst (AGS Bd. 9, S. 213; BL-SGS 613.1; BS-SG 497. 800). Daneben kennen aber viele weitere Kantone Bestimmungen über Ausgrabungen. Wenn Funde gemacht und angezeigt werden (§ 14 N 10 ff.), muss der Kanton (meist das Erziehungsdepartement) entscheiden, ob Ausgrabungen durchgeführt werden sollen. Zur Begutachtung dieser Frage und zur Durchführung der Ausgrabungen werden der Kantonsarchäologe (Beispiel: RRB vom 21. Mai 1968 betreffend Pflichtenheft des Kantonsarchäologen [SO-BGS 436.62]) oder Museumsorgane beigezogen (Beispiel: Art. 4 RRV vom 7. März 1922 über die Behandlung der Funde von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Thurgau [TG-RB 456]). In einigen Kantonen können auch private Forscher Ausgrabungen durchführen (Beispiel: Art. 2 Ordonnance du 15 avril 1982 concernant les fouilles archéologiques [RSJU 445.42]). Diesen wird recht grosse Unabhängigkeit eingeräumt: "Die freie Forschung darf ... nicht mehr eingeschränkt werden, als es das öffentliche Interesse am Fund und billige Rücksicht auf den Grundeigentümer erfordern" (Art. 8 V vom 21. März 1933 betreffend den Schutz von Naturkörpern und Altertümern [SG-sGS 271.51]). Damit die Forschung geordnet vor sich gehen kann, werden häufig Gebiete abgegrenzt, Zonen gebildet (Beispiel: A. du 8 décembre 1959 déterminant les régions archéologiques et les musées locaux reconnus [RSV 4.12 C]).

E. ERSCHLIESSUNG DES MUSEUMSGUTS

- 131 a) Zur Erschliessung des Museumsguts gehört seine **Inventarisierung** (vgl. dazu allgemein § 4 N 9 und 11). Als Inventar dient die Aufnahme der vorhandenen Sammlungsgegenstände in den Hauptkatalog oder das Katalogbuch. Zur sachlichen Erschliessung werden daneben auch Schlagwortkataloge oder -karteien geführt (Bill, Information 12 [1974] 6). Die Erschliessung hängt insofern mit dem Erwerb zusammen, als es das Bestreben eines Museums sein soll, abgerundete Sammlungen aufzubauen. Die Inventarisierung ist nach Chatelain ([Mittel], 111) aber auch Grundlage für die Abwehr von Diebstahl und unerlaubtem Kunsthandel: Sobald die Bemühungen um international einheitliche Beschreibungs- und Inventarisierungsmethoden genügend weit gediehen sind, können nationale und europäische Karteien von gestohlenen Kunstgegenständen aufgebaut werden.
- 132 b) Zur Aufgabe des Museums gehören daneben **Auskünfte und Expertisen** über Kulturgüter ausserhalb des Museums. Weil die Beamten und Angestellten der Museen dabei besonderen Interessenkonflikten ausgesetzt sind, bestehen dafür eigene Regeln: Beamte des Landesmuseums dürfen sich nicht privat am Kunsthandel beteiligen (Art. 1 LMR) und nur soweit eine eigene Sammlertätigkeit entwickeln, als dies zu keiner Konkurrenz führt (Art. 10 LMR). Damit wird das Missbrauchsprinzip zum Ausdruck gebracht, welches im schweizerischen Recht häufig anzutreffen ist, etwa auch in den Fällen

der Stellvertretung durch Selbstkontrahieren und Doppelvertretung (Zäch, Art. 33 N 78 ff.). Strengere Regeln gelten in den USA, wo jede Beteiligung der Museumsleitung (trustees) an Geschäften mit dem Museum untersagt ist (Knoll, 8-9; Verbotsprinzip). Zu Auskünften und zu Expertisen für Private sind die Beamten des Landesmuseums nicht verpflichtet. Das Landesmuseum übernimmt (ähnlich wie die Bibliotheken - § 10 N 87), für Auskünfte und Expertisen keine Verantwortung (Art. 3 und Art. 8 Abs. 1 LMR).

F. AUSSTELLUNG DES MUSEUMSGUTS

133 Auf die Ausstellung von Museumsgegenständen können **grundsätzlich die Regeln über die Benützung von Bibliotheken (§ 10) angewendet** werden. Wie bei den Bibliotheken (§ 10 N 17 ff.) und Archiven (§ 13 N 115) gibt es auch bei den Museen kein allgemeines Zulassungsrecht (anders in Frankreich, wo das *droit d'accès du public* bereits mit dem D. du 27 juillet 1793 portant ouverture du Muséum de la République anerkannt war und in art. 2 D. 45-1546 bestätigt wurde, vgl. Wolkowitsch, N 295). Weil der Sammlungsgegenstand beim Museum ein anderer ist, gibt es einige Unterschiede und besondere Rechtsfragen, welche nachfolgend erörtert werden sollen. Vorweg sei erwähnt, dass der Benützungsvertrag das Element der Leihe nicht enthält, sondern nur das Auftragsrecht (Art. 394 ff.) anwendbar ist. Das kann aus der Verwandtschaft der Museumsbenützung mit dem Vorstellungsbuch abgeleitet werden (vgl. dazu Giger, Vorbem. zu Art. 363-379 OR N 2; das Bundesgericht beurteilt allerdings den Vorstellungsbuchvertrag anders, es geht nämlich davon aus, dass die Regeln des Werkvertrags anwendbar sind, vgl. BGE 109 II 38; 80 II 34 [Kinovorstellung] und 70 II 218 [Vorstellungsbuch]; kritisch dazu Gauch, N 42).

I. UNESCO-EMPFEHLUNG

134 Grundzüge über die Gestaltung von Ausstellungen gehen aus der UNESCO-**Empfehlung vom 14. Dezember 1960** betreffend die wirksamsten Massnahmen, um Museen jedermann zugänglich zu machen, hervor (zum Text vgl. § 17). In Art. 2 wird festgehalten, dass der Zugang zum Museum nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit oder dem sozialen Status abhängen darf. Zudem soll die Ausstellung klar strukturiert, gut beschriftet und dokumentiert sowie leicht verständlich sein (Art. 4). Die Öffnungszeiten sind dem Publikum anzupassen (Art. 5). Der Museumsbesuch soll gefördert werden durch Werbemassnahmen der öffentlichen Hand (Art. 11 f.), aber auch durch Zusammenarbeit mit Berufsverbänden, den Medien usw. (Art. 13 ff.).

II. URHEBERRECHTE AN AUSSTELLUNGSGEGENSTÄNDEN

- 135 a) Das Museum ist regelmässig mit dem Urheberrecht konfrontiert, weil die von ihm gesammelten Gegenstände, soweit sie von Menschenhand geschaffen wurden, meist Werkscharakter (§ 5 N 4 ff.) aufweisen (Pfennig, Museumskunde 1983, 66). Mit dem Kauf von Kunstwerken oder anderen Sammlungsgegenständen wird das Urheberrecht nicht automatisch auf das Museum übertragen (anders in den USA bis zum Inkrafttreten des Copyright Act of 1976 im Jahre 1978, gestützt auf *Pushman v. New York Graphic Society*, 287 N.Y. 302, 39 N.E.2d 249 [1942], vgl. Malaro, 115). Das Museum muss einerseits die **Rechte von Künstlern** beachten, andererseits aber auch diejenigen von Fotografen, welche ihre Werke aufnehmen (soweit die Fotografien Werkscharakter aufweisen [§ 5 N 40]). Nach Ablauf der Schutzdauer (§ 5 N 46) werden die Kunstwerke gemeinfrei und dürfen dann nachgebildet werden (BGHZ 44, 288 [Skulptur "Apfel-Madonna"]).
- 136 b) Der Urheber selbst kann diejenigen Rechte geltend machen, welche als **Urheberpersönlichkeitsrechte** (§ 5 N 52) bezeichnet werden, also die Namensnennung, das Recht auf Unversehrtheit des Werks und das Recht der Erstveröffentlichung. "Wichtig ist, dass jede Veränderung des Kunstwerks (Kollage, Abbildung von Ausschnitten) die Urheberpersönlichkeitsrechte des Künstlers berührt und daher mit dem Inhaber der Rechte abgestimmt werden muss." (Pfennig, Museumskunde 1983, 67). Das Urheberpersönlichkeitsrecht wurde früher nicht so streng gehandhabt. Das zeigt der amerikanische Fall *Crimi v. Rutgers Presbyterian Church* (194 Misc. 570, 89 N.Y. S.2d 813 [Sup.Ct. 1949]), wo sogar das Überstreichen eines Wandgemäldes an einer Kirchenmauer noch als zulässig erachtet wurde. Ein schweizerisches Beispiele gibt es nur zur Veränderung von Bauwerken, wo dem Eigentümer sowieso eine stärkere Stellung eingeräumt wird als bei Kunstwerken: Das Bundesgericht hat kürzlich das Ansinnen der Gemeinde Jona geschützt, entgegen dem Willen der Architekten das Flachdach eines Schulhauses durch ein Satteldach zu ersetzen (BGE 117 II 466, 475: an Werken der Baukunst darf der Eigentümer grundsätzlich Veränderungen ohne Zustimmung des Urhebers durchführen [Art. 12 Abs. 3 EURG], solange sie nicht entstellend wirken [Art. 11 Abs. 2 EURG]). Die moderne Gesetzgebung stärkt die Stellung der Urheber: Im neuen Urheberrecht, in Art. 13b EURG/S (Amtl.Bull.S 1991, 104) bzw. Art. 13b EURG/N (Amtl.Bull.N 1992, 23), wird ein Schutz gegen Zerstörung geschaffen. Danach muss dem Urheber von Werken, welche nur als Original bestehen, die Rücknahme angeboten (Abs. 1) oder die Nachbildung ermöglicht werden (Abs. 2). Kalifornien hat in Cal.Civ.Code § 987 eine Bestimmung erlassen, welche das Kunstwerk weitgehend (auch gegen Zerstörung) schützt.
- 137 c) Die **Verwertungsrechte** stehen dem Urheber oder einem sonst Berechtigten zu und müssen grundsätzlich von diesen erworben werden (Lizenz). Die schon für die Bibliotheken und Archive geltenden Ausnahmen (Benützung für privaten Gebrauch [§ 5 N 85; §

13 N 166], Zitate [§ 5 N 45; § 13 N 168 f.]) gelten auch hier. Hervorzuheben ist, dass im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Tagesereignisse (etwa der Eröffnung einer Ausstellung) Fotografien und Filme der ausgestellten Werke gemacht werden dürfen. Als Besonderheit kommt hinzu, dass Museen von ihren Werken Aufnahmen machen und in Museumskatalogen verwenden dürfen (Art. 25 EURG; § 58 UrhG). Dasselbe gilt für Auktionskataloge (Art. 25 EURG/N [Amtl.Bull.N 1992, 43]). Nicht gedeckt durch solche Ausnahmen sind aber zum Beispiel die Produktion und der Verkauf von Kunstkarten (vgl. Pinkerton, 66 Museum News 38-38 [October 1987]). Im neuen Urheberrecht (Art. 13a EURG/S [Amtl.Bull.S 1991, 104]; Art. 13a EURG/N [Amtl.Bull.N 1992, 23]) wird dem Urheber (Künstler) nicht nur das Recht zugestanden, Zugang zu seinem Werk zu haben (Abs. 1), sondern er kann sein Werk auch für Ausstellungen im Inland herauszufordern (Abs. 2).

- 138 d) Wenn ein Museum über Urheberrechte im Zweifel ist, tut es gut daran, mit der zuständigen **Verwertungsgesellschaft** (PRO LITTERIS-TELEDRAMA [§ 5 N 59]) die Rechte abzuklären. Diese wäre auch zuständig, eine (mit der Bibliothekstantieme vergleichbare) Ausstellungsvergütung, wie sie von den Künstlern in letzter Zeit in Diskussion gebracht wurde (Pfennig, Museumskunde 1983, 68), einzuziehen.
- 139 e) Das Museum muss (wie die Bibliothek [§ 5 N 89] und das Archiv [§ 13 N 171]) nicht nur selbst das Urheberrecht beachten, sondern auch seine **Benutzer auf das Urheberrecht aufmerksam machen**, wenn diese Fotografien oder Reproduktionen herstellen wollen (Malaro, 121).
- 140 f) In Deutschland und Frankreich (Siehr, IPRax. 1992, 30 m.w.N.) sowie in anderen Ländern schützt man die Künstler, indem man ihnen bzw. ihren Erben einen gewissen Anteil am Verkaufserlös ihrer Werke auch bei späteren Veräusserungen zuspricht (Phelan, 85; Malaro, 122; die EG prüft gemäss einer Pressemitteilung vom 4.7.1991 [RAPID IP/91/651] eine Harmonisierung des Folgerechts). In Deutschland werden bis 70 Jahre nach dem Tod des Künstlers 5% vom Verkaufserlös abgeschöpft (§ 26 UrhG), in Kalifornien beträgt das **Folgerecht** (droit de suite), welches den Künstler (bzw. bis 20 Jahre nach seinem Tod: dessen Erben) an der Wertsteigerung seines Werkes teilhaben lässt, ebenfalls 5% des Verkaufserlöses (Cal.Civ.Code § 986). Diese Bestimmung wurde inzwischen auch als verfassungsmässig beurteilt (Morseburg v. Balyon, 621 F.2d 972 [9th Cir. Cal. 1980], cert. denied, 449 U.S. 983). Die Schweiz kennt kein solches Recht und wird es auch mit der Revision des Urheberrechts wohl nicht einführen: Der Entwurf des Bundesrates sah noch keine Änderung vor (BBl. 1989 III 517 ff.). Der Ständerat schuf ein Folgerecht, welches eine Abgabe von 5% des Verkaufserlöses bei Summen von über 10'000 Franken vorsah (Art. 13c EURG/S [Amtl.Bull.S 1991, 104]). Der Nationalrat lehnte das Folgerecht aber ab (Amtl.Bull.N 1992, 28). Die Durchsetzung des Folgerechts bereitet auf internationaler Ebene gewisse Schwierigkeiten: Das Folgerecht kommt bei ei-

nem internationalen Verkaufsgeschäft zur Anwendung, wenn wenigstens der Verkäufer im Inland Wohnsitz hat (vgl. § 5 N 125 [Inländerbehandlung]). Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das Kunstwerk auf einer Versteigerung im Ausland veräußert wurde (vgl. LG Düsseldorf IPRax. 1992, 46). Allerdings kann in diesem Fall das Auskunftsrecht gegenüber dem ausländischen Versteigerer nicht durchgesetzt werden (Siehr, IPRax. 1992, 33).

III. GEBÜHREN

- 141 Um **Gebühren** erheben zu dürfen, bedürfen öffentliche Museen wie üblich (§ 10 N 62 ff.) einer gesetzlichen Grundlage. Für das Landesmuseum besteht diese in der V über die Gebühren des Schweizerischen Landesmuseums. Diese stützt sich auf Art. 4 BG vom 4. Oktober 1974 über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes ("Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Erhebung von angemessenen Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen der Bundesverwaltung") bzw. auf Art. 42bis BV ("Der Fehlbetrag der Bilanz des Bundes ist abzutragen ...").

IV. HAFTUNG DES MUSEUMS

1. HAFTUNGSTATBESTÄNDE

- 142 a) Haftungstatbestände ergeben sich vor allem aus den verschiedenen Formen von Meinungsäusserungen der Museen. Für die **Auskünfte** ist von den gleichen Regeln wie für Bibliotheksauskünfte (§ 10 N 77 ff.) auszugehen. Bei **Expertisen** ist dagegen gewöhnlich Auftragsrecht (Art. 394 ff. OR) anwendbar. Genau zu unterscheiden gilt es in jedem Fall verbindliche Tatsachen von unverbindlichen Meinungen (Malaro, 259).
- 143 b) **Kritische Äusserungen über Kunstwerke** können deren Wert erheblich mindern. Die Haftung für falsche Tatsachendarstellungen richtet sich nach dem Deliktsrecht (Art. 41 ff. OR). In *Fisher v. Washington Post Co.* (212 A.2d 335 [D.C. 1965]) ging es um folgende Publikation: "The Fisher Galleries are showing about 20 oils by the noted printmaker, Irving Amen. The paintings are warm in color and expressionist in tendency, but lack the distinction of the prints. They are so badly hung among many commercial paintings that what quality they might have is completely destroyed. The Fisher Galleries should decide whether they are a fine arts gallery or a commercial outlet for genuine 'hand-painted' pictures. The two do not mix." Das schlechte Plazieren der Bilder wurde als Meinungsäusserung und nicht als Tatsache angesehen. Das Gericht berücksichtigte zudem, dass die kritischen Äusserungen nach einer Aufforderung zur Besprechung erfolgten: "He should not be heard to complain if the criticism so invited is not gentle" (337).

Zu weiteren Fällen vgl. Hahn v. Duveen (133 Misc. 871, 234 N.Y.S. 185 [1929]: Verkauf eines Leonardo da Vinci-Bildes) und Gott v. Pulsifer (122 Mass. 235 [1877]: Cardiff Giant-Statue).

- 144 c) Wird ein **Experte persönlich angegriffen**, in seinem Ruf geschädigt, kommen Art. 28 ff. ZGB (vgl. dazu § 13 N 141) zur Anwendung. Nicht jede Kritik an einer Expertenmeinung verletzt die Persönlichkeit (ebenso Mont v. Sadik, No. 78 Civ. 2279 [S.D. N.Y., Oct. 26, 1978], zit. von Malaro, 268 FN 73: "The law of defamation has never gone so far as to provide that, once an expert has expressed an opinion, all other experts must keep silent on the matter, lest they expose themselves to legal action").

2. HAFTUNGSAUSSCHLUSS

- 145 Ein Haftungsausschluss kann, wie bei der Bibliothek (§ 10 N 75), **nur für leichtes**, nicht aber für grobes **Verschulden** gültig ausgesprochen werden (ebenso Gardini v. Museum of New York, 173 Misc. 791, 19 N.Y.S.2d 96 [City Ct. N.Y., 1940]).

V. AUSSTELLUNG UNZÜCHTIGER KUNSTWERKE

- 146 Während sich Bibliotheken mit unzüchtigen Darstellungen in Büchern auseinandersetzen müssen (§ 12 N 30 ff.), beschäftigen unzüchtige Kunstwerke die Museen. Zwar werden grundsätzlich in beiden Fällen dieselben Regeln angewendet. Bei der Ausstellung von Kunstwerken in Museen sind aber **zwei besondere Umstände** zu beachten, welche zu einer weniger strengen Beurteilung führen können, nämlich (1) die **Art der Ausstellung** und (2) die **Art der Darstellung**. Das Bundesgericht schreibt zur Ausstellung: "Besondere Umstände, welche die Wirkung eines Kunstwerkes beeinflussen können, sind bei dessen Beurteilung zu berücksichtigen. In Betracht fällt, dass der nackte menschliche Körper von jeher Gegenstand der bildenden Künste war und dass die Öffentlichkeit in Kunstausstellungen und Museen an der Darstellung des Nackten an sich keinen Anstoss nimmt. ... Ein im Strassenschaufenster einer Kunsthandlung ausgestellt Bild kann als unzüchtig empfunden werden, während es in einem Museum oder in einer Kunstgalerie das Schamgefühl des nämlichen Betrachters unter Umständen nicht verletzt." (BGE 86 IV 19 ff. = Pra. 49, 100 S. 285 f.). Zur Art der Darstellung schreibt das Bundesgericht: "Sodann ist in Rechnung zu stellen, dass auch der Grad der künstlerischen Vollendung eine Rolle spielen kann; selbst bei einem Werk, das einen Vorgang geschlechtlicher Art zur Darstellung bringt, kann die ästhetische Wirkung so überwiegen, dass das Bild seinen unzüchtigen Charakter durch die künstlerische Gestaltung verliert" (BGE 86 IV 20).

G. HAFTUNG DER MUSEUMSLEITUNG

- 147 a) Zum Schluss sollen noch einige Ausführungen zur Haftung der Museumsleitung gegenüber dem Träger gemacht werden. Zu den **Pflichten** einer Museumsleitung gehört es, die ihr übertragenen Aufgaben (§ 14 N 9 ff. [B.-F.]) zu erfüllen. Bezüglich des Erwerbs (Kaufs und Verkaufs) von Sammlungsgegenständen, der wichtigsten Aufgabe, kann die Pflicht wie folgt umschrieben werden: (1) Das Museum soll mit den zur Verfügung stehenden Mitteln haushälterisch umgehen. Die Museumsleitung trägt die Verantwortung, dass der tägliche Betrieb nicht durch Anschaffungen gefährdet wird, dass der für Neuerwerbungen bezahlte Preis vernünftig (marktgerecht) ist, und dass nur Sammlungsgegenstände von gesicherter Herkunft erworben werden (Knoll, 12-13). (2) Bei Verkäufen muss darauf geachtet werden, dass nicht eine Sammlung zerstört wird, dass durch genügende Verkaufs-Anstrengungen ein marktüblicher Preis erzielt wird, und dass der Verkaufserlös richtig verwendet wird (Ablieferung an den Staat oder Bereitstellung für Neuerwerbungen) (Knoll, 11-12).
- 148 b) Die Museumsleitung haftet für jede schuldhaft **Verletzung der** soeben beschriebenen **Pflichten**. Was dazu zählt, zeigen Fälle aus der amerikanischen Praxis (Malaro, 13-16): (1) Im Falle des Museum of the American Indian lautete der Vorwurf: ungenügende Inventarisierung, fragwürdige Kaufs- und Verkaufspraktiken und Abschluss eigennütziger Geschäfte (self-dealing) (Lefkowitz v. Museum of the American Indian, No. 41416/75 [N.Y.Sup.Ct. N.Y.Co., June 27, 1975], zit. von Malaro, 14 FN 39), (2) im Falle des Hill-Stead Museums: mangelhafte Sicherung der Museumsgegenstände gegen Feuer und Diebstahl (Harris v. Attorney General, 31 Conn.Supp. 93, 324 A.2d 279 [Sup.Ct. Hartford Co., 1974]), (3) im Falle des George F. Harding Museums von Chicago: schlechte Verwaltung (mismanagement) und Abschluss von eigennützligen Geschäften (People ex rel. Scott v. Silverstein, 86 Ill.App.3d 605, 408 N.E.2d 243 [1st Dist. 1980]), (4) im Fall des Pasadena Art Museums: ungenügende Erhaltung einer Sammlung, ungenügendes Ausstellen, Fehlen einer Sammlungs-Politik und ungenügender Verkaufserlös (Rowan v. Pasadena Art Museum, No. C322817 [Cal.Sup.Ct. L.A.Co., Sept. 22, 1981], zit. von Malaro, 16 FN 48) und (5) im Falle des Fine Art Museums von San Francisco: ungenügende Inventarisierung, mangelhafte Ausstellung und ungenügende Sicherung (Hardmann v. Feinstein, No. 827127 [Cal.Sup.Ct. S.F.Co., July 1984], zit. von Malaro, 16 FN 45).
- 149 c) Da Natur- und Heimatschutzvereinigungen immer mehr in den Schutz der Kulturgüter einbezogen werden (so werden sie bei der Unterschutzstellung privater Kulturgüter angehört [§ 14 N 78] oder es wird ihnen in solchen Verfahren sogar das Vorkaufsrecht eingeräumt [§ 14 N 88]), fragt es sich, inwieweit diese Vereinigungen auch berechtigt sind, die Tätigkeit der Museen zu kontrollieren. Gegenwärtig genießen die kulturellen Vereinigungen noch keine weitergehende **Legitimation** als Private: Beide sind nur zu Anzeigen an die jeweiligen Aufsichtsbehörden berechtigt. Möglicherweise wird die Ent-

wicklung aber in eine ähnliche Richtung gehen wie in den USA, wo die Legitimation zunehmend ausgedehnt wird (Malaro, 25-29). Zwar wird die Legitimation sowohl den Privaten (In re Estate of Smith, 256 Cal.App.2d 496, 64 Cal.Rptr. 295 [1st Dist. 1967]: Fine Arts Museum San Francisco) als auch den kulturellen Vereinigungen formell noch immer abgesprochen (In Re Carnegie Institute, No. 208 of 1979 [Penn.Ct.of C.P. Allegheny Co., Orphans'Ct.Div., May 14, 1980], zit. von Malaro, 25 FN 32), aber ihre Vorbringen haben dennoch Gewicht, weil sie einen Teil des öffentlichen Interesses darstellen. In einen Fall wurde den früheren Leitern (trustees) eines Museums das Klagerecht anstelle der öffentlichen Hand (des Attorney General) eingeräumt (in Rowan v. Pasadena Art Museum, No. C322817 [Cal.Sup.Ct. L.A. Co., Sept. 22, 1981], zit. von Malaro, 27 FN 39). Dem ist allerdings hinzuzufügen, dass in den USA eine private Kontrolle wichtiger ist als in der Schweiz, zumal die Museen dort nicht von staatlichen Stellen, sondern von trustees geführt werden.

H. ANHANG

I. Gesetze, Materialien und Regeln

1. Schweiz

a. Bund

Gesetze: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. Dezember 1874, SR 101 (Art. 4, 22ter, 24sexies, 27, 27sexies, 42bis); R vom 30. Dezember 1938 für die Beamten des Schweizerischen Landesmuseums (LMR), SR 172.221.101.4; Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, SR 210; BG vom 27. Juni 1890 über die Errichtung eines Schweizerischen Landesmuseums (LMG), SR 432.31; BB vom 21. Juni 1902 betreffend Erweiterung des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1890 über die Errichtung eines Schweizerischen Landesmuseums, SR 432.311; BB vom 5. März 1970 über den Kredit für die Erwerbung vaterländischer Altertümer, SR 432.313; V vom 14. November 1979 über die Verwaltung des Schweizerischen Landesmuseums (LMV), SR 432.32; V vom 17. März 1986 über die Gebühren des Schweizerischen Landesmuseums, SR 432.39; BG vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG), SR 451; BG vom 6. Oktober 1966 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten (Kulturgüterschutzgesetz - KGSG), SR 520.3; V vom 17. Oktober 1984 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten (Kulturgüterschutzverordnung - KGSV), SR 520.31.

Materialien: Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 31. Mai 1889 über die Frage betreffend Gründung eines schweizerischen Nationalmuseums, BBl. 1889 III 209; Botschaft über die Änderung des BG über den Natur- und Heimatschutz (NHG), BBl. 1991 III 1121.

Weisungen: Weisungen des Eidgenössischen Departements des Innern vom 26. Februar 1982 über Bundesbeiträge an Sicherstellungsdokumente und Sicherheitskonzepte im Bereich des Kulturgüterschutzes, Information 29 (1982) 9 ff.; Directives du Département Fédéral de l'Intérieur du 26 février 1982 concernant les subventions

fédérales pour l'établissement de documents et de reproductions dans le domaine de la protection des biens culturels, Information 29 (1982) 13 ss.

b. Kantonales Mustergesetz

Modell für ein kantonales Gesetz über Denkmalpflege (Denkmalpflege-Modell-Gesetz), Beilage zu: Rechtsfragen der Denkmalpflege, hgg. v. Yvo Hangartner, St. Gallen 1981.

c. Kanton Aargau

EG vom 27. März 1911 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (AG-EGZGB), AGS Bd. 1, S. 603 (§ 93: Heimatschutz; § 117: Funde); D vom 14. Oktober 1975 über den Schutz von Kulturgütern [Denkmalschutzdekret]), AGS Bd. 9, S. 169; Vertrag vom 19. August 1975 über die Römerforschung in Augst und Kaiseraugst, AGS Bd. 9, S. 213; G vom 18. Januar 1983 über Katastrophenhilfe und zivile Verteidigung, AGS Bd. 11, S. 97 (§§ 42 ff.: Kulturgüterschutz); V vom 5. Dezember 1983 zur Gesetzgebung über Katastrophenhilfe und zivile Verteidigung (Zivilverteidigungsverordnung), AGS Bd. 11, S. 110 (§§ 33 f.: Kulturgüterschutz).

d. Kanton Appenzell Ausserrhoden

V vom 16. Juni 1980 über den Zivilschutz und den Kulturgüterschutz, AR-bGS 513.11; V vom 11. März 1991 über Beiträge an Denkmalpflege-, Natur- und Heimatschutzmassnahmen (Beitragsverordnung), AR-bGS 721.12.

e. Kanton Appenzell Innerrhoden

G vom 30. April 1911 betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 für den Kanton Appenzell I. Rh. (AI-EGZGB), AI-SG 201 (Art. 116: Heimatschutz); G vom 27. April 1980 betreffend den Zivilschutz und den Kulturgüterschutz, AI-SG 571; VV vom 4. Dezember 1972 betreffend den Zivilschutz und den Kulturgüterschutz, AI-SG 572.

f. Kanton Basel-Landschaft

G vom 30. Mai 1911 über die Einführung des Zivilgesetzbuches (BL-EGZGB), BL-SGS 211 (§ 97: Heimatschutz); V vom 10. Oktober 1921 betreffend die Erhaltung von Altertümern, BL-SGS 612.1; RRB vom 2. Oktober 1937 betreffend die Anlegung und Inventarisierung von lokalen Sammlungen von Altertümern durch Gemeinden, öffentlich-rechtliche Korporationen, wissenschaftliche Vereinigungen und private Personen, BL-SGS 612.11; RRV vom 24. August 1976 über die Inventarisierung und Sicherstellung erhaltenswerter Gegenstände und Bauteile in Liegenschaften, die vom Kanton übernommen werden, BL-SGS 612.12; Vertrag vom 11. September 1975 über die Römerforschung, BL-SGS 613.1; G vom 17. Juni 1987 über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter, BL-SGS 731; D vom 18. Juni 1987 über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter, BL-SGS 731.1; V vom 24. Juli 1990 zu Gesetz und Dekret über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Kulturgüter, BL-SGS 731.11.

g. Kanton Basel-Stadt

G vom 27. April 1911 betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (BS-EGZGB), BS-SG 211.100 (§ 176: Heimatschutz; § 185: Funde); G vom 16. Oktober 1919 über das Universitätsgut und die Sammlungen und Anstalten der Universität, BS-SG 440.400 (§ 1 Ziff. 3: Historisches Museum, Naturhistorisches Museum, Museum für Völkerkunde); O vom 5. Oktober 1979 für die Öffnungszeiten und Eintrittsbedingungen der staatlichen Museen des Kantons Basel-Stadt, BS-SG 451.200; R vom 30. März 1979 über das Photographieren, Filmen und Reproduzieren von Kunstwerken und Sammlungsgegenständen der staatlichen Museen des Kantons Basel-Stadt, BS-SG 451.220; V vom 29. September 1987 betreffend das Museum für Gestaltung, BS-SG 451.300; O vom 14. September 1954 der Kunstkommission, BS-SG 451.400; O vom 8. September 1952 für die Benützung des Kupferstichkabinetts der Öffentlichen Kunstsammlung Basel, BS-SG 451.450; O vom 19. September 1962 für die Benützung des Vortragssaales im Kunstmuseum, BS-SG 451.460; O vom 11. August 1956 für das Naturhistorische Museum Basel, BS-SG 451.500; O vom 13. November 1950 für das Museum der Völkerkunde und das Schweizerische Museum für Volkskunde, BS-SG 451.600; O vom 4. Januar 1935 für den Besuch des Museums für Natur- und Völkerkunde, BS-SG 451.650; O vom 15. März 1940 für das Stadt- und Müntermuseum im Kleinen Klingental, BS-SG 451.700; Eintritts- und Verwaltungs-Ordnung vom 11. April 1974 der Anatomischen Sammlung, BS-SG 451.800; G vom 20. März 1980 über den Denkmalschutz (BS-DMSG), BS-SG 497.100; V vom 14. April 1982 zum G über den Denkmalschutz, BS-SG 497.110; Richtlinien vom 18. April 1984 der Kommission für Denkmalsubventionen, BS-SG 497.150; GRB vom 25. September 1975 betreffend Genehmigung des Vertrages zwischen den Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basellandschaft und Aargau, der Historischen und Antiquarischen Gesellschaft zu Basel und der Stiftung Pro Augusta Raurica über die Römerforschung in Augst und Kaiseraugst, BS-SG 497.800.

h. Kanton Bern

G vom 28. Mai 1911 betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches (BE-EGZGB), BSG 211.1 (Art. 83: Altertümer); G vom 16. März 1902 über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden, BSG 426.41; R vom 13. August 1902 über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden, BSG 426.411; V vom 18. Juli 1969 zum Gesetz vom 16. März 1902 über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden, BSG 426.412; V vom 20. Dezember 1929 betreffend den Schutz und die Erhaltung von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Bern, BSG 426.42; D vom 23. September 1969 über den Archäologischen Dienst (Bodendenkmalpflege), BSG 426.432; G vom 11. September 1985 über die Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung im Kanton Bern (GKG), BSG 521.1 (Art. 41 ff.: Kulturgüterschutz).

i. Kanton Freiburg

EG vom 22. November 1911 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (FR-EGZGB), SGF 210.1 (Art. 313: Funde; Art. 314: öffentliches Kulturgut); R vom 5. November 1971 betreffend die Kommission des Museums für Kunst und Geschichte SGF 481.5.12; B vom 18. Juli 1972 betreffend das Statut des natur-

historischen Museums, SGF 481.6.11; R vom 18. Juli 1972 der Kommission des naturhistorischen Museums, SGF 481.6.12; R vom 26. November 1971 betreffend die Erhaltung der historischen Kunstdenkmäler und der öffentlichen Bauten, den Schutz der archäologischen Zonen und die Beitragsleistung an die Restaurierung alter Gebäude, SGF 482.11.

j. Kanton Genf

L.A. du 7 mai 1981 du code civil et du code des obligations, RSG E. 1.1 (art. 69 lit. g: protection des monuments); R.A. du 27 octobre 1976 des dispositions fédérales sur la protection des biens culturels en cas de conflit armé, RSG G. 2.3; L. du 4 juin 1976 sur la protection des monuments, de la nature et des sites (GE-LPMNS), RSG L. 4.1; R.E. du 29 novembre 1976 de la loi sur la protection des monuments, de la nature et des sites, RSG L. 4.2.

k. Kanton Glarus

G vom 2. Mai 1971 über den Natur- und Heimatschutz (GL-NHSG), GL-GS IV G/1; VV vom 27. Juni 1979 zum Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (GL-NHSV), GL-GS IV G/2; Bestimmungen vom 17. November 1986 über Ausgrabungen und Funde, GL-GS IV G/9.

l. Kanton Graubünden

EG vom 5. März 1944 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (GR-EGZGB), BR 210.100 (Art. 139: Heimatschutz; Art. 147: Funde); Phototarif vom 21. März 1988 für das Rätische Museum, BR 491.350; G vom 24. Oktober 1965 über die Förderung des Natur- und Heimatschutzes und des kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens im Kanton Graubünden (Kulturförderungsgesetz), BR 494.100; V vom 27. November 1946 über den Natur- und Heimatschutz (GR-NHSV), BR 496.100; Ausführungsbestimmungen vom 16. Dezember 1985 zur Verordnung über den Natur- und Heimatschutz, BR 496.110; R vom 19. Februar 1991 für die Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen des Natur- und Heimatschutzes, BR 496.200; G vom 4. Juni 1989 über die Katastrophenhilfe (KHG), BR 630.100 (Art. 34 f.: Kulturgüterschutz).

m. Kanton Jura

L. d'introduction du 9 novembre 1978 du Code civil suisse, RSJU 211.1 (art. 81: protection des monuments); O. du 5 juillet 1983 concernant le Musée jurassien des sciences naturelles, RSJU 441.231; A. du 9 décembre 1986 instituant la commission des musées, RSJU 441.232; L. du 9 novembre 1978 sur la conservation des objets d'art et monuments historiques (JU-LCOAMH), RSJU 445.1; R. du 6 décembre 1978 concernant la conservation des objets d'art et monuments historiques, RSJU 445.11; O. du 6 décembre 1978 relative à la loi sur la conservation des objets d'art et monuments historiques, RSJU 445.12; O. du 6 décembre 1978 sur la protection et la conservation des curiosités naturelles et des antiquités dans le canton du Jura, RSJU 445.2; R. du 29 mai 1984 du fonds cantonal pour l'acquisition de pièces importantes du patrimoine jurassien, RSJU 445.211; D. du 6 décembre 1978 sur la conservation des monuments historiques et la protection des bien culturels, RSJU 445.3; D. du 6 décembre 1978 sur la protection et la conservation des monuments et objets archéologiques, RSJU 445.4; O. du 15 avril 1982

concernant les fouilles archéologiques, RSJU 445.42; O. du 26 avril concernant la protection des biens culturels, RSJU 521.3.

n. Kanton Luzern

G vom 21. März 1911 betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 im Kanton Luzern, SRL Nr. 200 (§ 99: Heimatschutz; § 100: Funde); G vom 23. März 1987 über zivile Schutzmassnahmen, SRL Nr. 370 (§§ 22 ff.: Kulturgüterschutz); V vom 15. Dezember 1987 über zivile Schutzmassnahmen, SRL Nr. 372 (§§ 21 ff.: Kulturgüterschutz); G vom 8. März 1960 über den Schutz der Kulturdenkmäler (LU-KDMSG), SRL Nr. 595 ; R vom 14. September 1979 für das Natur-Museum des Kantons Luzern, SRL Nr. 596a; R vom 5. Mai 1987 für das Historische Museum des Kantons Luzern, SRL Nr. 597.

o. Kanton Neuenburg

D. du 25 juin 1985 concernant la création d'un fonds destiné à favoriser l'achat et le rapatriement de pièces de collection, RSN 442.31; R. du 28 octobre 1985 du fonds destiné à favoriser l'achat et le rapatriement de pièces de collection, RSN 442.310; L. du 26 octobre 1964 sur la protection des monuments et des sites (NE-LPMS), RSN 461.30; R.E. du 5 janvier 1965 de la loi sur la protection des monuments et des sites, RSN 461.301; A. du 21 septembre 1988 chargeant les communes de désigner des spécialistes de la protection des biens culturels en cas de conflit armé, RSN 510.1.

p. Kanton Nidwalden

EG vom 29. April 1979 zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten, NG 322.1; LRB vom 2. Dezember 1983 über die Schaffung des Nidwaldner Museums, NG 325.1; V vom 2. Dezember 1983 über das Nidwaldner Museum (Museumsverordnung), NG 325.11; G vom 24. April 1988 über den Natur- und Heimatschutz (Heimatschutzgesetz), NG 331.1.

q. Kanton Obwalden

LGB vom 26. April 1987 über den Bau eines Kulturgüterschutzraumes, OW-LB XX, 36; V vom 30. März 1990 über den Schutz von Bau- und Kulturdenkmälern (Denkmalschutzverordnung), OW-LB XXI, 27.

r. Kanton St. Gallen

EG vom 3. Juli 1911/22. Juni 1942 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (SG-EGZGB), SG-sGS 911.1 (Art. 124bis und 124ter: Heimatschutz); V vom 21. März 1933 betreffend den Schutz von Naturkörpern und Altertümern, SG-sGS 271.51.

s. Kanton Schaffhausen

RRV vom 20. September 1939 betreffend den Schutz der Kulturdenkmäler (SH-KDMSV), SH-RB Nr. 112; EG vom 18. Oktober 1965 zum Bundesgesetz über den Zivilschutz vom 23. März 1962 (ZSG) und zum Bundesgesetz über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz vom 4. Oktober 1963 (BMG) (Kantonales Zivilschutzgesetz), SH-RB Nr. 305a (Art. 2: Kulturgüterschutz); G vom 27. Juni 1911

über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, SH-RB Nr. 309 (Art. 96: Heimatschutz) .

t. Kanton Schwyz

EG vom 14. September 1978 zum schweizerischen Zivilgesetzbuch, SZ-nGS II 175 (§ 67: Heimatschutz); V vom 29. November 1927 betreffend den Natur- und Heimatschutz und die Erhaltung von Altertümern und Kunstdenkmälern (SZ-NHSV), SZ-nGS VII 740.

u. Kanton Solothurn

G vom 4. April 1954 über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, SO-BGS 211.1 (§ 240: Heimatschutz; § 269 f.: Funde); V vom 18. April 1962 über den Schutz der historischen Kulturdenkmäler (Altertümer-Verordnung - SO-AltertümerV), SO-BGS 436.11; R vom 16. Juli 1957 über die Obliegenheiten des kantonalen Denkmalpflegers, SO-BGS 436.51; RRB vom 21. Mai 1968 über das Pflichtenheft des Kantonsarchäologen, SO-BGS 436.62.

v. Kanton Tessin

L. del 15 aprile 1946 per la protezione dei monumenti storici ed artistici (TI-LPMSA), TI-RL 4/175; R.A. del 7 gennaio 1947 della legge 15 aprile 1946 per la protezione dei monumenti storici e artistici, TI-RL 4/176; L.C.A. del 31 maggio 1976 della legge federale 6 ottobre 1966 per la protezione dei beni culturali in caso di conflitto armato, TI-RL 176a; R. dell' 8 maggio 1979 della legge cantonale d'applicazione della legge federale 6 ottobre 1966 per la protezione dei beni culturali in caso di conflitto armato, TI-RL 4/176b; D.L. del 26 gennaio 1942 per la tutela dei ritrovamenti archeologici, TI-RL 4/177; D.L. del 26 novembre 1974 disciplinante la ricerca e la raccolta di rocce, minerali e fossili, TI-RL 4/177a; R.A. del 16 aprile 1975 del decreto legislativo disciplinante la ricerca e la raccolta di rocce, minerali e fossili, TI-RL 4/177b; D.L. del 28 febbraio 1944 concernente la conservazione dei musei storici e archeologici, TI-RL 4/178; R. A. del 19 maggio 1944 del decreto legislativo 28 febbraio 1944 concernente la conservazione dei musei storici ed archeologici, e del decreto legislativo 26 gennaio 1942 per la tutela dei ritrovamenti archeologici, TI-RL 4/179; L. del 18 giugno 1990 sui musei etnografici regionali, TI-RL 4/179a.

w. Kanton Thurgau

G vom 25. April 1911 betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches (TG-EGZGB), TG-RB 210 (§ 103: Heimatschutz); RRR vom 15. Mai 1984 über das Museum des Kantons Thurgau, TG-RB 432.31; RRV vom 7. März 1922 über die Behandlung der Funde von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Thurgau, TG-RB 456; RVV vom 24. Dezember 1965 zum Einführungsgesetz über den Zivilschutz, TG-RB 520.1 (§ 4 lit. I: Kulturgüterschutz).

x. Kanton Uri

G vom 18. Oktober 1987 über den Natur- und Heimatschutz, UR-RB 10.5101.

y. Kanton Waadt

L.A. du 14 décembre 1970 de la loi fédérale du 6 octobre 1966 sur la protection des biens culturels en cas du conflit armé, RSV 3.14 E; R. du 21 janvier 1958 du Château de Chillon, RSV 4.12 A; R. du 25 août 1971 du Musée militaire vaudois, RSV 4.12 B; A. du 8 décembre 1959 déterminant les régions archéologiques et les musées locaux reconnus, RSV 4.12 C; A. du 24 décembre 1971 déterminant deux zones archéologiques sur le territoire de la commune d' Yverdon, RSV 4.12 D; L. du 19 septembre 1978 sur les activités culturelles, RSV 4.13 A (art. 19 ss.: musées cantonaux); L. du 10 décembre 1969 sur la protection de la nature, des monuments et des sites (VD-LPNMS), RSV 6.7 (in früheren Auflagen der Gesetzessammlung waren unter RSV 6.7 auch Denkmalschutzverzeichnisse publiziert, etwa: A. du 23 février 1979 sur le classement des antiquités et des monuments historiques).

z1. Kanton Wallis

EG vom 15. März 1912 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (VS-EGZGB), VS-SGS No. 201 (Art. 185: Heimatschutz; Art. 219: Funde); G vom 28. November 1906 über die Erhaltung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern, VS-SGS No. 1102; VV vom 22. Februar 1907 zum Gesetze vom 28. November 1906 über die Erhaltung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern, VS-SGS No. 1103; R vom 3. Oktober 1912 betreffend die Polizei im Innern des Schlosses und des Museums von Valeria, VS-SGS No. 1106 (nur auf französisch gedruckt: R. spécial du 3 octobre 1912 pour la police intérieure du château et du Musée historique de Valère); R vom 31. Januar 1949 betreffend das naturgeschichtliche Museum von Sitten, VS-SGS No. 1107; D vom 14. November 1988 betreffend die Anwendung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1966 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, VS-SGS No. 1153.

z2. Kanton Zürich

G vom 23. Dezember 1859 über das gesamte Unterrichtswesen (Unterrichtsgesetz; 410.1), ZH-GS 3, 6 (§ 242: Museen der Universität); V vom 17. April 1947 über das Zahnärztliche Institut der Universität Zürich (415.431), ZH-GS 3, 436 (§§ 35 ff: Sammlungen); R vom 18. Februar 1960 für das Zoologische und das Paläontologische Museum der Universität Zürich (415.462), ZH-GS 3, 457; KRB vom 1. September 1890 betreffend Übernahme von Verpflichtungen in Beziehung auf den Sitz des Schweizerischen Landesmuseums (432.31), ZH-GS 3, 539; Vereinbarung vom 21. Dezember 1933 zwischen der Direktion des Schweizerischen Landesmuseums und dem Regierungsrat des Kantons Zürich über den gesamten Bestand der Waffensammlungen des Kantons Zürich (432.311), ZH-GS 3, 540.

z3. Kanton Zug

G vom 17. August 1911 betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (ZG-EGZGB - 211.1), ZG-BGS I, 517 (§ 112: Heimatschutz); G vom 26. April 1990 über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz - DSG), ZG-GS 23, 545; KRB vom 21. November 1974 betreffend die Übernahme der Burgliegenschaft in Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg (423.31), ZG-BGS II, 377; Satzungen vom 11. März 1976 der Stiftung "Museum in der Burg Zug" (423. 311), ZG-BGS II, 383.

2. Ausland

a. Deutschland

G vom 6. August 1955 zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung (KAbwSchG), BGBl. I 501 idF vom BGBl. 1968 I 503, 1974 I 469 und 1990 II 889 (914); G vom 11. April 1967 zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. II 1223 und 2471 idF BGBl. 1971 II 1025.

b. Frankreich

L. du 31 décembre 1913 sur les Monuments Historiques, J.O. du 4 janvier 1914, p. 129 = D.P. 1914.4.153; L. de finances du 31 décembre 1921, J.O. du 1er janvier 1922; L. du 23 juin 1941 sur l'exportation des oeuvres d'art, J.O. du 19 juillet 1941, p. 3030 = D.A. 1941, 360; L. du 27 septembre 1941 portant réglementation des fouilles archéologiques, J.O. du 15 octobre 1941, p. 4438; L. no. 68-1251 du 31 décembre 1968 tendant à favoriser la conservation du patrimoine artistiques national, J.O. du 3 janvier 1969, p. 77 = D.S. 1969, 43; L. no. 70-1219 du 23 décembre 1970 modifiant et complétant la loi du 31 décembre 1913 sur les monuments historiques, J.O. du 25 décembre 1970, p. 11955 = D.S. 1971, 18; L. no. 75-1 du 3 janvier 1975 portant création du centre national d'art et de culture Georges-Pompidou, J.O. du 4 janvier 1975, p. 196 = D.S. 1975, 36; L. no. 80-532 du 15 juillet 1980 relative à la protection des collections publiques contre les actes de malveillance, J.O. du 16 juillet 1980, p. 1787 = D.S. 1980, 284; L. no. 83-663 du 22 juillet 1983 complétant la loi no. 83-8 du 7 janvier 1983 relative à la répartition de compétences entre les communes, les départements, les régions de l'Etat, J.O. du 23 juillet 1983, p. 2286 = D.S. 1983, 392 (art. 62), modifié par la L. no. 86-29 du 9 janvier 1986 portant dispositions diverses relatives aux collectivités locales, J.O. du 10 janvier 1986, p. 470 = D.S. 1986, 196 (art. 17); L. no. 84-562 du 4 juillet 1984 permettant la révision des conditions et charges apposées à certaines liberalités, J.O. du 6 juillet 1984, p. 2127 = D.S. 1984, 409.

D. des 15 février-20 mars 1852 portant création au Louvre d'un musée destiné à recevoir les objets ayant appartenu aux souverains ayant régné sur la France, D.P. 1852.4; D. du 18 mars 1924 portant R.A.P. pour l'application des articles 36 et 37 de la loi de finances du 31 décembre 1921 relatifs à la vente publique d'oeuvres d'art, J.O. du 29 mars 1924; D. no. 48-734 du 27 avril 1948 relatif à l'organisation du Service National de la Muséologie des Sciences Naturelles, J.O. du 28 avril 1948; D. no. 58-1063 du 7 novembre 1958 modifiant la loi du 23 juin 1941, J.O. du 8 novembre 1958, p. 10109; D. no. 68-786 du 29 août 1968 relatif à la police du commerce du revendeur d'objets mobiliers, J.O. du 4 septembre 1968, p. 8461 = D.S. 1968, 270; D. no. 70-788 du 27 août 1970 relatif à la police du commerce de revendeur d'objets mobiliers, J.O. du 8 septembre 1970, p. 8391 = D.S. 1970, 247; D. no. 71-858 du 19 octobre 1971 pris pour l'application de la loi no. 70-1219 du 23 décembre 1970 modifiant et complétant la loi du 31 décembre 1913 sur les monuments historiques, J.O. du 20 octobre 1970, p. 10324 = D.S. 1971, 415; D. no. 71-859 du 19 octobre 1971 relatif aux attributions des conservateurs des antiquités et objets d'art, J.O. du 20 octobre 1971, p. 10325 = D.S. 1971, 415; D. no. 80-167 du 23 février 1980 relatif au Mobilier National, J.O. du 23 février 1980, p. 598; D. no. 81-169 du 20 février 1981 relatif à la fixation des tarifs dans les musées, monuments et

collections appartenant à l'Etat, J.O. du 22 février 1981, p. 622; D. no 81-239 du 3 mars 1981 modifiant le décret du 18 mars 1924 portant règlement d'administration publique pour l'application de la loi du 31 décembre 1913 sur les monuments historiques, J.O. du 13 mars 1981, p. 771 = D.S. 1981, 150; D. no. 81-240 du 3 mars 1981 relatif aux prêts et aux dépôts d'oeuvres des musées nationaux, J.O. du 13 mars 1981, p. 773 = D.S. 1981, 152; D. no 81-428 du 28 avril 1981 pris pour l'application de l'article 3 de la loi no. 80-532 du 15 juillet 1980 relative à la protection des collections publiques contre les actes de malveillance, J.O. du 3 mai 1981, p. 1248 = D.S. 1981, 209; D. no. 81-513 du 11 mai 1981 relatif à la Réunion des musées nationaux et à l'école du Louvre, J.O. du 14 mai 1981, p. 1420 = D.S. 1981, 247; D. no. 81-988 du 23 octobre 1981 portant approbation de la convention passée le 3 mai 1981 entre l'U.C.A.D., J.O. du 5 novembre 1981, p. 3019; D. no. 82-213 du 2 mars 1982 relative aux droits et liberté des communes, des départements et des régions, J.O. du 3 mars 1982, p. 370; D. no. 82-883 du 15 octobre 1982 portant création du Centre national des arts plastiques, J.O. du 17 octobre 1982, p. 3146 = D.S. 1982, 442.

O. no. 45-1546 du 13 juillet 1945 portant organisation provisoire des musées des Beaux-Arts, J.O. du 14 juillet 1945, p. 4342, rectific. J.O. du 5 septembre 1945, p. 5554.

A. du 25 mai 1976 relatif à la gestion des oeuvres du F.N.A.C., J.O. du 23 juin 1976, p. 3769.

c. Grossbritannien

British Museum Act 1963, c. 24 = 24 Statutes 184; Public Libraries and Museums Act 1964, c. 64 = 24 Statutes 192; Museum of London Act 1965, c. 17 = 24 Statutes 208; Local Government Act 1972, c. 70 = 24 Statutes 225 (§§ 206-208); Museums and Galleries Admission Charges Act 1972, c. 10 = 24 Statutes 229; National Heritage Act 1980, c. 17 24 Statutes 238; National Heritage Act 1983, c. 47 = 24 Statutes 240; Museum of London Act 1986, c. 8 = 24 Statutes 276.

d. Italien

R.D. 30 gennaio 1913, n. 363, Regolamento per l'esecuzione delle leggi relative alle antichità e belle arti, G.U. 5 giugno 1913, n. 130; L. 1 giugno 1939, n. 1089, Tutela delle cose d'interesse artistico o storico, G.U. 8 agosto 1939, n. 184, p. 3403; B.U. 1939, 1223; L. 2 aprile 1950, n. 328, Modificazioni all'attuale disciplina delle mostre d'arte, G.U. 17 giugno 1950, n. 137; L. 20 novembre 1971, n. 1062, Norme penali sulla contraffazione od alterazione di opere d'arte, G.U. 17 dicembre 1971, n. 318; D.L. 5 luglio 1972, n. 288, Nuove norme sulla esportazione delle cose di interesse artistico ed archivistico di cui alla legge 1 giugno 1939, n. 1089, ed al decreto del Presidente della Repubblica 30 settembre 1963, n. 1409, G.U. 6 luglio 1972, n. 174, p. 4930; L. 8 agosto 1972, n. 487, Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 5 luglio 1972, n. 288, G.U. 28 agosto 1972, n. 223, p. 6066.

e. Österreich

BG vom 5. Dezember 1918 über das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer und sonstiger kultureller Bedeutung (Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut - AusfVKG), StGBI. 90 idF BGBl. 1923/80, 1923/533 (Denkmalschutzgesetz), 1958/282, 1959/92, 1973/389, 1974/422, 1985/253 und

1986/391; Denkmalschutzgesetz vom 25. September 1923, BGBl. 533 idF BGBl. 1959/92 und 1978/167; V des BMWF vom 5. Juni 1986 betreffend Kulturgut, dessen Aufbewahrung im Inland nicht im öffentlichen Interesse gelegen ist, BGBl. 323.

f. USA

Statute Regulating the Importation of Pre-Columbian Monumental or Architectural Sculpture or Murals, P.L. 92-587, Title II, §§ 201 et seq., 86 Stat. 1297 (1972), 19 U.S.C.S. §§ 2091 et seq. (1991); Convention on Cultural Property Implementation Act, P.L. 97-466, Titel III (1983), 19 U.S.C.S. §§ 2601 et seq. (1991); Museum Services Act of 1976, P.L. 94-462, Title II, §§ 203 et seq., 90 Stat. 1975 (1976) as amended, 20 U.S.C.S. §§ 962 et seq. (1991); Arts and Artifacts Indemnity Act, P.L. 94-158, 89 Stat. 826 (1975), 20 U.S.C.S. §§ 971 et seq. (1991); Immunity from Seizure Statute, P.L. 89-259, 79 Stat. 985 (1965), 22 U.S.C.S. § 2549 (1991); American Indian Religious Freedom Act, P.L. 95-341 § 1, 92 Stat. 469 (1978), 42 U.S.C.S. § 1996 (1991).

3. Internationale Abkommen bzw. Übereinkommen und weitere Materialien

a. Von der Schweiz ratifiziert

Haager Landkriegsordnung von 1899, SR 0.193.211; Haager Landkriegsordnung von 1907, SR 0.193.212 (Art. 56: Schutz des Kulturguts); Europäisches Übereinkommen vom 6. Mai 1969 über den Schutz des archäologischen Kulturgutes, SR 0.440.2 = Museumskunde 1984, 197; Übereinkommen vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt, SR 0.451.41; Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, SR 0.520.3.

b. Europarat

Convention (23 June 1985) on Offences Relating to Cultural Property; Explanatory report on the European Convention on offences relating to cultural property, Strassburg 1985.

c. ICOM

ICOM-Statuts, adoptés lors de la Onzième Assemblée Générale Copenhague, 14 juin 1974, Nouvelles de l'ICOM 1974 No. 3/4; Directives pour la rédaction d'un contrat de prêt, Nouvelles de l'ICOM 1974 No. 3/4, p. 50 ss.; Guidelines for Loans, 27 ICOM News 78 (1974 No. 3/4); Ethique des acquisitions, Nouvelles de l'ICOM 1970 No. 2, p. 10 ss.; 1970 No. 1, p. 18 ss.; 1969 No. 3, p. 18 ss.; Ethics of Acquisition, 23 ICOM News 49 (1970 No. 2); 23 ICOM News 54 (1970 No. 1); 22 ICOM News 49 (1969 No. 3); Ethics of Acquisition, Paris 1971.

d. UNESCO

Übereinkommen: Übereinkommen vom 14. November 1970 über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (Convention concernant les mesures à prendre pour interdire et empêcher l'importation, l'exportation et le transfert de propriété illicites des biens culturels; Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property), 10 Int'l Legal Mat. 289 (1971); 823 U.N.T.S. 231; UNESCO (Conventions), 57 et seq.; Fraoua, 223 ss.

Empfehlungen: Empfehlung vom 14. Dezember 1960 betreffend die wirksamsten Massnahmen, um Museen jedermann zugänglich zu machen (Recommendation concerning the most Effective Means of Rendering Museums Accessible to Everyone), UNESCO (Conventions), 117 et seq.; Empfehlung vom 19. November 1964 über die Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Ausfuhr, Einfuhr und Übereignung von Kulturgut (Recommendation concernant les mesures à prendre pour interdire et empêcher l'exportation, l'importation et le transfert de propriété illicites des biens culturels; Recommendation on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Export, Import and Transfer of Ownership of Cultural Property), UNESCO (Conventions), 137 et seq.; Empfehlung vom 16. November 1972 betreffend den Schutz, auf nationaler Ebene, von Kultur- und Naturgut (Recommendation concerning the Protection, at National Level, of the Cultural and Natural Heritage), UNESCO (Conventions), 163 et seq.; Empfehlung vom 26. November 1976 betreffend den Internationalen Austausch von Kulturgut (Recommendation concernant l'échange international de biens culturels; Recommendation concerning the International Exchange of Cultural Property), UNESCO (Conventions), 181 et seq.; Empfehlung vom 28. November 1978 zum Schutz von beweglichem Kulturgut (Recommendation pour la protection des biens culturels mobiliers; Recommendation for the Protection of Movable Cultural Property), *Museumskunde* 1986, 43 ff.; UNESCO (Conventions), 209 et seq.

e. UNIDROIT

Projet de loi uniforme sur la protection de l'acheteur de bonne foi d'objets mobiliers corporels (Draft uniform law on the protection of the bona fide purchaser of corporeal movables; Entwurf für ein Einheitsgesetz über den Schutz des gutgläubigen Käufers beweglicher Sachen), *Annuaire Unidroit* 1967-1968 I 140 ss.; Projet de convention portant loi uniforme sur l'acquisition de bonne foi d'objets mobiliers corporels (Draft Convention Providing a Uniform Law on the Acquisition in Good Faith of Corporeal Movables; Entwurf zum Übereinkommen über ein Einheitsgesetz über den Eigentumserwerb kraft guten Glaubens an beweglichen Sachen), *U.L.R.* 1975 I 68; La protection internationale des biens culturels (International Protection of Cultural Property; Internationaler Schutz der Kulturgüter), *U.L.R.* 1985 I 42; La protection internationale des biens culturels (deuxième étude) (International Protection of Cultural Property [Second Study]; Internationaler Schutz der Kulturgüter [zweite Studie]), *U.L.R.* 1988 I 52.

II. Rechtsprechung

1. Schweiz

a. Bund

- BGE 114 II 131 = Pra. 77, 252 = JdT 1988 I 508 (Kauf eines Picasso-Bilds: Echtheit).
 BGE 113 Ia 368 = Pra. 78, 159 = JdT 1988 I 411 = Sem.jud. 1988, 438 (Verfassungsmässigkeit von denkmalpflegerischen Massnahmen bei beweglichen Sachen).
 BGE 102 II 97 = Pra. 65, 182 = JdT 1977 I 62 = Sem.jud. 1977, 138 = Sem. jud. 1976, 356 (Kauf einer Briefmarke: Echtheit).
 BGE 99 Ia 42 = Pra. 62, 122 = JdT 1974 I 517 (Denkmalpflege und Handels- und Gewerbefreiheit).
 BGE 94 II 297 = JT 1970 I 176 (Toulouse-Lautrec-Bilder: Ersitzung).

BGE 86 IV 19 = Pra. 49, 100 (Unzüchtige Kunstwerke).
 BGE 82 II 411 (Kauf eines van Gogh-Bildes: Echtheit).
 BGE 56 II 424 (Kauf eines Ölbildes von Léopold Robert: Verjährungsfrist).

b. Kantone

Sem.jud. 1974, 587 (Kauf eines Bildes von Boudin: Zusicherung).
 ZR 68, 1 (Kauf eines Bildes von Degas: Grundlagenirrtum).
 ZR 66, 106 (Kauf eines Bildes von Vautier: Grundlagenirrtum/Gewährleistung).
 ZR 62, 35 (Kauf eines Bildes von Degas: Grundlagenirrtum).
 ZR 59, 122 (Kauf einer Violine von Ferdinandus Gagliano Filius Nicolai: Grundlagenirrtum).
 ZR 58, 65 (Kauf eines van Gogh-Bildes: Echtheit, Verjährungsfrist).
 ZivG BS SJZ 1930/31, 221 Nr. 39 (Kauf einer Louis XVI-Kommode: Sachgewährleistung und Grundlagenirrtum).
 ZivG/AppG BS SJZ 1929/30, 136 Nr. 94 (Kauf eines Bildes: Echtheit).

2. Ausland

a. Deutschland

BGH NJW 1988, 2597 = BB 1988, 1551 = DB 1988, 2399 = JZ 1989, 41 (Anm. Honsell) = MDR 1988, 1050 = JA 1989, 40 = JuS 1989, 59 ("Bildnis eines jungen Mannes" von Duvenek/Leibl: Echtheit).
 BGHZ 100, 321 = DB 1987, 1831 = JuS 1988, 157 = MDR 1987, 839 = NJW 1987, 3077 (Erwerb deutscher Münzen durch einen Deutschen in der Schweiz).
 BGHZ 99, 24 = DöV 1987, 642 = DVBl. 1987, 568 = JuS 1989, 227 = MDR 1987, 559 = NJW 1987, 2068 (Unterschutzstellung von Museums-Räumen in einer privaten Liegenschaft).
 BGH JZ 1980, 523 = NJW 1980, 1619 = VersR 1980, 551 (Kauf des Portraits von einem niederländisch-flämischen Meister: Haftungsausschluss).
 BGHZ 63, 369 = JZ 1975, 417 ("Stilleben mit grüner Flasche" von Alexej von Jawlensky: Versteigerungsbedingungen).
 BGHZ 59, 82 = NJW 1972, 1575 und 2179 = MDR 1972, 934 = VersR 1972, 849 (Nigeria-Fall: Anerkennung ausländischen Rechts).
 BGHZ 44, 288 = BB 1966, 51 = MDR 1966, 214 = NJW 1966, 542 (Nachbildung der gemeinfreien Skulptur "Apfel-Madonna").
 RGZ 138, 48 (Altarbild: Echtheit/Irrtum des Verkäufers).
 RGZ 135, 339 ("Eichen am Wasser" von Jakob Salomon van Ruisdael/Jakob van Ruisdael: Echtheit).
 RGZ 124, 115 (Chinesische Vasen aus der Ming-Dynastie: Echtheit/Irrtum des Verkäufers).
 RGZ 115, 286 (Gemälde von Ostade und David Terniers: Echtheit).
 RGZ 114, 239 (Landschaftsbild des Malers Schr., von Hans Thoma signiert: Echtheit).
 OLG Düsseldorf NJW 1990, 2000 = AfP 1990, 256 (Museumsleihvertrag).
 OLG Frankfurt MDR 1985, 849 = VersR 1986, 43 (Erwerb von Münzen, die aus einem Museum entwendet wurden).
 LG Düsseldorf IPRax. 1992, 46 (Folgerecht: Versteigerung im Ausland).

b. Frankreich

- C.Cass., 15 avril 1988, D.S. 1988.325, note Jean Maury (Unzuständigkeit französischer Gerichte, um über den gutgläubigen Eigentumserwerb an (mobilen) Fresken einer Kapelle zu entscheiden).
- C.A. Montpellier, 18 décembre 1984, D.S. 1985.2.208, note Jean Maury (kein gutgläubiger Eigentumserwerb an Fresken einer Kapelle: caractère immobilier).
- Civ. I, 24 janvier 1979, B. 1979 I 30 (Weitergabe eines Vermächtnisses an ein Museum; veränderte Umstände).
- Civ. I, 19 décembre 1972, B. 1972 I 262 (Auslegung eines Vermächtnisses zugunsten des [nicht existierenden] Musée Cézanne).
- Civ. I, 24 avril 1958, B. 1958 I 164 (Widerruf der Schenkung von historischen Werken bei Nichteinhalten der Auflage).
- C.A. Paris, 3 janvier 1846, D.P. 1846.2.212 (Verkehrsfähigkeit einer Quittung von Molière verneint).

c. Grossbritannien

- Pinion, In re, decd., (1965) 1 Ch. 85, (1964) 1 All E.R. 890, (1964) 2 W.L.R. 919 (Beurteilung einer erbrechtlichen Verfügung, mit welcher dem Museum ungeeignete Gegenstände zugehalten werden).
- Winkworth v. Christie, Manson & Woods, (1980) 1 All E.R. 1121, (1980) 2 W.L.R. 937 (Ch. D.) (Gutgläubiger Erwerb abhanden gekommener beweglicher Sachen nach italienischem Recht).

d. Italien

- Trib. Roma, 27 giugno 1987 (Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini), Riv.dir.int.priv.proc. 1989, 652, Riv.dir.int. 1988, 920 (keine unmittelbare Anwendbarkeit des UNESCO-Übereinkommens vom 14. Juni 1970).
- App. Torino, 28 gennaio 1983 (Repubblica dell'Ecuador c. Danusso), Clerici, Riv.dir.int.priv. proc. 1989, 805 FN 34.
- Trib. Torino, 25 marzo 1982 (Repubblica dell'Ecuador c. Danusso), Riv.dir.int.priv.proc. 1982, 625 (Anwendung ausländischer Verkehrsbeschränkungen aufgrund der lex rei sitae).

e. Österreich

- SZ 41/33 (Kauf eines Bildes von Rembrandt: Echtheit).

f. USA

- Abrams v. Maryland Historical Society, Equity No. A-58791 A-513/1979 (Md.Cir.Ct. for Baltimore City, June 20, 1979), zit. von Malaro, 106 FN 192 (Veräusserung von geschenkten Gegenständen).
- Carnegie Institute, In Re, No. 208 of 1979 (Penn.Ct.of C.P. Allegheny Co., Orphan's Ct.Div., May 14, 1980), zit. von Malaro, 25 FN 32 (Legitimation kultureller Vereinigungen).
- Crimi v. Rutgers Presbyterian Church, 194 Misc. 570, 89 N.Y.S.2d 813 (Sup.Ct. 1949) (Urheberrecht an einem Gemälde).
- DeWeerth v. Baldinger, 836 F.2d 103 (2nd Cir. N.Y. 1987) cert.denied 486 U.S. 1056, 100 L.Ed.2d 924, 1988 U.S.LEXIS 2688, 108 S.Ct. 2833, 56 U.S.L.W. 3848 (1988) (Gutgläubiger Erwerb: statutes of limitations).
- Fisher v. Washington Post Co., 212 A.2d 335 (D.C. 1965) (Haftung für Kunstkritik).

- Gardini v. Museum of New York, 173 Misc. 791, 19 N.Y.S.2d 96 (City Ct. N.Y., 1940) (Haftung des Museums für geliehene Gegenstände, Haftungsausschluss).
- Gott v. Pulsifer, 122 Mass. 235 (1877) (Haftung für Kunstkritik).
- Hahn v. Duveen, 133 Misc. 871, 234 N.Y.S. 185 (1929) (Haftung für Kunstkritik).
- Hardmann v. Feinstein, No. 827127 (Cal.Sup.Ct. San Francisco Co., July 1984), zit. von Malaro, 16 FN 45 (Haftung der Museumsleitung).
- Harris v. Attorney General, 31 Conn.Supp. 93, 324 A.2d 279 (Sup.Ct. Hartford Co., 1974) (Haftung der Museumsleitung).
- Jeanneret v. Vichey, 693 F.2d 259 (2d Cir. 1982) (Matisse-Bild: Rechtsmangel).
- Kunstsammlungen zu Weimar v. Elicofon, 536 F.Supp. 829 (E.D. N.Y., 1981) aff'd, 678 F.2d 1150 (2d Cir. N.Y. 1982) (Gutgläubiger Erwerb: statutes of limitations).
- Lefkowitz v. Museum of the American Indian, No. 41416/75 (N.Y.Sup.Ct. N.Y.Co., June 27, 1975), zit. von Malaro, 14 FN 39 (Haftung der Museumsleitung).
- Menzel v. List, 49 Misc.2d 300, 267 N.Y.S.2d 804 (Sup.Ct. N.Y.Co., 1966), aff'd as modified, 28 A.D.2d 516, 279 N.Y.S.2d 608 (App.Div. 1967), third party claim reversed on other grounds, 24 N.Y.2d 91, 298 N.Y.S.2d 979, 246 N.E.2d 742 (Ct.App. 1969) (Kein gutgläubiger Erwerb eines im Weltkrieg in Belgien gestohlenen und über Paris verkauften Chagall-Gemäldes).
- Mont v. Sadik, No. 78 Civ. 2279 (S.D. N.Y., Oct. 26, 1978), zit. von Malaro, 268 FN 73 (Kunstkritik und Persönlichkeitsverletzung).
- Morgan Guaranty Trust Co. v. The President of Harvard College, No. E 1855 (Mass.Probate Ct. for Worcester, Dec. 20, 1983), zit. von Malaro, 108 FN 195 (Fehlende Eignung von geschenkten Gegenständen zur Ausstellung).
- Morseburg v. Balyon, 621 F.2d 972 (9th Cir. Cal. 1980), cert.denied, 449 U.S. 983, 66 L.Ed.2d 245, 101 S.Ct. 399 (Verfassungsmässigkeit des droit de suite).
- O'Keefe v. Snyder, 83 N.J. 478, 416 A.2d 862 (1980) (Gutgläubiger Erwerb: discovery rule).
- People ex rel. Scott v. Silverstein, 86 Ill.App.3d 605, 408 N.E.2d 243 (1st Dist. 1980) (Haftung der Museumsleitung: mismanagement).
- Rowan v. Pasadena Art Museum, No. C 322817 (Cal.Sup.Ct. L.A.Co., Sept. 22, 1981), zit. von Malaro, 16 FN 48, 27 FN 39, 141 FN 6, 10 (Haftung der Museumsleitung; Legitimation kultureller Vereinigungen, Verkauf vieler Bilder des Museums ist unzulässig).
- Samuel Bancroft, Jr., Art Collection, In Re Trust of the, Civil Action No. 6601 (Ct. of Chancery of the State of Delaware New Castle Co., Oct. 28, 1981), zit. von Malaro, 107 FN 193 (Auflage einer geschenkter Gegenstand sei ständig auszustellen).
- Smith, In re Estate of, 256 Cal.App.2d 496, 64 Cal.Rptr. 295 (1st Dist. 1967) (Legitimation kultureller Vereinigungen).
- U.S. v. Hollinshead, 495 F.2d 1154 (9th Cir. Cal. 1979) (Beachtung ausländischer Verkehrsbeschränkung beim Kauf antiker Gegenstände).
- U.S. v. McClain, 593 F.2d 658, (5th Cir. Tex. 1979), cert.denied, 444 U.S. 918, 62 L.Ed.2d 173, 100 S.Ct. 234 (1979) (void-for-vagueness theory).
- Weisz v. Parke-Bernet Galleries, Inc., 67 Misc.2d 1077, 325 N.Y.S.2d 576 (Civ.Ct. N.Y.-City, 1971) (Haftungsausschluss durch Kunstgalerie).
- Wilstach Estate, 1 Pa.D & C 2d 197 (1954) (Verkauf einzelner Bilder durch Museum zulässig).

III. Literaturauswahl

1. Museumsrechtliche Literatur

American Association of Museums, Museum Ethics, Washington 1978; **American Law Institute/American Bar Association (ALI-ABA)** (ed.), Legal Problems of Museum Administration, Philadelphia 1973 et seq.; **Arcioni Gino**, Kulturgüterschutz - Bestandteil der schweizerischen Gesamtverteidigung, Information 29 (1982) 3 ff.; **id.**, La protection des biens culturels en cas de conflit armé, Information 29 (1982) 6 ss.; **Bertram Wilhelm**, Museumsbezogene Völkerrechtsinstrumente der UN und der UNESCO, in: Das Museum und die Dritte Welt, hgg. v. H. Auer, München 1981, S. 125 ff.; **Bilfinger Monica**, Vorschlag für eine schweizerische Kunst- und Kulturdatenbank, Information 39 (1987) 29; **Bill Jakob**, Informationsansprüche der Museumsbenützer, Information 12 (1974) 6 ff.; **Bostick William A.**, Acquisitions des musées, Museum 1974, 58 ss.; **Browning Robert**, The Case of the Return of the Parthenon Marbles, 36 Museum 38 (1984 Nr. 141); **Deutscher Museumsbund (DMB)**, Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, Museumskunde 1982, 1 f.; **ders.**, Stellungnahme zur Frage des Schutzes von Kulturgut, Museumskunde 1982, 3 f.; **Elsen Albert E.**, Museum Acquisitions Policies, Art Law 415 (1975); **Forgey Benjamin**, Lord Byron Cried "Rape" - The Problem of an Unregulated International Market in Artifacts, 48 Museum News 21 (1970); **Griffin Rachael**, Museum Acquisitions Policies, Art Law 395 (1975); **Hamilton L. Wardlaw**, Museum Acquisitions: The Case for Self-Regulation, in: Art Law, ed. by Leonhard D. Duboff, South Hackensack 1975, p. 347 et seq.; **id.**, Museum Acquisition Policies, Art Law 363 (1975); **Hawkins Ashton**, The Euphronios Krater at the Metropolitan Museum: A Question of Provenance, 27 Hastings L.J. 1163 (1976); **Hodel N.**, Transportversicherungen von Kunstgegenständen und Bildern, Information 38 (1987) 29 ff.; **Interpol (General Secretariat)**, Theft of Cultural Property, 26 Museum 4 (1974); **Knoll Alfred P.**, Museums, Arts Law Guide No. 3, San Francisco 1975; **Landais Hubert**, Museums and insurance, 27 ICOM News 79 (1974 No. 3/4); **Lewis Geoffrey**, Museums: International and National Self Regulation, in: International Sale of Works of Art, ed. by Pierre A. Lalive, Geneva/Paris 1988, p. 557 et seq.; **Malaro Marie C.**, A Legal Primer on Managing Museum Collections, Washington 1985; **Meyer Bruno**, Zur heutigen Lage des Schutzes der Kulturgüter, Mitt VSA 18 [1966] 15 ff.; **Monreal Luis**, Problems and Possibilities in Recovering Dispersed Cultural Heritages, 31 Museum 49 (1979); **id.**, Notes on Insurance, 27 ICOM News 76 (1974 No. 3/4); **Morin Charles H.**, Reluctant Donor?, Investigate a Charitable Remainder Trust, 70 Museum News 32 (May/June 1991); **Mühlethaler B.**, Das Giftgesetz und die Museumsarbeit, Information 16 (1976) 3 f.; **Nafziger James A. R.**, Regulations by the International Council of Museums, 2 Den.J.Int'l L.& Pol'y 231 (1972); **Pappermann Ernst**, Zu den kulturellen Aufgaben der Kommunen, insbesondere Bibliotheken, Museen, Förderung der Wissenschaft, vr 1983, 41 ff.; **Pfennig Gerhard**, Die Museen und das Urheberrecht, Museumskunde 1983, 66 ff.; **Phelan Marilyn**, Museums and the Law, Nashville 1982; **Pinkerton Linda F.**, Preventive Legal Audits for Museums, 66 Museum News 36 (October 1987); **Shaines Marsha S.**, Partial Gifts: When Half a Loaf Is Better Than None, 70 Museum News 68 (July/August 1991); **Study on the Principles, Conditions and Means for the Restitution or Return of Cultural Property in View of Reconstituting Dispersed Heritages**, 31 Museum 63 (1979); **Ullberg Alan D./Ullberg Patricia**, Museum Trusteeship, Washington 1981; **Warenumsatzsteuer** auf Museumsgütern, Information 1973, 39 f.; **Weil Stephen E.**, Beauty and the Beasts, Washington 1983 (pp. 103 et seq.: Museums and the Law); **Zelle Ann**, ICOM Ethics of Acquisition, 50 Museum News 31 (April 1972); **id.**, Acquisitions: Saving Whose Heritage?, 49 Museum News 19 (April 1971); **weitere museumsrechtliche Literatur** enthält das allgemeine Literaturverzeichnis (B. III.).

2. Allgemein-juristische Literatur

Arcioni Rico, Die neue Bundesgesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz und ihr Verhältnis zum kantonalen Recht, ZBl. 1967, 417 ff.; **Bator Paul M.**, An Essay on the International Trade of Art, 34 Stan.L.Rev. 275 (1982); **Baudenbacher Carl/Spiegel Nico**, Die Rechtsprechung des schweizerischen Bundesgerichts zum Verhältnis von Sachmängelgewährleistung und allgemeinen Rechtsbehelfen des Käufers - Ein Musterbeispiel angewandter Rechtsvergleichung?, in: Festschr. für Mario M. Pedrazzini, hgg. v. Ernst Brem, Jean Nicolas Druey, Ernst A. Kramer und Ivo Schwander, Bern 1990, S. 229 ff.; **Bernet Felix**, Rechtliche Probleme der Pflege von Kulturdenkmälern durch den Staat, (Diss. Zürich 1975) Zürich 1975; **Bleckmann Albert**, Sittenwidrigkeit wegen Verstosses gegen den ordre public international, ZaöRV 1974, 112 ff.; **Briat Martine** (ed./éd.), International Sales of Works of Art = La vente internationale d'oeuvres d'art, Paris/New York/Deventer/Boston 1990; **Briat Martine/Freedberg Judith A.** (ed./éd.), International Sales of Works of Art - international art trade and law = La vente internationale d'oeuvres d'art - le commerce international de l'art et le droit, Paris/New York/Deventer/Boston 1991; **Brüderlin Paul**, Kulturgüterschutz in der Schweiz, Zürich 1978; **Bühler Theodor**, Der Natur- und Heimatschutz nach schweizerischen Rechten, Zürich 1973; **Byrne-Sutton Quentin**, Le trafic international des biens culturels sous l'angle de leur revendication par l'Etat d'origine, (Thèse Genève) Zürich 1988; **Chatelain Jean**, Oeuvres d'art et objets de collection en droit français, Paris 1982; (cit. oeuvres); **id.**, Mittel zur Bekämpfung des Diebstahls von Kunstwerken und ihres unerlaubten Handels im Europa der Neun, Baden-Baden 1978 (zit. Mittel); **Clerici Roberta**, La protection des biens culturels vis-à-vis des règles italiennes de conflit, Riv.dir.int.priv.proc. 1989, 799 ss.; **Conseil de l'Europe**, La protection juridique internationale des biens culturels, Strasbourg 1984; **Council of Europe**, The Art Trade (Report of the Committee on Culture and Education, Doc. 5834 - E 1988), Strasbourg 1988; **id.**, International Legal Protection of Cultural Property, Strasbourg 1984; **Cramer Hans-Conrad**, Die Behandlung der Kunstfälschung im Privatrecht, (Diss. Zürich 1946) Zürich 1947; **Duboff Leonhard D.**, Art Law - Domestic and International, South Hackensack 1975; **Ebnöther Karl**, Der Heimatschutz als polizeirechtliches Problem, (Diss. Zürich) Zürich 1956; **Flume Werner**, Der Kauf von Kunstgegenständen und die Urheberschaft des Kunstwerks, JZ 1991, 633 ff.; **Fraoua Ridha**, Le trafic illicite des biens culturels et leur restitution, (Thèse Fribourg 1984), Fribourg 1985; **Friberg Leo**, Die rechtliche Ordnung des Natur- und Heimatschutzes im Kanton Graubünden, (Diss. Freiburg i. Ue. 1966) Disentis 1969; **Friedrich Hans-Peter**, Privatrechtliche Probleme der Denkmalpflege, in: Rechtsfragen der Denkmalpflege, hgg. v. Yvo Hangartner, St. Gallen 1981, S. 99 ff.; **Frigo Manilo**, La protezione dei beni culturali nel diritto internazionale, Milano 1986; **Gärtner Rudolf**, Rechtsprobleme bei der Versicherung von Kunstgegenständen, NJW 1991, 2993 ff.; **Gordon John B.**, The UNESCO Convention on the Illicit Movement of Art Treasures, 12 Harv.Int'l L.J. 537 (1971); **Hangartner Yvo**, Grundsätzliche Probleme der Eigentumsgarantie und der Entschädigungspflicht in der Denkmalpflege, in: Rechtsfragen der Denkmalpflege, hgg. v. Yvo Hangartner, St. Gallen 1981, S. 57 ff. (zit. Probleme); **ders.** (Hrsg.) Rechtsfragen der Denkmalpflege, St. Gallen 1981; **Hanisch Hans**, Internationalprivatrechtliche Fragen im Kunsthandel, in: Festschr. für Wolfram Müller-Freienfels, hgg. v. Albrecht Dieckmann, Rainer Frank, Hans Hanisch und Spiros Simitis, Baden-Baden 1986, S. 193 ff.; **Imholz Robert**, Die Zuständigkeiten des Bundes auf dem Gebiete des Natur- und Heimatschutzes, Diss. Zürich 1975; **Joller Christoph**, Denkmalpflegerische Massnahmen nach schweizerischem Recht, (Diss. Freiburg i. Ue. 1986)

Entlebuch 1987; **Karrer Pierre**, Der Fahrniserwerb kraft Guten Glaubens im Internationalen Privatrecht, (Diss. Zürich 1967) Zürich 1968; **Katz Hans-Peter**, Sachmängel beim Kauf von Kunstgegenständen und Antiquitäten, (Diss. Zürich 1973) Zürich 1973; **Kleeberg Rudolf/Eberl Wolfgang**, Kulturgüter in Privatbesitz, Heidelberg 1990; **Knott Hermann J.**, Der Anspruch auf Herausgabe gestohlenen und illegal exportierten Kulturguts, (Diss. Köln 1989) Baden-Baden 1990; **Köhler Helmut/Fritzsché Jörg**, Anfechtung des Verkäufers wegen Eigenschaftsirrums, JuS 1990, 16 ff.; **Kramer Ernst A.**, Die Abgrenzung von Gewährleistung und Irrtumsanfechtung beim Kauf nach schweizerischem, deutschem und österreichischem Recht, JBl. 1971, 294 ff.; **Lalive Pierre A.** (ed./éd.), International Sales of Works of Art - Geneva Workshop 11-13 April 1985 = La vente internationale d'oeuvres d'art - Colloque de Geneve 11-13 avril 1985, Geneva/Paris 1988; **Lattmann Eveline**, Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, (Diss. Zürich 1974) Zürich 1974; **Liver Peter**, Beschränkungen des Eigentums an beweglichen Sachen im Interesse des Heimatschutzes, Heimatschutz 1947, 121 ff.; **Mansel Heinz-Peter**, De Weerth v. Baldinger - Kollisionsrechtliches zum Erwerb gestohlener Kunstwerke, IPRax. 1988, 268 ff.; **Pappermann Ernst**, Zu den kulturellen Aufgaben der Kommunen, insbesondere Bibliotheken, Museen, Förderung der Wissenschaft, vr 1983, 41 ff.; **Prott Lyndel V./O'Keefe P.J.**, Law and Cultural Heritage, Vol. I: Discovery and Excavation, 1984; Vol. III: Movement, London/Edinburgh 1989; **Reichelt Gerte**, Internationaler Kulturgüterschutz, Wien 1992; **ders.**, Internationaler Kulturgüterschutz, Saarbrücken 1988; **id.**, International Protection of Cultural Property, U.L.R. 1988 I 53 et seq.; **id.**, International Protection of Cultural Property, U.L.R. 1985 I 43 et seq.; **Schaffhauser Rene**, Gesetzliche Grundlage und öffentliches Interesse in der neueren Rechtsprechung zur Ortsbild- und Denkmalpflege, in: Rechtsfragen der Denkmalpflege, hgg. v. Yvo Hangartner, St. Gallen 1981, S. 85 ff.; **Schmidt Rudolf**, Die Falschlieferung beim Kauf, NJW 1962, 710 ff.; **Schröder Jochen**, Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung beim Kunsthandel nach deutschem und Schweizer Recht, in: Festschr. für Gerhard Kegel, hgg. v. Alexander Lüderitz und Jochen Schröder, Frankfurt am Main 1977, S. 397 ff.; **Schulze Dorothee**, Die Restitution von Kunstwerken, (Diss. Bremen) Bremen 1983; **Schweizerische Akademie für Geisteswissenschaften**, Jahresbericht 1990, o.O. o.J.; **Siehr Kurt**, Das urheberrechtliche Folgerecht inländischer Künstler nach Versteigerung ihrer Werke im Ausland, IPRax 1992, 29 ff.; **ders.**, Nationaler und Internationaler Kulturgüterschutz, in: Festschr. für Werner Lorenz, hgg. v. Bernhard Pfister und Michael R. Will, Tübingen 1991, S. 525 ff.; **ders.**, Das Lösungsrecht des gutgläubigen Käufers im Internationalen Privatrecht, ZVglRWiss. 1984, 100 ff.; **ders.**, Kunstraub und das internationale Recht, SJZ 1981, 189 ff. und 207 ff.; **ders.**, Der gutgläubige Erwerb beweglicher Sachen, ZVglRWiss. 1981, 273 ff.; **Strebel Helmut**, Die Haager Konvention zum Schutze der Kulturgüter im Falle eines bewaffneten Konfliktes vom 14. Mai 1954, ZaöRV 1955/56, 33 ff.; v. **Tschärner Raymond M.**, Probleme der Eigentumsgarantie und der Entschädigungspflicht in der Praxis der Denkmalpflege, in: Rechtsfragen der Denkmalpflege, hgg. v. Yvo Hangartner, St. Gallen 1981, S. 71 ff.; **UNESCO** (ed.), Conventions and Recommendations of Unesco Concerning the Protection of the Cultural Heritage, Paris 1985 (cit. Conventions); **id.** (ed.), The Protection of Movable Cultural Property, vol. I and II, Paris 1984; **id.** (éd.), Conventions et recommandations de l'Unesco relatives à la protection du patrimoine culturel, Paris 1983; **id.** (éd.), La protection du patrimoine culturel mobilier - Recueil de textes législatifs, vol. I et II, Paris 1979 et 1981; **Vogel Philip**, La protection des monuments historiques, (Thèse Lausanne 1982) Mauraz 1982; **Weber Cafilisch Oliver**, Faux et ... défauts dans la vente d'objets d'art, Genève

1980; **Wiegand Wolfgang**, Bemerkungen zum Picasso-Entscheid, recht 1989, 101 ff.; **Williams Sharon A.**, The International and National Protection of Movable Cultural Property, Dobbs Ferry 1978; **Zingg Max**, Natur- und Heimatschutz, (Diss. Zürich 1975) St. Gallen 1975; **weitere allgemein-juristische Literatur** enthält das allgemeine Literaturverzeichnis (B. IV.).